

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Preis: pro Nummer 2 Pf., monatlich 60 Pf., vierteljährlich 1,80 Pf., halbjährlich 3,30 Pf., jährlich 6,30 Pf., frei ins Haus. Einzelne Nummer 6 Pf., Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragene in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich: Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Official Organ der Sozialdemokratie.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Donnerstag, den 5. März 1908.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Enteignung.

„Seit dritthalb tausend Jahren“, sagt Friedrich Engels in seinem Buch über den Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates, „hat das Privateigentum nur erhalten werden können durch Eigentumsverletzung“. Und tatsächlich ist die Geschichte des Eigentums, speziell des Grundeigentums, nichts als eine fortgesetzte Reihe von Enteignungen und Aneignungen, von legalen oder gewaltsamen Konfiskationen bestimmter Eigentumsarten zugunsten anderer Arten des Eigentums. Schon die Entwicklung der antiken Staaten predigt diese Lehre. Raum war der athenische Staat entstanden, als er auch schon, um seinem Zusammenbruch infolge der Grundbesitzanhäufung in wenigen Händen zu entgehen, sich zu jener mit dem Namen des Solon verknüpften Grundbesitz-„Reform“ genötigt sah, die durch Ungültigkeitserklärung der Schuldforderungen der reichen Eupatriden an die attischen Bauern, durch Aufhebung der persönlichen Haftbarkeit der Schuldner und Herabdrückung der Preise der wichtigsten Lebensmittel den attischen Großgrundbesitzern einen wesentlichen Teil ihres „wohlerworbenen“ Eigentums entriß und manchen ehrfamen Eupatriden vor den Bankrott stellte. Und von Solons Zeit bis zur Unterwerfung des athenischen Staates durch Mazedonien bildet der Kampf um den Grundbesitz den eigentlichen Inhalt der inneren Staatsgeschichte Athens. Nur dadurch, daß sie das Interesse der Kleinbesitzer und der gewerbetreibenden Städter gegen die „Männer der Ebene“, die Eupatriden, vertraten und immer wieder durch willkürliche Eingriffe in das Vermögen der Reichen den unteren Volksschichten wirtschaftliche Vorteile verschafften, vermochten sich die athenischen „Tyrannen“, die Pisistratus, Kleisthenes, Perikles zu halten.

Und ähnliche Kämpfe und Expropriationen finden wir in den meisten anderen griechischen Staaten, z. B. in Mitylene, Megara, Korinth und selbst in Sparta, das im dritten Jahrhundert vor unserer Zeitrechnung unter Agis IV. und Kleomenes III. ebenfalls schwere Kämpfe um eine neue Landaufteilung durchzuführen hatte. Ebenso ist der Kampf zwischen den römischen Patriziern und Plebejern im wesentlichen ein Kampf um das Grundeigentum, vornehmlich das Recht auf den „öffentlichen Acker“, die Staatsländereien, und wie in Griechenland lassen sich auch hier seit dem Sturz des letzten Tarquinters eine Reihe willkürlicher Schuldenerlässe, Enteignungen und Landzuweisungen nachweisen — bis zu den Revolutionsversuchen der Gracchen.

Doch man braucht nicht bis zu den antiken Staaten zurückzuschweifen. Die Enteignung und Entwicklung des privaten Grundeigentums in Deutschland liefert mehr als genügend Beispiele für den Engelschen Satz. Ist doch die ganze Geschichte der Entstehung der großen Grundbesitzverhältnisse in Deutschland, der Aneignung des Volkslandes durch die alten germanischen Herzöge und Könige, der Entwicklung des Lehnswesens, der Unterjochung der freien Bauernschaften, der Hörigkeit und Leibeigenschaft, des Bauernleghens durch den ostelbischen Feudalbesitz und schließlich der sog. preussischen Oubensbefreiung, jener widerlichen Rechtsfarce in der Geschichte des heiligen Eigentums, durch die die Bauern gezwungen wurden, die ihnen widerrechtlich auferlegten Lasten durch Ueberlassung von 1/2 Million Morgen Landes an die Junker sowie durch eine Kapitalabzahlung von 18,5 Millionen Taler und 1,6 Million Taler jährlicher Rente abzuldien, nichts anderes als eine lange Reihe widerrechtlicher und gewalttätiger An- und Enteignungen. Und nun gar erst die Abschüttelung der französischen Feudallasten im Jahre 1789: die Niederbrennung der Adelschlösser durch die aufständischen Bauern Frankreichs und die gesetzmäßige Sanktion der von ihnen geschaffenen neuen Grundbesitzverhältnisse durch die Nationalversammlung in der Nacht des 4. August und die sich an diese Sitzung anschließenden Beschlüsse der Tagung vom 6. bis 11. August, die nicht nur eine Reihe der wichtigsten Besitzrechte der Geistlichkeit und des Adels annullierten, sondern auch die Grundlagen für eine neue bäuerliche Grundbesitzerklasse schufen — für einen Grundbesitz von Revolutions Gnaden.

Wenn also die Sozialdemokratie einst genötigt sein sollte, die preussischen Junker zu enteignen und diese Maßregel zu rechtfertigen, wird es ihr neben der Berufung auf das Volkswohl an historischen Rechtsgründen nicht fehlen. Sie findet in der Rechtsgeschichte der verschiedenen Staaten so viele Analogien und Präzedenzfälle, daß sie selbst die weitgehendsten Ansprüche zu befriedigen vermögen. Es ist deshalb recht naiv, wenn die edlen Fideikommissbesitzer und Majoratsherren des preussischen Herrenhauses dieser Tage davor warnen, den Sozialdemokraten durch die Annahme der Polen-Enteignungsvorlage nicht einen Präzedenzfall zu liefern, auf den diese sich später bei ihren Expropriationsplänen berufen könnten. Derartige Präzedenzfälle findet die Sozialdemokratie, sobald sie es für nötig halten sollte, ihnen nachzuspielen, mehr als genügend, auch in der Geschichte des Großgrundbesitzes in Preußen. Immerhin ist der Präzedenzfall, den das preussische Haus der Herren und das preussische Dreiklassenparlament durch ihre Abstimmung geliefert haben, nicht zu unterschätzen. Nicht deswegen, weil es in der Geschichte an Beispielen

brutaler Expropriationen fehlt, sondern weil höchst selten, vielleicht nie, wegen so wichtiger Gründe expropriert worden ist. In dieser Hinsicht bildet allerdings die Polen-Enteignungsvorlage einen Ausnahmefall. Zwar haben Wilko und seine Kollegen in pathetischen Brusttönen von den dringenden Forderungen des Staatswohls gesprochen, und ihre Geistesverwandten unter den patriotischen Junkern mit polnischen Familiennamen haben in diese Melodie eingestimmt; aber niemand, der einige politische und historische Kenntnisse besitzt, wird zu begreifen vermögen, inwiefern denn durch die Richterexpropriation des polnischen Grundbesitzes der preussische Staat in seinem Bestand gefährdet wird — vorausgesetzt, daß man unter dem preussischen Staat nicht den Geschäftsausschuß der heute in Preußen regierenden Bureaucraten- und Junkerlique, sondern die Gesamtheit der Staatsbürgerschaft versteht. Was in Frage steht, ist nicht das Staatswohl, sondern das Wohl, richtiger die Bequemlichkeit einer Bureaucratie, die durch eine seit Jahrzehnten betriebene falsche Politik die heutigen Zustände in der Ostmark herbeigeführt hat, und die nun, wo sie sieht, daß diese Politik zu der entgegengesetzten Wirkung geführt hat, die sie bezweckte, sich scheut, die Verfehltheit ihrer Maßnahmen offen einzugestehen, sondern lieber schärfere Kampfmittel fordert und sich zur Verdeckung ihrer Blöße hinter die „Staatsraison“ verschanzt.

Politisch war es schon ein Fehler, daß die preussische Regierung in dem Jahre 1791/92 statt die große französische Revolution zu fördern und dadurch das Gewicht Oesterreichs in Europa herunterzudrücken, sich von Oesterreich ins Schlepptau nehmen ließ und mit diesem zur „Wahrung der Legitimität“ gegen das revolutionäre Frankreich zu Felde zog. Noch unsmittiger aber war, daß statt Preußens Vergrößerung im vorgeschrittenen Westen zu suchen, sie ihre Fänge im hochfeudalen Osten ausstreckte und in den Jahren 1793 und 1795 bei der zweiten und der dritten Teilung Polens ausgedehnte reinpolnische Gebiete an sich riß. Nachdem aber einmal solche Gebiete erworben waren, hätte es wenigstens das Bemühen der Regierung sein müssen, sie der deutschen Kultur zu erschließen, dort das Schulwesen mit allen Kräften zu heben, den Osten zu industrialisieren und der dort aufblühenden Industrie durch eine industrielle Ausfuhr fördernde Handelspolitik die angrenzenden ausländischen Gebiete zu erschließen. In allen diesen Punkten aber widersprach das staatliche Germanisationsinteresse dem Machtinteresse der preussischen Junker, und so blieben alle derartigen Versuche in den Anfängen stecken. Dagegen versuchte man es in den letzten Jahrzehnten mit polizeilichen Drangsalierungen und dem Auslaß der polnischen Grundbesitzer. Und nun, wo die Polen zu Gegenmaßnahmen greifen, den Widerstand gegen die Unterdrückung ihrer Nationalität organisieren und die preussische Regierung sieht, daß sie mit ihrer Ostmarkenpolitik vor dem Bankrott steht, verlangt sie, um nicht die Blamage ihrer Weisheit eingestehen zu müssen, die gewaltsame Expropriation aus Gründen der sogenannten Staatsraison.

Wenn schon derartige Gründe zur Enteignung hinreichen, dann wird unser einst die Begründung der Expropriation der Junker vor der Geschichte sehr leicht fallen; zumal es kaum zweifelhaft erscheint, daß unter Verdrängung der verschiedenartigen Gesellschaftsverhältnisse der Geschichte einst das jetzige preussische Junkertum weit mehr als „parasitisch“ gelten wird, denn der französische Adel zu Beginn der großen Revolution. Sicherlich lebt heute das preussische Junkertum noch weit mehr, als einst die verlotterte vorrevolutionäre Aristokratie Frankreichs, auf Kosten des arbeitenden Volkes, das ihm in Form von Liebesgaben, Zollerhöhungen, künstlich bewirkten Preissteigerungen der landwirtschaftlichen Produkte usw. härtere Fronen leisten muß, als einst der frönpflichtige Bauer Frankreichs seinem Seigneur.

Ein Jubiläum preussischer Schulmächter.

Im Jahre 1898, vor zehn Jahren also, war Genosse Singer vom Berliner Stadtverordneten-Kollegium in die Schuldeputation gewählt worden. Auch die liberalen Stadtverordneten hatten nicht den Mut besessen, gegen ihn zu stimmen, weil es doch allzu ungeheuerlich gewesen wäre, einem Vertreter der stärksten Partei, der größten Zahl der Berliner Bevölkerung, den Zutritt zu einer Deputation zu verwehren, der die Ueberwachung über das gerade für die große Masse der Berliner Bevölkerung so ungemein wichtige Institut der Volksschule oblag. Damals aber geschah das Ungeheuerliche, daß der Kultusminister Vosse wegen dieser Wahl Singers in die Berliner Schuldeputation ein Reskript an die Provinzialschulkollegien erließ, daß allen Sozialdemokraten, die in Schulkollegien gewählt würden, die Befähigung zu versagen sei. Der preussische Kultusminister zog also nicht nur einen dicken Strich durch die Wahl des Berliner Stadtverordneten-Kollegiums, der Vertretung der Landeshauptstadt, sondern er verfügte generell, daß überhaupt nirgendwo in Preußen einem Sozialdemokraten der Zutritt zu einem Schulkollegium zu gewöhren

sei. Diese Verfügung bedeutete nicht nur eine Wackpfeife für das Stadtverordneten-Kollegium der Residenz des Landes, sondern auch ein dreifaches Attentat auf das kommunale Selbstverwaltungsrecht.

Das wurde damals im Oktober 1898 auch von den Vertretern des gemäßigten Freisinn, Herrn Cassel, anerkannt. Herr Cassel erklärte damals, daß gegen die Bevormundung des Ministers ganz entschieden protestiert werden müsse. Selbst angenommen, daß der Minister das formelle Recht zu seiner Verfügung hätte, würde sich die Verfügung nichtsdestoweniger als eine eminent selbstverwaltungsfeindliche Maßregel charakterisieren. Tatsächlich hänge doch ein großer Teil der Bevölkerung dem sozialdemokratischen Bekenntnisse an, und da habe die Mehrheit der Versammlung geglaubt, auch ihren Vertretern die Mitarbeit an der städtischen Verwaltung ermöglichen zu sollen. In der städtischen Verwaltung habe Singer sich durchaus verdienstlich betätigt.

So protestierte damals der Kommunalfreisinn gegen das Attentat des Herrn Vosse. Aber als die Regierung unerbittlich blieb, gab der Freisinn den anfangs so pathetisch geführten Kampf auf. Erst in diesem Jahre sah sich der Freisinn offenbar angesichts der bevorstehenden Landtagswahlen, die ja eine Salbung des liberalen Bewusstseins angesichts der Blotsünden des Freisinn doppelte notwendig machen, veranlaßt, wiederum für die Wahl Singers zum Mitglied der Schuldeputation zu stimmen. Aber wiederum, trotz der Bloßpolitik und der liberalen Aera, hat sich die Regierung nicht geschont, den von der Mehrheit des Rates Hauses vollzogenen Wahlstoß zu annullieren! Wo das Scherblatt melbet, wurde die Wahl Singers als Mitglied der Schuldeputation nicht bestätigt. Wie das Blatt hinzufügt, stehe die Befähigung der Wahl nicht dem Magistrat, sondern dem Provinzialschulkollegium zu. Das Provinzialschulkollegium habe aber heute, am 4. März, Befähigung gegeben, daß es der Wahl Singers seine Befähigung verweigere.

Diese offenbar offiziöse Notiz gesteht also ein, daß bisher das Selbstverwaltungsrecht der Kommunen in der schändlichsten Weise gegenwärtig beeinträchtigt wurde. Denn erst das neue Schulgesetz habe dem Magistrat das Befähigungsrecht genommen! Nichtsdestoweniger bedeutet die Verfügung des Provinzialschulkollegiums eine Wiederholung der früheren rechtswidrigen Anmaßungen. Denn das neue Schulgesetz tritt erst am 1. April d. J. in Kraft! Wir hegen freilich keine Hoffnung, daß der freisinnige Berliner Magistrat sich gegen diese neue gegenwärtige Vergeßlichkeit auflehnen wird, nachdem er bereits vor einem Jahrzehnt die Vergeßlichkeit eines Vosse hingenommen! Das einzig Charakteristische dieser neuen Vergeßlichkeit ist, daß sie in der Aera der Bloßpolitik, der konservativ-liberalen Paarung, verübt wurde! —

Ein berühmtes Muster.

Man schreibt uns: In Ihrer gestrigen Notiz: „Nach berühmten Mustern“ ist Ihnen insofern ein kleiner Irrtum untergelaufen, als Bismarck nicht in Barzin, dem pommerischen Dotationsgute von 1866, sondern in Schönhausen, dem altmärkischen Stammsitze seiner Ahnen, ein Wohnhaus in der Steuereinschätzung als Speicher angegeben hat. Auch ist die Saage für junkerliche Jagdgier viel charakteristischer, als Sie annehmen.

Schönhausen ist altes Kirchengut, das im 16. Jahrhundert von einem Hohenzollernschen Kurfürsten gestohlen und von ihm den Bismarcks aufgedrängt wurde, um ihnen dafür das jagdreiche Burgstall abzuknöpfen, das seinerzeit der Ahnherr derer v. Bismarck, ein Stendaler Gewandweber, für wucherische Darlehen von einem Mittelbäcker Kurfürsten eingehandelt hatte. Bismarck hat stets behauptet, daß seine Vorfahren von jenem Hohenzollernschen Kurfürsten arg über Ohr gehauen worden seien, als er sie zwang, Schönhausen für Burgstall anzunehmen, in dessen müssen wir diese defekte Auseinandersetzung zwischen dem „altmärkischen Vasallen“ und seinem hochfellen Lehnsherrn als profane Leute auf sich beruhen lassen. Insofern kommt nicht viel darauf an, als die Bismarcks Burgstall ebenso verplumpert haben würden, wie sie Schönhausen verplumpert haben, dessen fruchtbarere und größere Hälfte vor hundert Jahren in bürgerliche Hände überging.

Dieses fränkte den „Genialen“ gewaltig, als er zu seinen Jahren gekommen war und aus seinem alten Kumpelkasten auf das prachtvolle Herrenhaus blühte, das sich Roturiers auf dem junkerlichen Boden errichtet hatte. Er wollte dann, als er durch die Dotationen von 1866 und 1870 zu Gelde gekommen war, das von den Ahnen vererbte Gut zurückkaufen, natürlich um ein Butterbrot, worauf sich zu seinem Jura die bürgerliche Kanaille nicht einließ. Dann bot sich ihm aber, als sein 70. Geburtstag herannahte, die willkommenen Gelegenheit für einen großen Reiback. Seine Vertrauten regten die großen Börsenwölfe an, einen klingenden „Nationalbank“ für Bismarck zu sammeln und sich selbst mit beträchtlichen Summen an die Spitze der Liste zu setzen. Diese Vieremänner fügten sich mit saurer Miene, aber sie nahmen ihre Bewand, indem sie zur Bedingung machten, daß die gesammelten Gelder nur für einen gemeinnützigen Zweck verwandt werden dürften. Das wurde denn auch in dem Aufruf zur allgemeinen Schnorrerei feierlich veröffentlicht. So ging der Bettelack ins Land, und in un-

Die Inserions-Gebühr beträgt für die sechsgehaltene Kolonnenzeile oder deren Raum 50 Pf., für politische und gesellschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das erste (stehgedruckte) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenangebote und Schlafstellen-Anzeigen das erste Wort 15 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition W bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

zähligen Fabriken wurden den Arbeitern die Pfennige für den „nationalen Zweck“ abgepreßt.

Auf diese Weise kamen ein paar Millionen Mark zusammen, allein nunmehr legte Bismarck seine Tage auf die größere Hälfte der Summe und ließ dafür jene bessere Hälfte Schönhausens ankaufen, die seinen glorreichen Ahnen bei ihrem „standesmäßigen Leben“ aus den Händen geglitten war. „Man müßte sich eigentlich die Augen aus dem Kopfe schämen“, meinten die erlauchtesten Hurratrioten, als sie über diesen Stoß sprangen sollten, aber natürlich sprangen sie doch. Und in der Tat brauchten sie ihre Augen auch noch, um sie vor sprachlosem Entsetzen aufzureißen, als Bismarck, um noch oben drein ein paar Mark an der Gebäudesteuer zu lukrieren, jenes prachtvolle Wohnhaus, das ihm die Notarier auf seinen junkerlichen Boden gesetzt hatten, als „Speicher“ deklarieren.

Möglich freilich, daß er damit auch nur einen gar nicht so läßlichen Witz machen wollte. Er sammelte nämlich bald darauf in demselben Gebäude alle Kostbarkeiten, die ihm von Kaisern und Königen und Fürsten, sowie von dem hohen Adel und verehrlichen Publikum für seine den herrschenden Klassen geleisteten Dienste geschenkt worden waren, und sich nicht in Grundrente oder Kapitalprofit anlegen ließen. Daß all' dieser Trödel gerade gut genug war, in einem „Speicher“ verstaubt zu werden, das wäre ein zynischer Scherz gewesen, wie er dem alten Menschenverächter wohl zugetraut werden könnte.

Gegen Clemenceau.

Paris, 2. März. (Fig. Ver.)

Die Opposition gegen die Clemenceauschen Regierungsmethoden und Manieren wird innerhalb der radikalen Mehrheit immer deutlicher. Als neulich der radikale Deputierte Constant gegen die rüde, beleidigende Tonart, die der Ministerpräsident gegen alle Leute, die mit ihm nicht einer Meinung sind, einschlägt, protestierte und erklärte, das Parlament habe es satt, sich weiter so schulmeistern zu lassen, hatte er den demonstrativen Applaus des ganzen Hauses als Echo und Clemenceau mußte die Zurechtweisung wortlos einstecken. Aber neben der natürlichen Koalition der mittelständigen Leute, die den ewigen Nadelstichen eines über-nervösen Artisten des Geistes nur das Pathos der bürgerlichen Ehrbarkeit entgegenzusetzen haben, treten auf der Linken die Formen einer durch politische Uebereinstimmung zusammengeführten Koalition unmerklich hervor. Das politische Gewaltregime hat manchen Demokraten doch kopfschmerz gemacht; die wachsende Mißstimmung im Lande über das immer mehr Opfer fordernde marrokanische Abenteuer, das Frankreich keinerlei Gewinn bringen kann und die in der letzten Zeit offenbar gewordene Neigung der Regierung, Anschlag nach rechts zu suchen, brachte nicht nur die Ministerkandidaten des Radikalsozialismus, sondern auch jene Radikalen in Unruhe, die ihre Popularität aus der noch nicht zum Sozialismus geklärten sozialreformerischen und kriegerisch-fürstlichen Stimmung der demokratischen Massen gewonnen haben. Diese Oppositionsbewegung kristallisiert sich um den alten Combes, den repräsentativen Mann, der namentlich bei den Bauern des Südens populär gebliebenen demokratischen Kampfpolitiker. Ihr Sammel-signal war schon das Auftreten Combes gegen die unansehnlichen Nachschüsse bei den Ordensliquidationen. Seit heute hat diese Richtung auch ihr Organ: den „Rappel“, dessen neukonstituiertem Redaktions-komitee ihre bekanntesten Vertreter angehören, während hinter ihnen Combes Schattenspieler sichtbar auftritt. Da der Pelletanische Flügel, dessen Organ die „Lanterne“ ist, schon lange in der Opposition gegen das Ministerium steht, hat dieses nunmehr zwei einflussreiche radikale Blätter gegen sich, ohne in der übrigen radikalen Presse aufrichtige Unterstützung zu finden, ausgenommen den „Radical“, das Organ des Schreckensindes des Ministeriums, des Unterstaatssekretärs Maujan, dessen alzu ungenierte reaktionäre Kleinbürgerinstinkte nicht wenig mitgewirkt haben, die Gegner der Koalition der Mittelparteien aufzurütteln.

Die „Gemäßigten“ des Zentrums sind natürlich über die Combes'sche Schildehebung wütend. Schon die Rede Jaurès' über die Einkommensteuer, deren formellen Glanz und sachliche, die Aufmerksamkeit der ganzen Kammer fesselnde Eindringlichkeit sie nicht bestreiten konnten, hatte den Organen dieser ausgesprochen großkapitalistischen Gruppe Anlaß gegeben, Sturm zu häuten, und die Gefahr auszusprechen, daß die selbige Wozopolitik mit ihrer „Tyrannei der Sozialisten“ wieder aufzustehen drohe. Natürlich ist das nicht in dem Sinne wahr, daß die geeinigte sozialistische Partei heute geneigt wäre, in den Ministerialismus und die vertragmäßige Zusammenarbeit mit der Linken zurückzufallen. Was Jaurès gesagt hat, war nur die für einen Sozialisten natürliche Versicherung, daß die Vertreter der Arbeiterklasse eine bürgerliche Politik, die ehrlich demokratisch und ehrlich sozialreformerisch ist, bei aller Aufrechterhaltung des prinzipiellen Gegensatzes zu unterstützen bereit sind. Aber das Alarmgeschrei des „Temps“, der namentlich angefaßt der bevorstehenden Gemeindevahlen die Selbstbestimmung der bürgerlichen Demokratie fürchtet, entspringt der Angst der Großbourgeoisie, den schon für die Schreckensherrschaft gegen das Proletariat und für das koloniale Stillsitzertum eingelangenen Radikalismus sich ihrer tobbringenden Umarmung entwinden zu sehen.

Gegen die Gewerkschaften.

New York, 20. Februar. (Fig. Ver.)

Es leben unsere Freunde, die Feinde! Was den Sozialisten während einer jahrelangen rastlosen Agitation nur in beschränktem Maße gelungen ist: dem politischen Denken der amerikanischen Gewerkschaftler eine neue Richtung zu geben — scheinen die Gerichte und allen voran das Oberbundesgericht, dieses Volkswort der Reaktion, vollbringen zu wollen. Fast täglich werden der Gewerkschaftsbewegung neue Schläge veretzt, der schlimmste von allen ist aber die jüngste Entscheidung des Oberbundesgerichts über die Ungeheuerlichkeit des Boykotts.

Diese Anti-Boykott-Entscheidung, die ein Gegenstand der berechtigten englischen Taff-Bale-Entscheidung ist, wurde in der Klagefalle der Gutfabrik D. E. Loewe u. Co. von Danbury, Conn., gegen die United Hatters (Vereinigte Hutmacher) und deren Verbündete, das ist die Federation of Labor (Arbeiterbund) gefällt. Dem Hutmacherverband war es gelungen, 70 von insgesamt 82 größeren Gutfabriken des Landes zur Einführung der gewerkschaftlichen Arbeitsbedingungen zu bewegen. Zu den 12 Firmen, die die Bedingungen nicht annahmen, gehört Loewe. Das Verhängen des Boykotts über die Fabrikate der Firma war die Folge. Die Verurteilung fand die Zustimmung der Federation of Labor, dem Zentralkörper der Gewerkschaften des Landes und der Boykott wurde mit solcher Wirksamkeit durchgeführt, daß die Firma ihren eigenen Angaben zufolge einen Schaden von 80 000 Dollars erlitt. Die Firma beantragte nun beim Bundes-Rechtsgericht, dem Guttmacherverband und der Federation of Labor das weitere Boykottieren ihrer Waren zu verbieten und die beiden Verbände auf Grund des § 7 des Sherman (Anti-Trust) Gesetzes

zur Erlegung der dreifachen Höhe des von Loewe u. Co. erlittenen Verlustes zu verurteilen. Sowohl die erste Instanz als auch das Appellationsgericht wiesen die Klage ab, aber das Oberbundesgericht, der höchste Gerichtshof der Vereinigten Staaten, erkannte das Verlangen der Firma für gerechtfertigt an und entschied demgemäß. Die Entscheidung des aus neun Richtern zusammengesetzten Kollegiums (drei der Herren sind von Roosevelt ernannt) erfolgte einstimmig.

In der Urteilsbegründung, die von dem Chefrichter Fuller verfaßt ist, heißt es unter anderem: „Die Beklagten waren Mitglieder einer ausgedehnten Vereinigung, „United Hatters of America“ genannt, welche 8000 Mitglieder und verschiedene Zweiganzen (Zahlstellen) umfaßt. Außerdem waren sie mit etwa 1400 000 anderen Arbeitern in der Federation of Labor vereinigt, deren Mitglieder in allen Städten der verschiedenen Staaten wohnen, wo Engros Händler in Häuten und Kunden wohnen.“ Es wies dann in der Entscheidung weiter aus, daß die Mitglieder der United Hatters und der Federation of Labor einen Boykott gegen die Fabrikate von Loewe u. Co. durchgeführt haben und zwar mit Erfolg. Das Urteil fährt dann fort: „Nach unserer Ansicht ist die Vereinigung (United Hatters) eine solche, zur Einschränkung der zwischenstaatlichen Industrie oder des Handels“ im Sinne des Shermangesetzes. Die Vereinigung fällt deshalb in die Kategorie der durch das Shermangesetz verbotenen Korporationen.“ Zum Schluß wird den organisierten Hutmachern und den Mitgliedern der Federation of Labor der Vorwurf der Verschwörung gemacht.

Dieses Urteil ist von der größten Tragweite. Triumphierend bezeichnet die hiesige großkapitalistische „Times“ die Entscheidung als den vernichtendsten Schlag, der der organisierten Arbeit je veretzt worden ist. Das Blatt fügt bei, daß künftig nicht nur die Gewerkschaften als solche, sondern deren Einzelmitglieder mit ihrem ganzen Vermögen für die durch Boykotts verursachten Verluste haftbar gehalten werden können.

Zweifellos ist das Urteil ein Triumph für die Gegner der Arbeiterklasse und wird auch als solcher von der Arbeiterschaft empfunden. Umso härter trifft die Arbeiter der Schlag, weil ihnen gerade in der letzten Zeit ihre andere Hauptwaffe, das Streikrecht, durch verschiedene richterliche Entscheidungen stark beschnitten worden ist. Ein Richter in Buffalo ging sogar so weit, den Streik und jede Vorbereitung zum Streik zu verbieten.

Was aber nun? Die Arbeiter werden — und das ist das einzig versöhnliche Moment dieser Art Rechtsprechung — förmlich auf das politische Gebiet getrieben, ein Gebiet, das bisher innerhalb der Gewerkschaften nicht berührt werden durfte. Gerade wie der Taff-Bale-Fall eine neue Epoche für die englische Arbeiterbewegung bedeutete, gerade so werden auch die jüngsten Urteile der Gerichte und namentlich das Boykottverbot mit seinen ungeheuerlichen Folgemöglichkeiten eine Wendung in der amerikanischen Arbeiterbewegung bringen. Das New Yorker Gewerkschaftsblatt hat sich bereits mit der Frage der Bildung einer unabhängigen Arbeiterpartei nach englischem Muster beschäftigt. Ob die geplante Gründung einer Arbeiterpartei zur Tatsache wird oder nicht, ist einerlei. Soviel steht jetzt schon fest, daß durch die Anti-Boykottentscheidung die politische Konstellation eine ganz andere geworden ist. Die sozialistische Partei wird von dieser neuen Konstellation sicherlich nur profitieren.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 4. März 1908.

Ministerielle Sozialreform.

In der heutigen Sitzung des Reichstages nahm der Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg das Wort, um sich über sein Ressort zu verbreiten. Wieder wie bei früheren Gelegenheiten bemühte er sich, mit möglichst gewählten Sätzen an dem Thema herumzureden, nicht tiefer einzudringen. Man merkt ihm an, daß er noch nicht in der Lage gewesen ist, sich bis zur völligen Beherrschung in die sozialpolitischen Fragen einzuarbeiten. Das ist auch nicht weiter verwunderlich. Im Laufe eines halben Jahres kann jemand nicht sich zum leitenden Kopf auf einem ihm bisher fernliegenden Gebiete durcharbeiten. Aber die Tatsache an sich ist bezeichnend für die Ministermacht nach dem heute in Deutschland herrschenden System. Es hat alle Fehler des bürokratischen Systems ohne seinen einen Vorzug, daß die Männer an der Spitze der Ressorts eine wirkliche Fachbildung besitzen. So vereint sich bei diesen Ministern der Mangel an umfassender politischer Bildung, die große Gesichtspunkte erzeugt, mit dem blutigsten Dilettantismus in Einzelfragen.

Herr v. Bethmann-Hollweg posierte als der wohlwollende Staatsmann, der ohne Vorurteilnahme und ohne Parteilichkeit die Interessengegensätze allerseits zu studieren und auszugleichen strebt. Und dabei schweigt ihm der konservative Parteimann, der Hüter der Unternehmerinteressen, aus allen Poren. So mußte er zugeben, daß der statistisch nachgewiesene Rückgang des Invaliditätsalters der Vergleiche in den letzten Jahren von 49 Jahr auf 44,7 Jahr ein bedenkliches Zeichen sei und behauptete, er habe Verhandlungen zur Abheilung der Uebel mit Unternehmern und Arbeitern angeknüpft. Es ist aber nichts davon bekannt geworden, daß er auch Mitglieder der größten auf sozialistischem Boden stehenden Vergewerkschaftsorganisation zu Rate gezogen hat. Von seinem konservativen Parteistandpunkte aus ist diese Abneigung ganz erklärlich. Leute dieser Geistesverfassung scheuen instinktiv beim Anblick des roten Luchs.

Nicht minder trat die Bethmannsche Ratscheu bei seiner Darlegung des Geschehens über die Arbeitskammern zutage. Die Wahlen der Arbeitervertreter will er durch die Arbeiteranschläge vornehmen lassen. Auf solche Weise, meinte er, kämen Leute in die Kammern hinein, die das Vertrauen ihrer Kollegen und auch die erforderlichen Fähigkeiten besäßen. Wenn man ihm vorgeworfen habe, er wolle nur Zusage haben, so wisse er das zurüch. Allerdings wolle er auch keine Leute in die Kammern hinein haben, die nur „Nein“ sagen. Als er mit einem malitösen Seitenblick auf die Sozialdemokratie dem noch hinzufügte: „Es gibt nämlich auch solche Leute“, erbrauste begeisterter Beifall auf der Rechten.

In diesem kleinen Vorkommnis trat die sozialpolitische Unkenntnis wie der engherzige Volzgeist des neuen Ministers für Sozialpolitik klar zutage. Indem er zu verstehen gab, seiner Ansicht nach sage die Sozialdemokratie nur „Nein“, bekundete er, daß ihm die enorm positive und schöpferische Mitarbeit der Sozialdemokratie im Reichstage wie im gesamten öffentlichen Leben völlig unbekannt geblieben ist. Zudem er aber bekundete, daß es ihm darauf ankomme, diese angeblichen „Reinsager“ aus den Arbeitskammern fern zu halten, zeigte er, daß er seine Aufgabe darin erblickt, im Sinne eines Polizeiwachmeisters die überwiegende Masse der organisierten Arbeiter nicht in die Arbeitskammern hineinzulassen, als seien das Kriegervereine, die vor der sozialdemokratischen Verfeuchung bewahrt werden müssen.

Wenn ein solcher Mann dann noch feierlich versichert, daß er völlig unparteiisch sei und daß ihm nichts fernere liege, als die Geschäfte des schatzmacherischen Verbandes der Industriellen zu besorgen — er tat dabei so, als könne er nicht einmal den Namen des Verbandes — so kann Herr Dueck dazu schmunzelnd ausruhen:

„Den Teufel merkt dies Büßchen nie,
„Und wenn er sie beim Kragen hätte!“

Die preussische Eisenbahnverwaltung und der Niedergang der Konjunktur.

Im preussischen Dreiklassenparlament beriet man in der heutigen Sitzung, die mit Rücksicht auf den gestrigen Karneval eine Stunde später begann als sonst, den Etat der Eisenbahnverwaltung in richtiger Abschmittungsstimmung. Seit Jahren wird in Preußen der Eisenbahnetat unklar und unordenlich, doch nur in groben Zahlen, verschleiert und falsch aufgestellt und in jedem Jahre in den Ausgaben wie in den Einnahmen um ungezählte Millionen überschritten. Solange in den Zeiten der Prosperität die Recheinnahmen größer waren als die Mehrausgaben, kümmerte sich in dem Abgeordnetenhaus, das keine Vorstellung von dem Wesen des Etatrechtes hat, kein Mensch darum. Erst jetzt, wo die Ausfälle sich bemerkbar machen, erhoben alle Parteien ein großes Geschrei über den ungünstigen Betriebskoeffizienten und die bedauerliche Etatstellung. Der sanfte Pächner schlug reuig an seine Sündenbrust und verlangte Selbsterkenntnis und Einkehr, mußte sich aber von seinem freisinnigen Königsberger Kollegen und Bundesbruder in der Verherrlichung des Blochs, dem Vizepräsidenten Gylling, dem anderen Ritter des Roten Adlerordens vierter Güte, belehren lassen, daß man zum Dreiklassenparlament und zu preussischen Ministern höflicher spricht. Gylling brachte es fertig, das Niveau der Freisinnigen noch etwas tiefer herabzudrücken, indem er nicht nur, wie stets, Wilow huldigte, sondern auch vor dem preussischen Finanzminister Freiherrn v. Rheinbaben, dem Prinzip und der Verfechter der preussischen Reaktion, auf dem Bauche herumrutschte. Der Konserervative v. Arnim dankte ihm in einer persönlichen Bemerkung mit einem verächtlichen Jagdhieb. Da schwang sich der National-liberale Dr. Friedberg und selbst der Freiherr v. Zedlitz zu einer Haltung auf, die neben der Wackelhaftigkeit des Freisinn wie Mannesmut ausstrahlt. Sie erklärten rundweg, daß sie jede Verantwortung für eine so liebevolle Etatstellung für die Zukunft ablehnen müßten. Pächner tröstete rasch dem Eisenbahnminister mit der Versicherung, daß sie gleichwohl dem Etat unverändert zustimmen würden. Als Rezept zur Verbesserung des Eisenbahnetats schlugen die Parteien des Dreiklassenparlamentes neben der Abschaffung der Fahrkartensteuer, deren Unsinngigkeit jetzt selbst dem harten Schädel der preussischen Junker einleuchtet, Schuldenmachen und Sparsamkeit vor. Dabei hat noch vor wenigen Monaten der Eisenbahndirektor mit dem Kohlenhändler einen Lieferungsvertrag abgeschlossen, der diesem für die nächsten drei Jahre unverschämte hohe Kohlenpreise sichert, wie sie die Privatindustrie selbst in den Zeiten der höchsten Hochkonjunktur nie gezahlt hat. Das soll nun an den Arbeiterhänden, den Beamtengehältern und den „Augsbauern“ der Bahnhöfe gespart werden. Eisenbahn- und Finanzminister kümmerten sich übrigens wenig um die harte Kritik; sie wollen so weiter wirtschaften, solange das Abgeordnetenhaus es ihnen erlaubt. Beim nächsten Konjunkturausschlag wird alles wieder vergessen sein.

Rorgen wird die Beratung des Eisenbahnetats fortgesetzt.

Für die Beamten.

Die Parteien des Dreiklassenparlamentes prästieren jetzt, wo die Landtagswahlen vor der Tür stehen, ungewohnten Eifer. Nicht weniger als vier Interpellationen auf einmal bedrohen den sonst bei den Privilegiertenberatern so beliebten Finanzminister wegen seiner Erklärung über die Verschönerung der Gehaltsvorlagen für die Beamten. Im Reichstag haben die Blochparteien die Finanzreform verzettelt und nun, wo die Folgen der Verzettelung zutage treten, wollen sie alle Schuld von sich abwälzen. Gewiß, die Gehaltsaufbesserung der Beamten ist unausschiebbar. Sie können die Folgen der Wucherzölle, die allgemeine Leuerung nicht mehr ertragen; da sie nicht wie die Arbeiter bei den Landtagswahlen völlig einflusslos sind, müssen die bürgerlichen Parteien, die für den Hohlwucher und die Zerrüttung der Finanzen verantwortlich sind, wenigstens die Unzufriedenheit dieser Schichten zu bannen suchen. Es ist auch nur ein billiges Verlangen, daß die Beamten stellen. War die Vermehrung der Heeres- und namentlich der Flottenausgaben möglich, bevor eine Deckung gefunden war, so muß daselbe bei den Gehaltsaufbesserungen möglich sein. Herr v. Rheinbaben ist der letzte, der ein Recht hat, das zu leugnen. Ist doch gerade er durch seinen eigensinnigen Widerstand gegen die Einführung direkter Reichsteuern ein Haupthindernis für die Sanierung der Reichsfinanzen, deren Ordnung er jetzt als Vorbedingung für die Gehaltsreform bezeichnet.

Aber bei bloßen Interpellationen dürfen es die bürgerlichen Parteien nicht bewenden lassen. Bleibt die Regierung hartnäckig, so müssen sie sie zwingen. Sie haben ein recht einfaches Mittel. Sie dürfen den Etat nicht früher verabschieden, bis die Gehaltsreform von der Regierung vorgelegt und vom Herrenhaus angenommen ist. Ob freilich das Dreiklassenparlament so viel Energie aufbringen wird? Jedenfalls dürfen sich die Beamten nicht einreden lassen, die Regierung sei allein schuld an der Verzögerung. Verantwortlich sind vor allem die Parteien, die, wenn sie nur wollen, den Beamten zu ihrem Recht auch verhelfen können.

Durch die Hintertür!

Der Freisinn soll wirklich geneigt sei, durch die Hintertür, auf die ihn schon die in der gestrigen Nummer von uns zitierte Notiz der „Arenz-Zeitung“ hinwies, sich vor der Pflicht zu drücken, die Versammlungsfreiheit vor dem Sprachenparagrafen zu verteidigen. Nach der Scherl-Presse wird folgender Kompromiß angestrebt:

„Die Freisinnigen erklären sich damit einverstanden, daß die Regelung der Frage der Landesgesetzgebung übertragen wird, und begnügen sich mit der reichsgerichtlichen Festlegung einiger Punkte, an welche die Einzelstaaten gebunden sein sollen, wie Befreiung der Wahlversammlungen vom Sprachenzwang und dergleichen. Ohne dieses Zugeständnis der Liberalen würde es den Landtagen an der Zuständigkeit für diese Frage fehlen.“

Dieser Kompromiß wäre ein vollständiger Um-fall des Freisinn! Die Auslieferung des Versammlungsrechts der nichtdeutschen Nationalitäten und mittelbar des Koalitionsrechts an das preussische Dreiklassenparlament bedeutet die Bewilligung alles dessen, was die preussische Reaktion im § 7 des Reichsvereinsgesetzes gefordert hat. Wenn der Freisinn unter allen Umständen politischen Selbstmord begehen will, so wird er dieses edle Ziel durch die Zustimmung

zum schändlichen Ausnahmegesetz gegen die nichtdeutschen Nationalitäten auf sicherste und schnellste Weise erreichen können.

Vorussisches im „Noten“ Herzogtum.

In der Zweiten heftigen Kammer erklärte am Mittwoch der Minister des Innern auf eine Anfrage des Abgeordneten Osann, daß Straßendemonstrationen nach Umfang und Art der in Berlin vorgekommenen in Hessen nicht zulässig seien. Nach den gesetzlichen Bestimmungen hätte die Polizei das Recht und die Pflicht, gefährdende oder ordnungswidrige Zustände zu beseitigen und ihre Entfaltung oder Fortsetzung zu hindern. Daß aber Straßendemonstrationen, wie die in Berlin, Gefahr bringen für die Teilnehmer und dritte Personen und zugleich für die Aufrechterhaltung der Ordnung auf den Straßen unzulässig seien, bedürfte keines Nachweises. Ein Recht auf vorzugsweise Benutzung der Straßen zu politischen Zwecken gäbe es nicht; ebensowenig gäbe es einen Anspruch darauf, daß der Vortrag eines Bittgesuchs bei der Krone das Verbot von Hunderten oder Tausenden haben müsse. Dazu genüge eine einfache Deputation. Dementsprechend seien bei den letzten Darmstädter Wahlscheidungsverhandlungen entsprechende Vorsichtsmaßregeln getroffen worden.

Protest gegen den Reichsvereinsgesetzentwurf.

Der Landtag des Großherzogtums Koburg-Gotha hat am Dienstag noch länger heftige Debatte, in der von den Sozialdemokraten Genosse Volz sprach, den Antrag Arnold, die Regierung zu ersuchen, im Bundesrat gegen die Verschlechterung des Vereins- und Versammlungsrechtes der Einzelstaaten zu stimmen, einstimmig angenommen.

Der Präsident Arnold des Sonderlandtags für das Herzogtum Koburg erklärte in der Debatte, er habe vor einiger Zeit in Berlin mit mehreren Zentrumsabgeordneten Sitzung genommen, da diese in der Reichstagskommission für die Aufrechterhaltung der in einzelnen Staaten geltenden freieren Bestimmungen gewesen seien, im Gegensatz zum Abgeordneten Müller-Reinigen, der für eine derartige Partikular-Klausel nicht zu haben gewesen sei. Der Ausschuss des Koburgischen Speziallandtages habe ihn beauftragt, sich an die Volksvertretungen von Bayern, Baden, Hessen und Württemberg zu wenden und sie zur Mithilfe gegen eine Verschlechterung der einzelstaatlichen Vereinsgesetze aufzufordern, unter Hinweis darauf, daß die Herzogtümer Koburg und Gotha die einzigen unter den deutschen Bundesstaaten seien, in denen das Vereins- und Versammlungsrecht nicht durch besonderes Gesetz, sondern durch einen einzigen Paragraphen der Verfassung gewährleistet sei.

Strafmandate gegen den Wahlrechtskampf.

Vom Solinger Amtsgericht ist dem Genossen Thabor zu Solingen ein Strafmandat, lautend auf sechs Wochen Gefängnis, zugegangen. Er wird beschuldigt, am 12. Januar in Wald bei Solingen einen nicht genehmigten öffentlichen Aufzug veranstaltet zu haben. Selbstverständlich hat der also Bedachte gerichtliche Entscheidung gefordert.

In Düsseldorf mußte das Schöffengericht die Genossen Gilles, Westkamp und Wilow, die aus demselben Grunde wie Genosse Thabor Strafmandate über 30 Mark erhalten hatten, freisprechen, da ihnen nicht nachgewiesen wurde, daß sie die Führer und Veranstalter des angeblichen öffentlichen Aufzugs am 12. Januar gewesen sind.

Auch eine Wahlreform.

Eine Wahlreform, die der tollste Hohn auf die Forderung der Arbeiterklasse ist, plant die Regierung des Herzogtums Anhalt. Im Landtage des Landes erklärte am Montag der Staatsminister v. Dallwig, die Regierung stelle Erwägungen an, ob nicht der Vermehrung der Bevölkerung bei der Wahl der Mandate Rechnung getragen werden könne, indem man den privilegierten Industriellen ein Mandat mehr gebe und zugleich zwei weitere städtische Mandate hinzufüge, die natürlich auf Dessau und Bernburg entfallen würden.

Und über diese großartige Wahlreform soll die Entscheidung nicht schon in diesem Landtage fallen, sondern sie soll erst dem im nächsten Jahre neu zusammentretenden Landtage vorgelegt werden.

Das „Vollblatt für Anhalt“ erklärt, es sei unendlich traurig, daß die Regierung eine solche „Reform“ anzubieten wage. Es fordert zum energischen Kampf für eine wirkliche Reform auf.

Strafgefangene als Ersatz für Landarbeiter.

Bereits vor einem Jahre fand in Königsberg eine Konferenz von Vertretern der Regierung und Interessenten der Land- und Forstwirtschaft statt, in der speziell die Frage erörtert wurde, ob Strafgefangene nicht auch in größerem Umfange nicht allein zu Landeskulturarbeiten herangezogen werden, sondern überhaupt als Konkurrenten der Landarbeiter benutzt werden könnten. Man konnte sich damals noch nicht recht für das letztere entscheiden. Die Gefangenen wurden nur in größeren Kolonnen zu Landeskulturarbeiten, so zum Beispiel zur Anpflanzung der Anrücken Redung und dergleichen zugelassen. In den Kreisen der ostelbischen Großgrundbesitzer hat man aber nicht aufgehört, über Landarbeitermangel zu schreiben und schließlich die Hände nach den in diesen Kreisen sonst so verpönten Strafgefangenen auszustrecken. Denn von den anfangs so beliebten ausländischen Arbeitern haben die Junker auch schon bereits die Nase ebenso voll, wie jene von diesen.

Vor einigen Tagen fand nun in Königsberg wieder in dieser Angelegenheit eine Konferenz statt, zu der Vertreter der königlichen Regierung sowie der Justizbehörden, des landwirtschaftlichen Ministeriums und sonstiger Behörden erschienen waren. Den Vorsitz führte der Oberpräsident v. Minckheim. Ueber das Ergebnis dieser Konferenz verlautet aus landwirtschaftlichen Interessentenzirkeln nur soviel, daß die Behörden nicht abgeneigt sind, Strafgefangene als Landarbeiter für einzelne Großgrundbesitzer abzugeben!

Eine Glendstatistik.

Der Münchener „Arbeiter“, das Blatt des Verbandes katholischer Arbeitervereine Süddeutschlands, veröffentlicht die Zahlen eines Arbeiterhaushaltes, der aus sechs Personen: Mann, Frau und vier unermüdeten Kindern besteht. Der Mann arbeitet in einer Textilfabrik als Weber. Er hatte im verflochtenen Jahre 288½ Arbeitstage und 53 Ueberstunden; als Akkordarbeiter verdiente er den Tag 2,50 bis 2,70 M. 51 Tage war der Mann krank und arbeitsunfähig, 1½ Tag fiel wegen Unzuges aus. Im ganzen bezog er, die Versicherungsgebühren abgerechnet, ein Jahreseinkommen von 885,43 M., wobei 67,35 M. an Krankenunterstützung einbezogen sind.

Selbstverständlich können von 885 M. nicht sechs Personen ein Jahr lang leben, und so mußte denn die Frau des Arbeiters zum Mitbedienen heranziehen. Sie geht als Spülerin in die Fabrik und da sie eine tüchtige Akkordarbeiterin ist, verdiente sie im Jahre 1907 an 292 Arbeitstagen — wovon neun für die Pflege eines kranken Kindes abgehen — 544,92 M., so daß der Jahresarbeitsverdienst von Frau und Mann zusammen 1229,75 M. betrug. Aber auch das würde für den Unterhalt der sechsköpfigen Familie nicht gereicht haben, und so mußte man denn auf Nebeneinnahmen bedacht sein. In die ohnehin kleine Wohnung wurde

ein Schlafgänger aufgenommen, der eine Einnahme von 36,34 M. brachte; dann ging während der Sommerferien das zwölfjährige Mädchen als Dienstmädchen aufs Land und verdiente während acht Wochen 5 (11) Mark; der Vater erhielt für kleine Beiträge an die christliche Gewerkschaftspressen 30,35 M., von guten Bekannten kamen hier und da kleine Geschenke in bar, zusammen 19,60 M., so daß die Gesamteinnahme des Jahres 1405,39 Mark betrug.

Das ganze Elend eines Proletariatsdaseins tritt in diesen Zahlen zutage: schlecht entlohnte Arbeit des Mannes, Frauenarbeit, Kinderarbeit, Schlafgängerwesen, bis zum Almosen herab — alles muß herhalten, um die Arbeiterfamilie vor dem Verhungern zu schützen. Denn zu mehr langt für sechs Personen auch das Einkommen von 1400 M. nicht, wie die Zusammenstellung der Ausgaben ergibt. Diese betragen nämlich 1451,05 M., so daß sich ein Defizit von 45,66 M. ergibt, das aus einer kleinen Ersparnis der Vorjahre gedeckt werden konnte.

Von den Ausgaben entfielen 718,38 M. auf Lebensmittel. Werden hierzu 191,92 M. für Bewehr- und Kostgelder der Kinder gerechnet, so läme auf die Person pro Tag ein Ausgabe für Ernährung die riesenhafte Summe von 41,8 Pf. Selbstverständlich wird in diesem Haushalt alles, was über Brot und Kartoffeln hinausgeht, zum Luxus. So findet sich für Fleisch und Butter eine Ausgabensumme von 76 M. (oder täglich etwa 30 Pf.), für Eier 7,88, Zucker 16,17, Kaffee 10,20, Obst 5,81 M. — wohlverstanden: für ein ganzes Jahr.

Der betreffende Arbeiter bemerkt zu seinem Haushalt: „Die Mutter von vier unermüdeten Kindern weg in die Fabrik zu schicken, widerspricht den Naturgesetzen und der von Gott gewollten Ordnung.“ Wie man sieht, ist der Mann sehr bescheiden, sonst würde es finden, daß sein ganzes Dasein ein Spott auf die „von Gott gewollte Ordnung“ ist.

Frankreich.

Herb.

Paris, 4. März. Das Appellationsgericht hat den Verkauf der Advokatenkammer, wonach Herbé aus den Listen der Anwälte gestrichen ist, bestätigt.

England.

Eine neue Schlappe der Regierungspartei.

London, 3. März. Bei der Parlaments-Ersthwahl in Hastings erhielt der Unionist Duroos 4495, der Liberale Harcourt 3477 Stimmen. Die Mehrheit der Unionisten betrug im Jahre 1906 413 Stimmen.

Die englischen Nachwahlen zeigen in letzter Zeit fast jedes das selbe Bild. Die Konservativen gewinnen zusehends an Terrain. Die neue Wahl ist in dieser Beziehung umso charakteristischer, als Duroos den Schulzoll zu seiner Wahlparole gemacht hat. Der Schulzoll aber erscheint in der jetzigen Depression nicht nur dem Grundbesitz, sondern auch den schweren Industrien, die die amerikanischen und kontinentalen Syndikate um ihre Monopolgewinne beneiden, sehr wünschenswert. Außerdem soll er dem Fiskus die nötigen Mittel liefern, mit denen die Konservativen die von ihnen geplanten Meer- und Flottenvermehrungen durchzuführen gedenken. Denn solange die Vermehrung der militärischen Ausgaben in England vornehmlich durch direkte Steuern zu decken ist, ist die Begeisterung dafür nicht allzu groß. Das ist mit ein Grund, weshalb in England die Konservativen Schutzgölle verlangen, die die arbeitenden Massen vor allem treffen, ebenso wie in Deutschland die Reaktionen gegen alle direkten Reichsteuern sich auf das heftigste wehren.

Schweden.

Der gesetzliche Achtstundentag.

Genosse Bärner Nyden hat im Namen der sozialdemokratischen Fraktion in der Zweiten Kammer einen Antrag eingebracht, der die gesetzliche Einführung des achtstündigen Arbeitstages in Industrie und Handwerk, Transport- und Verkehrswesen, Staats- und Gemeindebetrieben zum Ziele hat. Es ist das erntmal, daß der Achtstundentag im schwedischen Reichstag gefordert wird. Anträge auf Einführung des Maximal-Arbeitstages sind schon wiederholt eingebracht worden, erst im Jahre 1856, dann in den Jahren 1891, 1893, 1894 und 1895 von dem Schullehrer und späteren Minister Friisjö Berg. Diese Anträge scheiterten jedoch am Widerstand der Ersten Kammer.

Persien.

Ein neues Bombenattentat!

Tiflis, 4. März. In den Konzertsaal des Gymnasiums, der dicht von Schülern gefüllt war, wurden während der Abhaltung der Nationalhymne zwei Bomben geworfen. Im Saale entstand ein entsetzliches Gedränge. Zwei Kinder sind schwer verwundet.

Marokko.

Offizielle Zeremonien.

Die Regierung fährt fort, das Land über die Tragweite des Marokkoadventures zu täuschen. Eine halbamtliche Note hebt hervor, die dem General Doughty und dem Befehlshaber Regnault anvertraute Mission betreffend Einrichtung der französisch-spanischen Polizei in Casablanca zeige von neuem, daß die gegenwärtige Expedition einen wesentlich vorübergehenden Charakter habe. Ministerpräsident Clemenceau erklärte einem Berichtshalter, welcher ihn über die Bedeutung des heutigen Ministerratsbeschlusses fragte: wir sehen heute schon eingermessen das Ende der Operation und wir öffnen uns eine Eingangstür.

Der Aufenthalt des Generals Doughty werde nur drei bis vier Wochen dauern. Nach seiner Rückkunft würden wir endgültige Maßnahmen zur Wiederherstellung des Friedens treffen können. Die militärischen Operationen dürften nicht mehr von langer Dauer sein.

Daß diese Ansichten nicht gerade sehr wahrscheinlich sind, zeigt eine Meldung des „Daily Telegraph“ aus Casablanca: Unter den Eingeborenen macht sich infolge der Auffassung, daß die letzten Kämpfe mit den Franzosen für die Marokkaner siegreich ausgelaufen sind, eine große Agitation bemerkbar. Casablanca ist neuerdings ohne Truppen und einen Handstreich der Marokkaner ausgelegt, da General d'Amade gegen die Medrasa ausgebrochen ist. Gestern Abend lagerte seine Kolonne in der Nähe der Kasbah von Medrasa und heute soll die Vereinigung mit der Kolonne des Obersten Tiers zum gemeinsamen Vormarsch erfolgen.

Aus der Partei.

Ein eigentümliches Anfinnen!

Der Herausgeber der „Preußen-Korrespondenz“, Genosse Sidelum, sendet uns folgende Zuschrift:

An die Redaktion des „Vorwärts“

SW. 68, Lindenstr. 69.

Nach Rücksprache mit dem Genossen Weber und auf seinen Rat sende ich Ihnen die beigelegte Notiz aus der „Preußen-Korrespondenz“ mit dem ausdrücklichen Ersuchen, sie unverfälscht im „Vorwärts“ abzu drucken, damit die Leser des Blattes erfahren, gegen welche Ausführungen Sie Notizen von der Art der in Ihrer Nr. 53 publizierten richteten.

Mit B. G.

Dr. Sidelum.

Das Anfinnen, die beigelegte Notiz wörtlich nachzudrucken, ist schon an sich ein höchst seltsames. Denn es ist Sidelum selbst gar nicht eingefallen, unsere Artikel, gegen die er polemisierte, abzu drucken. Und er war es, der die Polemik begann!

Aber das Anfinnen Sidelums wird noch viel sonderbarer durch folgende Umstände:

Die Notiz, deren unverfälschten Abdruck er uns zumutet, ist gar nicht diejenige Notiz, gegen die wir in Nr. 53 polemisierten. Die von uns beantwortete Notiz stand vielmehr in der „Sächf. Arbeiter-Ztg.“. Daß wir gegen sie und nicht die in der „Preußen-Korrespondenz“ enthaltene Notiz, die uns Sidelum zum Abdruck zuschickte, polemisierten, ergab sich nicht nur aus dem Inhalt unserer Antwort in Nr. 53 des „Vorwärts“, sondern das hatten wir obendrein ausdrücklich geschrieben!

Wenn also Sidelum in der neuesten Nummer seiner „Preußen-Korrespondenz“ behauptet, er habe uns ersucht, die „angegriffene“ Notiz abzu drucken, damit die „Vorwärts“-Leser wenigstens erkennen könnten,

„aus welchen Ausführungen die „Vorwärts“-Redaktion die Verurteilung unter anderem zu der Behauptung schöpfen zu können vorgibt, sie müsse mich wieder einmal an das ABC des Sozialismus erinnern“

so ist das eine falsche Information, an deren Unablässigkeit wir angesichts der Tatsachen nicht zu glauben vermögen!

Doch weiter: Selbst wenn Sidelum nicht bei der Vertauschung der Notizen einem so eigenartigen Irrtum zum Opfer gefallen wäre, wäre seine Information noch falsch und sein Anfinnen noch befremdend. Denn speziell unsere Bemerkung über das ABC des Sozialismus bezog sich ja auf eine dritte Notiz, nämlich auf Sidelums erste polemische Notiz. Das mußte Sidelum klar sein, wendete sich doch der betreffende Passus unserer Notiz gegen einen Vorwurf der „Sächsischen Arbeiter-Zeitung“, der sich auf unsere erste Entgegnung bezog.

Sidelum konstruiert also nicht nur für uns eine publizistische Pflicht, der er zunächst erst selbst einmal genügen mußte, sondern er verlangt obendrein zur Information unserer Leser den Abdruck einer Notiz, die, wie ihm bekannt sein muß, den Lesern ein völlig falsches Bild von dem Verlauf und den Streitpunkten der Auseinandersetzung geben würde! Das Sonderbarste freilich ist, daß Genosse Sidelum auch nur einen Augenblick glauben konnte, wie würden auf seinen — Textum hereinfallen!

Aus den Organisationen.

Der Jahresbericht des sozialdemokratischen Vereins zu Breslau für 1907, der am Montag in einer Generalversammlung daselbst debattiert wurde, verzeichnet über 500 neue Mitglieder, die zu den bereits vorhandenen 5500 gewonnen wurden. Ueber 1500 waren ferner an den abgezwungenen Landkreis abgetreten worden. Breslau hat jetzt 23 Distrikte mit ebenfalls 23 Distriktsführern (die dem Vorstande angehören) und 300 Bezirksführern. Neu eingerichtet wurden ferner die in Berlin ebenfalls bestehenden allmonatlichen Jahreshände, die in 89 Lokalen durchschnittlich von 1500 Personen besucht werden. Auch einen Bildungs-ausschuß haben sich die Genossen gewählt, dessen Veranstaltungen (Konzerte, Theateraufführungen im Thalia-Theater, belebende Vorträge, Dichtereben etc.) nicht nur einen schönen moralischen, sondern sogar noch einen finanziellen Erfolg aufzuweisen hatten.

Infolge der vielen Demonstrationen und sonstigen Versammlungen, die an die heimischen Referenten große Anforderungen stellen, war die Gründung einer Referentenkommission erforderlich, die die Aufgabe hat, die etwa 50 Breslauer Referenten aus der Partei und den Gewerkschaften fortzubilden, mit Material zu versehen und für die Vermittlung von Rednern zu sorgen. — Mit Genehmigung verzeichnet der Bericht, daß der Kampf um die Lokale nunmehr endgültig zu unseren Gunsten entschieden ist. Etwa 60 große und kleine Säle stehen unserer Partei jetzt in Breslau und der unmittelbaren Umgebung zur Verfügung und obendrein ist jetzt das Gewerkschaftshaus ihr alleiniges Eigentum. Für rund 875 000 M. haben die Arbeiter es sich gekauft und renoviert und in kurzer Zeit soll es durch mächtige An- und Umbauten zum imposanten Volkshaus umgewandelt werden.

Die Einnahmen stiegen von 24 792,02 M. auf 30 961,35 M., woran besonders erfreulich, daß die Mehr-Einnahme an Beiträgen allein 3655,50 M. betrug, trotz des Abganges von 1500 Mitgliedern zum Landkreis! An den Parteivorstand in Berlin wurden 4141,10 M. gesandt. — Noch erfreulicher ist der finanzielle Abschluß des Parteivorstandes, der „Vollmacht“. Zum ersten Male ist es ihm möglich geworden, einen Ueberschuß zu erzielen und zwar gleich einen solchen von rund 17 000 M. Für Abonements und verkaufte Bücher wurden 17 000 M. mehr, für Inserate 18 000 M. mehr verzeichnet wie 1906. An Gefängnisstrafen erließen die Genossen Radlof und Albert „nur“ fünf Monate Gefängnis. Neben dem schönen Ueberschuß von 17 000 M. konnte der Redaktion eine größere Summe (10 000 M.) für Mitarbeiter zur Verfügung gestellt werden. Im Jahre 1910 läuft der Vertrag mit der Privat-druckerei ab, weshalb unsere Genossen bereits seit einiger Zeit die Errichtung einer eigenen Druckerei vorbereiten. 1907 waren an den Privatdrucker über 210 000 M. zu zahlen. Die „Vollmacht“ hat 30 000 Abonnenten.

Arbeit für Herrn Holle.

Das Stadtverordnetenkollegium zu Solingen hat dem Genossen Stadtverordneten Forkert zum Mitglied der Schuldeputation gewählt. Die dritte Abteilung des Kollegiums besteht nur aus Sozialdemokraten und mit vollem Recht fordern unsere Genossen, daß in der Körperschaft, die die Verwaltung der Schule für die Kinder der Bürger dritter Abteilung hat, mindestens ein Vertreter der dritten Abteilung sitzen müsse. Der Oberbürgermeister Dicks hatte der Wahl Forckers widersprochen. Er erklärte, daß nach einem Ministerialerlass Angehörige der sozialdemokratischen Partei nicht als Mitglieder von Schuldeputationen beschäftigt werden dürfen. Die bürgerliche Mehrheit ließ sich indes dadurch nicht abschrecken und will die Sache alle Instanzen hindurch bis zum Minister verfechten.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Straffonds der Presse. Genosse Wegmann vom „Vollblatt für Saalfeld“ wurde wegen angeblicher Verleumdung eines Kreisblattredakteurs, der die Sozialdemokratie in Reichsverbandsmantel zu beschimpfen pflegt, zu 150 Mark Geldstrafe verurteilt. Der Kreisblattredakteur erhielt auf eine Widerklage neun Mark Geldstrafe!

Gewerkschaftliches.

Staatsbetriebe sollen Musterbetriebe sein.

Dies trifft auf die Staatsbetriebe leider nur in den wenigsten Fällen zu. Ein solcher Staatsbetrieb ist die Kaiserliche Tabakmanufaktur in Straßburg. Sie steht in der Ausübung der Arbeitskräfte den Privatbetrieben in nichts nach, im Gegenteil könnte man annehmen, daß sie diesen als Vorbild dienen möchte. Die Löhne der Arbeiter sind mehr auf den Hunger zugeschnitten, als auf das Leben. Im Etat der Manufaktur sind an Löhnen für die Arbeiter 700 000 M. ausgesetzt. Beschäftigt werden etwa 100 männliche und 1200—1300 weibliche Arbeiter. Nehmen wir eine Gesamtarbeiterzahl von 1300 an, so kommt ein Jahresdurchschnittslohn für einen Arbeiter heraus von 538,46 M., also nicht viel mehr, wie der Jahresdurchschnittslohn familiärer Tabakarbeiter in Deutschland. Der Durchschnittslohn beträgt 10,35 M., der Durchschnittstageslohn

1,72 M., und ein solch kaiserlicher Lohn bei zehnjähriger angestrebter Arbeit, so daß auf die Stunde ein Lohn von 17,7 Pf. kommt. Der niedrigste Lohn der männlichen Arbeiter beträgt 2,80 M. pro Tag, die mittleren Löhne betragen 3 M. und 3,10 M. Einige Vorzugsarbeiter erhalten eine Teuerungszulage von 20 Pf. pro Tag. Der Höchstlohn mit 3,50 M. pro Tag wird an vier sogenannte Vorarbeiter gezahlt, von denen drei 40—50 und mehr Jahre in der Manufaktur mit dem stolzen Titel beschäftigt sind. Ein 80 Jahre alter Arbeiter, der seit seinem zehnten Lebensjahre, also 70 Jahre in der Manufaktur beschäftigt ist, erhält den ständlichen Lohn von 3,20 M. pro Tag. Die Arbeiterinnen der alten Manufaktur, eine Zweiganstalt der „Kaiserlichen“, verdienen pro Tag 1,30 M. Dabei haben sie ebenso schwere Arbeit wie die Männer zu verrichten und müssen mit Ballen arbeiten, die fünf und noch mehr Zentner schwer sind. Gewiß gibt es einzelne Arbeitskräfte, die 15—17 M. in der Woche verdienen, dies sind aber ausgesuchte Arbeiterinnen, die in Privatbetrieben mindestens 20—24 M. verdienen würden. Die zehnjährige Arbeitszeit wird sehr streng eingehalten. Fünf Minuten vor Beginn der Arbeitszeit werden die Tore geschlossen, um bei Arbeitsbeginn erst nach dem Glockenschlage geöffnet zu werden.

Das Strafsystem in diesem kaiserlichen Musterbetriebe ist ein recht eigenartiges. Die Strafen werden von den einzelnen Ressortchefs ganz nach Willkür und freiem Gutdünken verhängt. So ist es schon vorgekommen, daß Arbeiter, die ein zum Verarbeiten zu trockenes Tabatblatt etwas angefeuchtet, auf zwei Tage vom Betriebe ausgeschlossen wurden. Arbeiterinnen, die krank wurden, aber keine Person hatten, die der Manufakturverwaltung das Fernbleiben von der Arbeit mitteilten, wurde beim Wiedereintritt der Arbeit bedeutet, daß sie auf weitere 14 Tage von der Arbeit ausgeschlossen seien. Ein geradezu grausames Strafsystem: die Arbeiter von der Arbeit auszuschließen, sie also dem Hunger zu überantworten. Ueberstundenarbeit wurde schon geleistet, ohne daß eine besondere Vergütung dafür bezahlt wurde.

Urlaub gibt es in diesem Staatseldorado natürlich nicht, auch wenn die Arbeiter 50, 60 und 70 Jahre darin beschäftigt sind. Die Arbeitsfälle werden ungenügend geheilt, die Speisefälle sind zu klein. Noch manche andere Klagen wären aufzuzählen, wir wollen es aber bei dem Vorstehenden bewenden lassen. Der Ueberstich der Tabakmanufaktur ist im Etat für 1908 mit 160 000 M. eingesezt. Aus den Arbeiterknochen und -Muskeln wird dieser Ueberstich herausgeholt. Aber auch die niederen Beamten klagen in diesem Betriebe. Mehrere Pfleger haben nur 105 M. Gehalt pro Monat. Von einer Arbeiterorganisation ist in dem Betrieb natürlich nichts zu spüren; aus Angst, die Sinekuren zu verlieren, ducken sich die Arbeiter und Beamten. Vor zwei Jahren reichten 20 Aufseher und Werkmeister eine schriftliche Eingabe um Aufbesserung ihrer Gehälter ein. Sie wurden zusammen vor den Regierungskommissar geführt und gaben dort de- und wehmütig zu, daß ihre Bitte unrecht wäre. Zu solchen Menschen machen die Verhältnisse in einem Staatsbetriebe die Arbeiter. Vielleicht nimmt sich der Reichstag einmal der Arbeiter und Beamten der kaiserlichen Tabakmanufaktur in Straßburg an, da im Landesausschuß für Esch-Lothringen die Arbeitervertreter fehlen.

Berlin und Umgegend.

„Gelber“ Terrorismus!

Und wird folgendes Schreiben vorgelegt:

An den Arbeitsnachweis Chausseest. 9.
P. P.

Mit gegenwärtigem übersende Ihnen einen tüchtigen Dreher, wenn irgend möglich, bitte denselben unterzubringen. Bei uns ist nunmehr tüchtig ausgedünnt worden; es hat auch not getan.

Mit kollegialem Gruß!

Sander.

Unterstützungsverein der Siemens-Schudert-Werke.
Bevollmächtigter vom Auto-Werk.

Und was ist das Ganze? Ein Dreher fragt bei obiger Firma nach Arbeit. Der Portier sagt: „Ja, Arbeit wäre vielleicht; aber ich kenne Ihre Gesinnung nicht.“ Darauf bemerkt der Dreher: „Was meinen Sie denn damit?“ Der Portier läßt dann den Herrn Sander rufen und dieser brave Mann händigt dem Dreher das obige Schreiben aus. Der letzte Satz in dem Schreiben, worin vom „Aufräumen“ die Rede ist, zielt jedenfalls auf die Maßregelungen hin, die seitens der Firma aus Anlaß des Ausfalls der Ausschuswahlungen vorgenommen sind. Zu verstehen ist ja der Schmerz. Man glaubt, den Betrieb von Mitgliedern des Metallarbeiterverbandes gesäubert zu haben und muß erleben, daß die Liste der Mitglieder des Metallarbeiterverbandes mehrere tausend Stimmen bekommt, trotz der geradezu maßlosen Drucks und der sicher zu erwartenden Maßregelungen. Dazu kommt, daß Urteile, die angeblich vollständig „gelb“ waren, fast nur „rote“ Stimmzettel abgegeben haben.

O, Schmerz lah nach!

Zu bedauern ist nur die Firma, die noch nicht einsehen will oder kann, daß es eben einfach Unsinn ist, eine Organisation von der Größe und dem Umfang des Metallarbeiterverbandes aus den Berliner Betrieben bannen zu wollen. Uebrigens gibt die Firma Siemens-Schudert und andere mit ihren gelben Maßnahmen dem Metallarbeiterverband guten Agitationsstoff, ebenso wie es seit 1890 die Rahnemänner mit ihren Maßnahmen taten.

Es häufen sich übrigens die Fälle, wo Arbeiter deshalb nicht eingestellt resp. nicht weiter beschäftigt werden, weil sie sich weigerten, dem gelben Verein beizutreten und für diese arbeitserfeindlichen Bestrebungen sich Beiträge vom Lohn abziehen zu lassen. Besonders trüb liegen da die Dinge bei der Firma Lohr, Chausseest. Der Inhaber dieser Firma ist ja freisinniger Stadtverordneter und zeugt es von echt freisinniger Gesinnung, wenn man die Einstellung eines Arbeiters, den man sonst brauchen kann, davon abhängig macht, daß der Arbeiter sich dem „gelben“ Verein der Firma anschließt. Ganz offen wird dem Arbeiter gesagt: „Ja, wenn Sie nicht Mitglied werden, können Sie nicht anfangen.“

Ist das Terrorismus, oder ist es keine?

Die Ausdehnung des Maßschneidertarifs auf alle Berliner Maßgeschäfte.

Dieser Tage fand wieder eine öffentliche Versammlung der gewerkschaftlichen statt, um für die allgemeine Durchsetzung des im vorigen Frühjahr zwischen den organisierten Arbeitgebern und Arbeitnehmern abgeschlossenen Tarifvertrages zu wirken und Vorbereitungen zur Heranziehung der noch tariflosen Geschäfte zu treffen. Es handelte sich hauptsächlich um die Geschäfte vor dem Schönhauser Tor, die auch zu einem Teil dem Tarife noch fern-

stehen. Die Maßschneider dieses Stadtviertels, auch die bisher noch unorganisierten, waren ziemlich zahlreich erschienen, und ebenso zeigte der ganze Verlauf der Versammlung dafür, daß die lebhafteste Bewegung unter den Maßschneidern Berlins auch hier fest zu Fuß gefaßt hat. Die Unorganisierten wurden für den Verband gewonnen, und was in dieser Hinsicht noch fehlt, wird jedenfalls die Agitation von Mund zu Mund nachholen. Die Ausführungen des Referenten Kunze fanden lebhaften Beifall. Wie in den früheren Versammlungen, wurden auch hier verschiedene Maßgeschäfte namhaft gemacht, die sich durch tarifwidrig schlechte Löhne und andere mißliche Arbeitsverhältnisse besonders hervorhoben. Unbedingt verlangte man, daß nun, wo der gute Geschäftsgang einsetzt, alle Kraft aufgeboren werde, um die allgemeine Anerkennung des Tarifs zu erzielen und den Lohndrückereien ein Ende zu machen. Seitens des Verbandes ist man unablässig für dieses Ziel tätig. Sonderausgaben der Fachzeitung werden in Massen unter der Kollegschaft verbreitet und einige hundert Mitgliedsblätter bemühen sich, Sonntag für Sonntag durch Hausbesuche die Gleichgültigen aufzurütteln. In einem Stadtteil nach dem anderen werden Versammlungen veranstaltet, und die nächste wird am kommenden Montag in der Landberger Straße stattfinden.

Deutsches Reich.

Ueber die Pläne der Arbeitgeber im Baugewerbe

sprach Genosse Silbermann in einer Versammlung der Berliner Steinbildhauer und Modelleure. Der Redner erläuterte die bekannten Beschlüsse der Bauunternehmerorganisation, welche darauf hinauslaufen, die Arbeiter im Baugewerbe auf der ganzen Linie in den Kampf zu drängen, um ihnen Tarife aufzuzwingen, welche einseitig von den Unternehmern festgesetzt und zur Stachelung der Arbeiterorganisationen bestimmt sind. Nicht nur die Maurer, Zimmerer und Bauarbeiter werden davon betroffen, sondern durch das Kartell der Arbeitgebervereinigungen aller Bauberufe sind die Arbeiter des gesamten Baugewerbes durch diese Pläne der Unternehmer bedroht. Die Unternehmer sind entschlossen, ihre Drohung auch auszuführen und sie benutzen dazu, obgleich es unmoralisch ist, die gegenwärtige Notlage, in der sich die Arbeiter infolge des schlechten Geschäftsganges befinden. Daß die Unternehmerorganisationen stark sind, daß hat der Kampf im Berliner Baugewerbe gezeigt. Aber falsch wäre es, wenn man glauben wollte, daß die Arbeiter dieser Situation hoffnungslos gegenüberstehen. Denn auch die Unternehmer großen Anhang haben, so stark sind sie doch noch nicht, um das geplante Werk zu vollbringen. Die Interessen der Unternehmer sind nicht so gleichartig, daß sie im ganzen Reiche zu gleicher Zeit den Kampf beginnen können. Auch die Unternehmer leiden sehr stark unter der wirtschaftlichen Depression. Aber die führenden Unternehmer haben die Sache auf die Spitze getrieben. Sie können nicht zurück, denn sie müssen ihren Mitgliedern zeigen, daß den großen Worten, die sie seit Jahren machten, die Taten folgen. Aber ob früher oder später, einmal muß dieser Kampf zwischen den Organisationen der Unternehmer und denen der Arbeiter ausgefochten werden, denn er ist eine notwendige Folge der Interessengegensätze zwischen Arbeitern und Unternehmern. Ausweichen können wir diesem Kampf nicht; wir fühlen uns jedoch stark genug, ihn zu führen. Solche Kämpfe sind nichts anderes, als einzelne Glieder des Klassenkampfes, den die Arbeiterklasse gegen den Kapitalismus führt. Die Arbeiter werden die wirtschaftlichen Kämpfe, welche ihnen in nächster Zeit bevorstehen, in dem Bewußtsein führen, daß sie das Recht haben, ihr Eigentum: die Arbeitskraft, möglichst günstig zu verwerthen und bei der Festsetzung der Lohn- und Arbeitsbedingungen mitzureden. Allerdings können die berechtigten Ansprüche der Arbeiter in der heutigen Gesellschaft nicht voll befriedigt werden, sondern das ist erst möglich nach Einführung einer gerechteren Wirtschaftsordnung. — Der Vortrag fand lebhaften Beifall.

Die Meher Unternehmer im Baugewerbe haben den am 1. April ablaufenden Tarifvertrag mit den Arbeitern gekündigt. Der neue von den Unternehmern ausgearbeitete Tarif sieht für die Maurer nur die bisherigen Löhne vor, und beabsichtigt bei den Löhnen der Zimmerer sogar eine Kürzung. Sie sollen mit den Maurern auf die gleiche Lohnstufe gestellt werden. Die Organisationen der Arbeiter haben selbstverständlich dieser „Regelung“ der Lohnverhältnisse nicht zugestimmt und es dürfte, falls eine Einigung nicht zustande kommt, einen heftigen Kampf zwischen Unternehmern und Bauarbeitern geben.

Eine weitere Verschärfung hat die Bewegung im Bierstädtebund, Hamburg, Altona, Wandsbek, Harburg erfahren. In einer gemeinsamen Sitzung der Vertreter des Bierstädtebundes und der Vereinigung der im Baugewerbe beteiligten Innungen, Vereine und Betriebe, wie Dachdecker-, Maler-, Klempner-, Schlosser-, Tischlergewerbe um. ist beschlossen worden, an den bestehenden Lohn- und Arbeitsverhältnissen auf Grund des Normaltarifes des Deutschen Arbeitgeberbundes festzuhalten und die von den Arbeitnehmern gestellten Forderungen des Achtstundentages und Lohnerhöhung rundweg abzulehnen. Partielle Arbeitsstellen oder aufstrebende „Meniteng“ sollen sofort von dem gesamten Baugewerbe bis zur äußersten Konsequenz abgewehrt werden.

Die Meinung der Gewerkschaften über den Arbeitskammernentwurf

wollte die badiische Regierung hören. Sie berief durch die Vermittlung der Fabrikinspektion die Vertreter der freien und der christlichen Gewerkschaften sowie der Hirsch-Dunderschen Gewerksvereine in Karlsruhe zusammen. Der Vertreter der freien Gewerkschaften erklärte das Gesetz in der vorliegenden Fassung für unannehmbar; dieser Erklärung schlossen sich die Hirsch-Dunderschen und die Christlichen an. Letztere allerdings mit dem Vorbehalte, daß sie Arbeitskammern anstreben, denn in diesen erblickten sie die Dokumente des sozialen Friedens (1). Die Eingeladenen wurden ersucht, ihre Anschauungen schriftlich niederzulegen und der Fabrikinspektion in einer zweiten, am 7. dieses Monats stattfindenden Sitzung vorzutragen. — Also ein kleiner Fortschritt für die „Objekte der Beschöpfung“; man fragt sie jetzt wenigstens nach ihrer Meinung. Dagegen erklärt die Mannheimer Handelskammer, die größte des badiischen Landes, daß der Gesetzentwurf abzulehnen sei, da ein Bedürfnis für Arbeitskammern nicht vorliege. Zu verworfen seien vor allem Arbeiterkammern, die nur eine Stärkung der gewerkschaftlichen Organisationen unter staatlichem Schutze bedeuteten. Das Produkt der Paarungspolitik findet also nicht einmal bei den süddeutschen Unternehmern Gnade!

Tarifbewegung der Maler in Nürnberg-Fürth. Am 15. April läuft der mit den Unternehmern des Maler- und Ländergewerbes in Nürnberg-Fürth vereinbarte Tarifvertrag ab. Die Unternehmer haben schon lange Vorbereitungen für einen Kampf getroffen, da sie beim Abschluß eines neuen Vertrages den Arbeitern ihre Bedingungen diktieren wollen. Die Arbeiter sind jedoch auch nicht müßig. Sie haben in zwei Mitgliederversammlungen einen neuen Tarifentwurf aufgestellt und am Montag bei sämtlichen Unternehmern eingereicht. Die Hauptpunkte sind: Erhöhung familiärer Stundenlöhne um

10 Prozent, Erhöhung des Mindestlohnes für Gehältern bis zu 19 Jahren von 40 auf 48 Pf. und von 19. Jahre ab von 50 auf 58 Pf. pro Stunde, Erhöhung des Zuschlags für Sonntagsarbeit von 25 auf 50 Prozent und für Nachtarbeit von 50 auf 100 Prozent. Die neunstündige Arbeitszeit soll bestehen bleiben, doch soll am Sonnabend um 4 Uhr Arbeitseinstellung eintreten, ohne daß hierfür eine Lohnzahlung erfolgt. Mit Rücksicht auf die Kriegsvorbereitungen der Unternehmer wurde beschlossen, bis auf weiteres den Wochenbeitrag von 55 auf 65 Pf. zu erhöhen. Die Erhöhung soll der Lokalfalle zugute kommen.

Ausland.

Streitigkeiten in der dänischen Textilindustrie.

Der dänische Textilfabrikantenverein ließ kürzlich durch Rigas Depeschembureau die Nachrich verbreiten, daß die Verhandlungen mit dem Textilarbeiterverband gescheitert seien, weil die Arbeitervertreter durchaus nicht zugeben wollten, daß die einzelnen Arbeiter bei der Drillischweberei auf neuangeschafften Maschinen drei bis vier Gewebe zugleich herstellen sollten, obwohl sie bei diesem System mit mehreren Geweben trotz des Prozentabzuges am einzelnen Stück ihren Arbeitsverdienst um 40 Prozent erhöhen könnten. Die Fabrikanten verfolgten mit dieser Mitteilung offenbar den Zweck, der Öffentlichkeit weiszumachen, daß der Textilarbeiterverband die Schuld trage, wenn die dänische Textilindustrie nicht mit der ausländischen Konkurrenz könne. Damit wollten sie wohl auch die Verhandlungen über den neuen Tarif, die ja noch nicht abgeschlossen sind, einwirken, um sich auch in Zukunft, wofür noch durch erhöhten Zollschutz, die Auslandskonkurrenz vom Halse zu halten. Für den Kenner der Arbeiterbewegung ist es ja von vornherein klar, daß keine moderne Gewerkschaft den technischen Fortschritten in irgend einem Industriezweig Widerstand leistet, zumal wenn, wie hier behauptet wird, noch eine so große Lohnerhöhung dabei herauskommt. Der dänische Textilarbeiterverband hindert seine Mitglieder auch keineswegs daran, mehrere Gewebe zugleich in Arbeit zu nehmen. In dem Tarifvertrag, der nach dem Textilarbeiterstreik von 1905 abgeschlossen wurde, sind ausdrücklich 21 Sorten angeführt, die für das Arbeitssystem mit 3 und 4 Geweben und dem Prozentabzug in Betracht kommen. Nun sollte, und zwar für eine einzige Firma, die Aktiengesellschaft Rogensen u. Dessau in Odense, dieses System weiter ausgedehnt werden, aber, wie der Vorstand des Textilarbeiterverbandes in „Socialdemokraten“ ausführlich darlegt, in der Weise, daß der Fabrikant wohl seine Ware weit billiger hergestellt erhält, die Arbeiter aber keineswegs mehr verdienen können, am allerwenigsten 40 Proz.

Der Streit in Karvik und sein Erfolg.

Seit einer Woche wird in Karvik gestreikt, und die millionenreiche schwedische Aktiengesellschaft ist nicht in der Lage, auch nur eine Schiffsladung ihrer Eisenerze über die nordwestliche Hafensstadt auszuführen. Den Transport über den schwedischen Ozean von Lulea zu leisten, ist wegen des Eises im Bothnischen Meerbusen unmöglich. Aus diesen Gründen mußte die Gesellschaft den Forderungen der Arbeiter nachgeben. Durch Verhandlungen mit den Arbeiterverbänden ist ein neues, allerdings auch nur vorläufiges Uebereinkommen erzielt. Die wichtigste Errungenschaft ist eine Verkürzung der Arbeitszeit, die bisher, die Pausen mitgerechnet, 12 Stunden betrug, und nun für die Tagsschicht auf 10, für die Nachtschicht auf 8 Stunden verkürzt wird. Während bisher ununterbrochen Tag und Nacht gearbeitet wurde, wird die Arbeit nun 4 Stunden in der Nacht überhaupt ruhen, und die Zahl der Nachtschichten wird von wöchentlich 7 auf 6 verringert. Daneben wurden Lohnerhöhungen erreicht, die für die Arbeiter im Kohlenbetrieb 20 bis 70 Oere pro Tag, für die Werksattarbeiter die Stunde durchschnittlich 6 Oere ausmachen.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Die Chemnitzer Klassenwahl.

Chemnitz, 4. März. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Bei der heutigen Vertreterwahl für die hiesige gemeinsame Ortskrankenkasse wurden abgegeben: für die Kartell-Liste 12 743, für die Liste der „Nationalen“ 3257 Stimmen!

Bei der für ungültig erklärten letzten Wahl waren zu verzeichnen gewesen: für die Liste des Kartells 10 061, für die „Nationalen“ 2226 Stimmen.

Eine entsetzliche Schultragödie.

Cleveland (Ohio), 4. März. (Aus deutsch-atlantischem Kabel.) In einer öffentlichen Schule in der hiesigen Vorstadt Collingwood brach eine Feuersbrunst aus, die infolge Ueberheizens des Ofens entstanden war und in wenigen Minuten das ganze Schulhaus in dichten Qualm hüllte, wodurch unter den im Hause befindlichen 400 Kindern eine furchtbare Panik entstand. Das Schulhaus hatte nur zwei Ausgänge, was zur Folge hatte, daß zahlreiche Kinder, in einem Ausgange festgesetzt, zu Tode getreten oder schwer verletzt wurden. Bald nach dem Ausbruch des Brandes fiel das erste Stockwerk des Schulgebäudes zusammen und zahlreiche Kinder stürzten in die Tiefe; in den Kellerraum.

Der Direktor der niedergebrannten Schule schätzt die Zahl der umgekommenen Kinder, die meistens im Alter von 9 bis 12 Jahren standen, auf 75 bis 150!

Aus den Trümmern der niedergebrannten Schule waren Nachmittags bereits 146 Leichen geborgen, doch fürchtet man, daß noch viel mehr Kinder umgekommen sind, weil diese wegen der in der Panik alsbald gesperrten Ausgänge keine Möglichkeit fanden, durch den Rauch und das Feuer ins Freie zu gelangen.

Der Klassenkampf und die italienische Regierung.

Rom, 4. März. (Depuierkammer.) Bei der Verhandlung über das Budget des Ministeriums des Innern erklärte Ministerpräsident Giolitti in Beantwortung verschiedener Anfragen kurz, daß die Regierung dem Kampf zwischen Kapital und Arbeit gegenüber keine Klassenpolitik treiben dürfe; sie könne nicht darauf verzichten, Frieden zu stiften und zu vermitteln, sei es, daß sie den Arbeitgeber auch an seine Pflichten erinnere, sei es, daß sie übertriebene Forderungen der Arbeitnehmer einschränke und dabei stets die Arbeitswilligen schütze. (Beifall.) Giolitti hofft, daß sich einer gesetzlichen Einführung von Schiedsgerichten, die er für notwendig hält, bei klugem, nicht übereiltem Vorgehen keine Schwierigkeiten in den Weg stellen werden.

Der Ministerpräsident ging dann auf Einzelheiten ein. Bezüglich der Krankenfürsorge glaubt er, daß diese in Italien vielleicht die vollkommenste von Europa sei. Zum Schluß sagte er noch einem Hinweis auf die gesetzgeberische Tätigkeit seit 1904, daß Italien jetzt eine friedliche Periode einschneidender sozialer Veränderungen durchmache, die zu wahrhaft wirksamen Resultaten führen würden. (Stürmischer Beifall.)

Darauf wurde das Budget in allen Teilen angenommen.

Das Kind liegt im Brunnen.

Sion (Schweiz), 4. März. (D. G.) Heute fand hier eine Konferenz statt, an welcher Vertreter der schweizerischen Kantone teilnahmen und in der beschlossen wurde, die Arbeiten am Löschbergstunnel sofort wieder in Angriff zu nehmen. Die Wohnungen des Personals werden zur größeren Sicherheit auf die andere Seite des Tales verlegt. Im Sommer sollen dann auch Arbeiten zum Schutze gegen Lawenstürze ausgeführt werden.

Reichstag.

115. Sitzung vom Mittwoch, den 4. März 1908, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstische: v. Weichmann-Hollweg. Auf dem Tische des Präsidenten Graf Stolberg ist zur Feier des 68. Geburtstages des Grafen Stolberg ein prächtiger Blumenstrauß niedergelegt.

Präsident Graf Stolberg dankt für die erwiesene Aufmerksamkeit und bittet, auch in Zukunft ihm wie bisher Nachsicht und Unterstützung zuteil werden zu lassen.

Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der zweiten Beratung des Etats des Reichsamts des Innern.

Die Beratung wird fortgesetzt beim Titel Gehalt des Staatssekretärs (50 000 M.).

Abg. Kacamp (fr. Sp.): Ich will nur wenige Punkte besprechen. Der Abg. Dr. Stresemann hat die von privater Seite ins Leben zu rufende Außenhandelsstelle dem Staatssekretär warm ans Herz gelegt. Ich hege gegen solche private Stelle sehr schwere Bedenken, denn die Auskunftserteilung kann nicht zentralisiert werden, muß vielmehr dezentralisiert sein. Auch ist es ein Rufmord der deutschen Kaufleute, aus eigener Initiative neue Abgabewege gefunden zu haben. Durch Bureaufraisierung der kaufmännischen Tätigkeit würde ihre Initiative leiden müssen. Weiter will ich eine Wahlrechtsfrage zur Sprache bringen, nicht die des preussischen Wahlrechts. Allerdings bedauere ich die Erklärung des preussischen Ministerpräsidenten im preussischen Abgeordnetenhaus. Sie steht im Widerspruch mit den Verheißungen des Reichslanzlers, daß in die Verwaltung ein freierer Geist einziehen soll. Aber mit dem Zwiepsalt zwischen dem deutschen Reichslanzler und dem preussischen Ministerpräsidenten müssen wir leider rechnen. Ich will hier nicht die Wahlrechtsfrage zur Sprache bringen, sondern die Frage des Verlustes der staatsbürgerlichen Rechte durch Krankheitsbehandlung. Sogar die unentgeltliche Krankheitsbehandlung von Familienangehörigen führt zum Verlust des Wahlrechts. Daß dies ein schwerer Mißstand ist, hat selbst der Reichslanzler anerkannt, und Staatssekretär Graf Potadowsky, dessen ungeheurer Arbeitskraft und Arbeitsleistung wir die größte Verehrung zollen (lebhaftes Zustimmung bei den Freisinnigen), hat uns Erhebungen über diesen Gegenstand zugelegt. Hier eine Aenderung der Gesetzgebung herbeizuführen, ist im sanitären wie sittlichen Interesse gleichmäßig geboten. (Lebhafter Beifall bei den Freisinnigen.)

Staatssekretär v. Weichmann-Hollweg:

Auf die zuletzt berührte Materie denke ich morgen oder übermorgen einzugehen, da ich zurzeit das Material über die Frage der Wechselwirkung von Armenunterstützung und Wahlrecht und besonders meine darüber mit dem preussischen Minister des Innern gepflogene Korrespondenz nicht zur Stelle habe. — Zu dem vom Herrn Vorredner und von dem Herrn Abg. Stresemann ausführlich besprochenen Projekt einer Außenhandelsstelle kann die Regierung erst Stellung nehmen, wenn der Plan feste Gestalt gewonnen und insbesondere auch über den Kostenpunkt Klarheit geschaffen worden ist. Allen an sie gelangenden Vorschlägen sucht die Reichsverwaltung mit Eifer und häufig mit Erfolg Abhilfe zu schaffen. — Der Herr Abg. Schmidt hat gleich mehreren anderen Rednern wiederum die Arbeitsverhältnisse in den Hütten- und Walzwerken berührt. Da die Beschwerden sich im wesentlichen auf Preußen beziehen, habe ich mich zunächst mit dem preussischen Handelsminister in Verbindung gesetzt und ihn gebeten, die erforderlichen Untersuchungen einzuleiten, welche ein Urteil und eventual ein Einschreiten der Reichsgesetzgebung ermöglichen sollten. Diese Erhebungen sind eingeleitet worden und der preussische Handelsminister hat eine Reihe von Bestimmungen entworfen, durch die er glaubt, daß Abhilfe geschaffen werden kann. Der Entwurf wird in den nächsten Tagen mit Vertretern der Arbeitgeber und Arbeiter besprochen werden. Sobald die Ergebnisse den verbündeten Regierungen und der Reichsregierung vorliegen, wird sie in der Lage sein, Stellung zu nehmen und ich hoffe, daß wir auf diesem Wege in dieser nicht leichten Angelegenheit zu einem Fortschritt gelangen werden.

Bei der ersten Lesung des Etats habe ich in Aussicht gestellt, daß die versicherungstechnischen Unterlagen für die Einführung einer Pensionsversicherung der Privatangestellten möglichst bald veröffentlicht werden würden. Zu meinem lebhaften Bedauern haben sich die Arbeiten in meinem Amte länger hingezogen, als ich damals erwartete. Es liegt das an der großen versicherungstechnischen Schwierigkeit, die dem Problem zugrunde liegt. So sehr ich darauf dränge, daß die Arbeiten zum Abschluß gebracht

werden, muß ich doch das Hauptgewicht darauf legen, daß die Unterlagen, die demnach der Öffentlichkeit unterbreitet werden sollen, einwandfrei sind. Ich hoffe, daß im Laufe des nächsten Monats die Denkschrift der Öffentlichkeit übergeben werden können. (Bravo!) Daran wird eine weitgehende Kritik anknüpfen, die ich erbitte. Je nach ihrem Ausfall werde ich bemessen, ob es förderlich und wünschenswert sei, eine weitere interparlamentarische Besprechung, wie sie gestern angeregt worden ist, zu veranstalten. Jedenfalls sind wir unausgesetzt bemüht, diese ebenso dringliche wie schwierige Frage zu einer glücklichen Lösung zu bringen. Es erscheint mir nicht angebracht, auf die Einzelheiten der Organisation in diesem Momente einzugehen. Der gesamte Plan kann nur einheitlich in Verbindung mit seiner versicherungstechnischen Grundlage behandelt werden. Wir werden erst eingehend darüber sprechen können, wenn die Denkschrift vorliegt und ich glaube mich für berechtigt halten zu dürfen, auch Sie zu bitten, die Erörterung über diese Angelegenheit hinauszuschieben, bis Sie in der Lage sind, an der Hand einer einheitlichen und übersichtlichen Denkschrift die Pläne der Reichsregierung und ihre versicherungstechnischen Unterlagen zu studieren. Es ist gestern die Frage an mich gerichtet worden, ob es richtig sei, daß das Hilfsklassengebiet zurückgezogen würde. Eine solche Absicht besteht nicht, wir wollen vielmehr noch immer die Mißstände im Hilfsklassenwesen gelegentlich bekämpfen. Bei der allgemeinen Revision der Arbeiterversicherung wird allerdings die Stellung der freien Hilfsklassen eingehend zu prüfen sein.

Erträge der geistigen Arbeiter haben auch die Resolutionen über das Knappschaftswesen besprochen. Was die Forderung nach mehr Material anbelangt, so liegt es für Preußen in der alljährlich veröffentlichten Knappschaftsstatistik vor. Neue Erhebungen habe ich veranlaßt über den bedauerlichen, ja erschreckenden Mißgang des Invaliditätsalters der Bergarbeiter. Bei der Enquete wird der preussische Handelsminister außer den Knappschaftsärzten auch die Knappschaftsärzte hören, um ein einwandfreies Material zu erhalten. Der Mißgang verteilt sich nicht gleichmäßig auf die einzelnen Oberbergämter, aber im Durchschnitt von ganz Preußen ist das Invaliditätsalter in den letzten zwanzig Jahren von 49 auf 44,7 Jahre zurückgegangen. (Lebhaftes Hören!) Ich halte es für dringend notwendig, die Ursachen dieses Mißganges festzustellen. (Bravo!)

Der Abg. Giesberts ist schon gestern auf die Frage der Arbeitskammern zu sprechen gekommen. Ich möchte hier die Grundsätze darlegen, die mich bei der Aufstellung des Gesetzentwurfs über die Arbeitskammern geleitet haben. Ich glaube, wir kommen bei der großen Zahl der bereits vorliegenden Gesetzentwürfe und Resolutionen am ersten zum Ziel, wenn ich mich zunächst an die praktischen Aufgaben des Reichstags halte. (Sehr wahr! rechts.) Allerdings ist der Arbeitskammergesetzentwurf nur eines der vielen Eisen, die wir in Feuer haben. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Ich muß bei der Frage der Arbeitskammern meinen persönlichen Standpunkt in den Vordergrund stellen, da der Bundesrat zu dem Entwurf noch nicht Stellung genommen hat. Zunächst aber noch eine Zwischenbemerkung. Noch heute morgen habe ich in einem Berliner Blatt die Bemerkung gefunden, die oldenburgische Regierung sei augenscheinlich immer noch verstimmt, weil ihr der Gesetzentwurf über die Arbeitskammern später zugegangen sei als Preußen und den anderen Bundesstaaten. Es wird daran der Schluß geknüpft, daß der Vorgang noch immer nicht hinreichend aufgeklärt sei. Nach meiner Ansicht handelt es sich hier um einen Vorgang, der klar sein müßte. Der großherzoglich oldenburgische Bundesratsbevollmächtigte hat vor einigen Tagen hier ausdrücklich erklärt, daß die oldenburgische Regierung in keiner Weise verstimmt sei und auch keinerlei Grund zur Verstimmung habe. Die großherzoglich oldenburgische Regierung hat dem Reichslanzler ausdrücklich die Erklärung abgegeben, daß ein Grund zu irgend welcher Verstimmung nicht vorhanden und daß alles in bester Ordnung sei. Das hätten die Herren auch schon aus der Notiz entnehmen können, welche ich in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ veröffentlicht habe. Der Arbeitskammergesetzentwurf ist allen verbündeten Regierungen gleichzeitig zugegangen, keine Bundesregierung ist bevorzugt worden. Ich erkläre das ausdrücklich, um jeder Legendenbildung auf diesem delikaten Gebiet vorzubeugen und hoffe, daß mit dieser Erklärung die Angelegenheit erledigt ist. Durch die Veröffentlichung des Arbeitskammergesetzentwurfes habe ich dokumentiert, daß es mir bedauerlich daran liegt, die Stimmung der öffentlichen Meinung kennen zu lernen. Die Kritik hat sich ja auch ziemlich reichhaltig darüber hergemacht. (Sehr richtig! rechts.) Von sozialdemokratischer Seite ist der Entwurf von vornherein in Grund und Boden kritisiert worden. Man hat ihn als ein Produkt des Scharfmachertums bezeichnet.

(Lachen bei den Sozialdemokraten: Nicht nur wir!) Man hat gesagt, der Entwurf sei vom Zentralverein... (sich zum Unterstaatssekretär Bernuth wendend: wie heißt doch die Organisation? Zentrale: Zentralverband!) richtig, Zentralverband deutscher Industrieller veranlaßt worden. (Lebhaftes Sehr richtig! bei den Soziald. Lachen rechts.) Damit hängt wohl auch zusammen, daß neulich der Abg. Wollenbuhl wie auch gestern der Abg. Schmidt sich ausführlich mit dieser Arbeitgeberorganisation beschäftigt haben. Sie haben dabei der Reichsverwaltung den Vorwurf gemacht, sie stände ja nun wieder einmal gänzlich unter der Patronage dieses Arbeitgeberverbandes, (Lachen Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Diese Vorwürfe können mich nicht treffen und lassen mich gänzlich kalt. Ich suche meine Direktiven nicht einseitig, etwa bei den Arbeitgebern, ebenso wenig aber in Ihren (zu den Sozialdemokraten) Reden und Schriften. Ich versuche mich auf beiden Seiten zu unterrichten und verurteile dann dasjenige zu tun, was ich im Interesse der Allgemeinheit für das Richtige halte. (Bravo! rechts.) Wenn ich das tue, wenn ich das anstrebe, so leiste ich das, was überhaupt ein Mensch leisten kann. (Sehr wahr! rechts.) Wenn Sie (zu den Sozialdemokraten), die Sie uns den Vorwurf der einseitigen Interessenvertretung machen, Sie, die Sie es als Ihren Ruhm ansehen, die einzigen Vertreter des Arbeiterstandes zu sein, wenn Sie endlich einmal etwas von Ihrer Einseitigkeit abließe, so würden wir weiter kommen. (Lebhaftes Sehr wahr! rechts und in der Mitte.) Der Kern der Arbeitskammerfrage scheint mir darin zu liegen, ob man die Arbeitskammern sachlich oder territorial organisieren will. Und wenn man etwa beide Organisationsmöglichkeiten anstrebt, welches die primäre Organisation sein soll? Die Antwort auf diese Frage wird sich meines Dafürhaltens sehr leicht finden, wenn man sich zunächst einmal die Funktionen vergegenwärtigt, welche den Arbeitskammern übertragen werden sollen. Der Ausgangspunkt bei der Frage der Bildung von Arbeitskammern ist ja wohl der gewesen, daß man dem Arbeiterstande als solchem eine gesetzlich sanktionierte Vertretung schaffen will, die dem Arbeiterstande die Möglichkeit gibt, seine speziellen sündlichen Interessen in derselben Weise zur Geltung zu bringen, wie es in anderen Berufen bereits geschieht. Dabei wird die Sphäre der vom Arbeiterstand zu vertretenden Interessen soweit gegriffen, wie sich überhaupt ein Interesse des Arbeiterstandes als solches konstruieren läßt. Der Entwurf erfährt nicht nur die Verhältnisse des Arbeiters zum Arbeitgeber in allen Beziehungen, seien sie öffentlicher, seien sie privatrechtlicher Natur, alle Beziehungen, welche sich aus dem Arbeitsvertrage ergeben, sondern darüber hinaus die Gesamtheit der Interessen des Arbeiterstandes, wo er mit staatlichen, kommunalen und wirtschaftlichen Interessen und Interessentzonen in Verbindung kommt. Die Arbeitskammern sollen, so denke ich mir die Sache, nicht nur auf dem Gebiet der Lohnbewegung und der Tarifverträge tätig sein, sondern sie sollen ihre Wirksamkeit auch bei allen denjenigen Wohlfahrtsmaßnahmen, seien sie von der Kommune oder vom Staate in die Hand genommen, entfalten, die im besonderen Maße das Arbeiterinteresse betreffen. Ich denke an das Wohnungswesen, an die kommunale Gestaltung der Verkehrsverhältnisse, an den Ausbau des Sparkassenwesens, Volksbibliotheken usw. Die Arbeitskammer soll das allgemeine Sprachrohr sein, durch das die Arbeiterschaft ihre Wünsche, auf welchem Gebiet sie auch liegen mögen, zur Geltung bringen soll. Ich glaube kaum, daß man eine einheitliche Organisation finden kann, welche in gleichmäßiger Weise der Gesamtheit dieser Funktionen gerecht werden kann. Ich habe mich bei der Aufstellung des Entwurfs auf den Standpunkt gestellt, daß es zweckmäßiger ist, die berufliche Organisation als die primäre hinzuzufügen. Es ist ganz natürlich, daß manningliche Kreisläufe an dem Entwurf gefagt haben: Wo bleiben denn die örtlichen Interessen? Ich bin sicher: hätte ich mich auf den umgekehrten Standpunkt gestellt, hätte ich territoriale Arbeitskammern vorgeschlagen, so würde man über eine Vernachlässigung des beruflichen Charakters geklagt haben. (Heiterkeit und Sehr richtig!) Ich verkenne keineswegs, daß auch der berufliche Organisationsart viele Schwierigkeiten entgegenstehen, aber die Schwierigkeiten bei den territorialen Arbeitskammern sind doch noch viel größer. In den großen Städten mag ihre Bildung ja leicht sein. Aber wie wird es auf dem platten Lande und wie wird es in industriearmen Gegenden? Da müssen ganze Kreise, ja vielleicht mehrere Regierungsbezirke zusammengelegt werden, denn wir können doch unmöglich für jede Kommune in Deutschland eine Arbeitskammer errichten. Dann aber fällt wiederum der lokale Charakter der Arbeitskammern fort und für die berufliche Seite ist nicht genügend geforgt. Die Anhänger der territorialen Arbeitskammern haben diese Nachteile ihrer Organisationsart wohl auch eingesehen und die Bildung von Fachunterabteilungen angeregt. Für diese Fachunterabteilungen gilt daselbe, was ich von den

Kleines feuilleton.

Ein ägyptisches Porträt im Berliner Museum. Eine interessante Neuentdeckung hat das Berliner Museum mit einem auf Holz gemalten ägyptischen Porträt gemacht, das die bereits vorhandene prächtige Sammlung ägyptischer Bildnisse in erwünschter Weise ergänzt. Das neue Porträt zeichnet sich nämlich, wie Professor Schäfer in den amtlichen Berichten mitteilt, durch eine erstaunliche Frische der Farben aus. Es gibt wohl kaum ein zweites unter diesen Bildern, das so die Harmonie eines vortrefflich erhaltenen Goldgrundes zu den zarten Tönen eines rosigen Gesichts und vor Augen führt, wie dieses Porträt eines jungen Mannes mit seinen mädchenhaften Zügen, den großen, braunen Augen, dem leichten Flaum auf der Oberlippe und den schwarzen, mit einem goldenen Kranz geschmückten Haaren. Die technische Seite der Malerei mit Wachsfarben läßt sich an diesem Bilde vortrefflich studieren. Das Porträt gehört in jene Gruppe von ägyptischen Holztafelbildern, die zuerst durch den Wiener Sammler Graf bekannt gemacht wurden und höchstes Erstaunen und Entzücken hervorriefen. Die Bilder gehören etwa dem zweiten Jahrhundert n. Chr. an und sind die Porträts wohlhabender Leute aus einem recht abgelegenen Winkel des römischen Reiches, wohl kaum von großen Meistern ihrer Zeit geschaffen, aber zum Teil von außerordentlicher Lebendigkeit und Treue.

Humor und Satire.

Geschäft ist Geschäft.

Ernst und würdig, wie geboten, Präkten Preisums-Reichstagsboten Das Mandat von Manz. Denn es fund in dem Proteste Mancher schimmern Wahlgebrete Unter Blütenkranz:

Daß ein Bischof Höllenstrafen Angedroht den frommen Schafen, Wenn sie ihm zum Trost In den Wind die Warnung schlugen Und am Wahltag mit Vergnügen Wählten einen Soz.

Um gebaugtes Recht zu rächen, Und der Pfaffen Macht zu brechen, Wird die Wahl kassiert. Davon wick der Reichstag nimmer, Boburch seine Praxis immer Auf Granit basiert.

Also rief's im wilden Grimme Räucherlich mit Stentorstimme Müller-Reinigen! Das Verditt entloh dem Munde Wen, so frug man in der Kunde, Wird's was einbringen?

Plötzlich wird der Redner milder, Stimmungsvolle zarte Bilder Klüchtig er beschrieb: Freies Wort den Gottesdienern, Seiluten und Mahlinern, War mir stets Prinzip!

Darum komm' ich zu dem Schlusse: In erlaubtem Radiusse Liegt des Bischofs Lat. Ernste Pflicht lich ihn nicht schweigen, Rutbol muh' den Weg er zeigen Dem Episkopat.

War' der Coup und nicht gelungen, Hät' der Soz den Sieg ertungen. War' uns das passiert — Wie in Frankfurt an der Oder, Hätten — doch so ist's kommoder — Wir die Wahl kassiert.

Notizen.

Theaterchronik. Das Hebbel-Theater wird in dem für Anfang nächster Woche angelegten Strindberg-Abend folgende Einakter des schwedischen Dichters zur Aufführung bringen: „Vor'm Tode“, „Mit dem Feuer spielen“, „Samum“.

Berliner Theaterpläne. Nach einer von Abenden in der Budgetkommission des Landtages gemachten Mitteilung soll auf dem Boden des Krollischen Stabliments der schon öfter angekündigte Neubau der Igl. Oper zu stehen kommen. Der Stadt Verlin soll ferner, wie überhört gemeldet wird, das alte Opernhaus aufgehängt werden, natürlich zu einem hübschen Preise. (Ob sie Lust dazu hat, wird weiter nicht gefragt. Also ein Zwangslauf.) Inzwischen ist aber auch von privater Seite die Errichtung einer neuen großen Oper geplant. Direktor Gregor von der Komischen Oper gedenkt bis 1913 eine Bühne für die Pläne des großen Rusibromas errichtet zu haben. Da bis dahin die Wagnerischen Opern frei werden, so wäre das Monopol der Igl. Oper, die im übrigen sich eines andauernden Wintererfolges erfreut, erloschen.

Hans Eisold, ein junger Proletarier, in dem ein Dichter sich regte, ist in Dresden, noch nicht 23 Jahre alt, der Proletarierkrankheit erlegen. Die „Sächsischen Arbeiterzeitung“, die manches von ihm veröffentlichte, widmet ihm betriebe Worte des Gedenkens. Seit Jahresfrist, schreibt sie, veröffentlichte er Skizzen und kurze

Erzählungen, die viel Aufmerksamkeit erregten, Schilderungen aus der Proletarierphäre, in denen sich derbe Wirklichkeit und romantisches Schauen und Träumen von Erdenschnöheit merkwürdig vereinten. Das Beste, was Hans Eisold schrieb, waren Lebenserinnerungen, also Erlebnisse einer Arbeiterjugend. Mit großen, fast romantischen Plänen war er als Sechzehnjähriger losgewandert, nach Hamburg hinauf, geführt von der Sehnsucht nach der Stadt größten Weltverkehrs, und da fuhr die arge Wirklichkeit mit rauher Hand in seine Träume hinein. Er kam nicht dazu, festen Fuß zu fassen und wurde zur Seite geschoben, auf die Landstraße. Seine Jugendwanderung hat ihn die Tragödie des jungen Proletariats in krasser Form erleben lassen. Todkrank, von der Schwinducht befallen, lehrte er ins Heim seiner Mutter zurück, keines dauernden Arbeitens fähig und dann ganz erwerbslos. Vor Jahresfrist brachte er der „Sächsischen Arbeiterzeitung“ seine ersten schriftstellerischen Arbeiten, die in der Arbeiterschaft sofort lebhafteste Beachtung fanden und schnell in viele andere deutsche Arbeiterblätter übergingen. Der durch suchtbare Lebenserfahrungen tief in der Seele erregte und erbitterte Mensch, der im Grunde so voll Güte war, gab den Schilderungen ihre Kraft. Der Körper war zerbrochen, aber das Gefühl in Hans Eisold war gesund und streitbarer Heftigkeit fähig. ... Mit ganzer Seele hing Hans Eisold an der Sozialdemokratie.

Der Komiker und Volksfänger Geis, der in München nur der Vapa Geis hieß und der belamteste Vertreter einer gesunden volkstümlichen Kunst war, ist dort, 67 Jahre alt, gestorben. Sein reicher froher Witz, seine bairischen Witzeln und Schanabüßel haben in der von ihm geleiteten Singvielhalle mächtig erfreut. Im Zeitalter der Ringelangel, und der Nacht-labarets schien er wohl etwas antiquiert. Und nur in München war wohl dieser behagliche, aus einem urwäldigen Volksempfinden sprudelnde bodenständige Humor noch möglich. Bei Girardi wird es einem bewußt, wie viel wir dieser Art, die der haltende Betrieb, die Hege des kapitalistischen Tempes verschlingt, verdamnen können.

Der letzte Klarier gestorben. In Neudorf bei Paris ist am 28. Februar der letzte Ueberlebende des Cabaretien Kreises, J. B. Deluze, gestorben. Er war der Lieblingsfänger des Meisters, der ihn zum Redakteur und Administrator des seinen Ideen dienenden Blattes „Populaire“ machte. Von 1848 bis 1863 leitete er das Pariser Bureau der Klarier, das innerhalb 15 Jahren der von Cabet gegründeten kommunistischen Kolonie 3000 Kolonisten und 300 000 Fr. zusandte. Nach dem Mißerfolg Marjens widmete sich Deluze der Propaganda für Produktivkooperationen. Die von ihm gegründete „Gesellschaft für Arbeitskredit“ hatte in den letzten Jahren des Kaiserreiches u. a. Palmira, Gambaeta und Clemenceau zu Aktionären. 1862 hatte Deluze Celine Cabet, die Tochter des Verfassers der „Reise nach Marjens“, geheiratet. Er hinterläßt einen bedeutenden schriftlichen Nachlaß, der von J. Prudhommeaux, dem Verfasser eines neulich erschienenen Werkes über Cabet und den klariischen Kommunismus herausgegeben werden soll.

lokalen Arbeitskammern überhaupt gesagt habe. In großen Städten, zumal wenn in ihnen nur eine Industrie vorherrscht, wird man sich sehr leicht bilden können, während ihre Zusammensetzung auf dem flachen Lande große Schwierigkeiten bereiten wird. Alle diese Bedenken haben mich zu der Erwägung geführt, ob es nicht richtig sei, die Angelegenheit umgekehrt zu machen, und die Organisation auf beruflicher Grundlage aufzubauen. Dann hätten wir den Vorteil, daß sämtliche Arbeiter des Deutschen Reiches von irgend einer Kammer ergriffen werden müßten, und daß die Kammern eine sachgemäße Vertretung der Berufsinteressen der einzelnen Arbeiter bildeten. Sie würden auch, weil sie in sich konsolidiert und moßfiziert sind, eine viel größere Macht besitzen als die verzeitelten Unterabteilungen von Territorialverbänden. Ich glaube auch, daß wenn wir die Arbeitskammern nach Berufen gegliedert haben, wir damit der praktischen Entwicklung unserer wirtschaftlichen Lebens gefolgt sind. Die großen Arbeiterorganisationen haben ihren Ursprung durchweg in der sachlichen Berufsgemeinschaft und darauf beruht auch ihre weitere Ausbildung. Sollen wir bei den Arbeitskammern einen anderen Weg gehen, als den, den die praktische Entwicklung vorgezeigt hat? Das eine muß ich allerdings zugeben, daß dabei die örtlichen Interessen auf die, wie in diesen Tagen der Abg. Kaumann treffend hervorgehoben hat, sehr großer Wert gelegt werden muß, etwas zu kurz kommen. Diejenige Fühlung des Arbeiterstandes mit dem Unternehmertum und mit dem Verwaltungsstande, die wünschenswert wäre, um Mißverständnisse zu beseitigen, könnte hierbei allerdings in erster Linie nicht so gepflegt werden, wie es auch mein Wunsch wäre. Aber es ist dabei zu bedenken, daß gerade in den härtesten Industrieorten stets der Sitz von einer oder von zwei Berufsammern wäre, und daß diese Kammern an den einzelnen Orten, auch wenn sie beruflich beschränkt sind, die Interessen der Arbeiter gegenüber den kommunalverwaltenden Behörden wahrnehmen können. Dann hat aber auch die allgemeine Entwicklung die einzelnen Industrien distriktweise moßfiziert. So sind die Eisenindustrie, die Textilindustrie in bestimmten Punkten konglomeriert. In Zukunft kann der Plan ja erwogen werden, der im Entwurf noch nicht angedeutet worden ist, daß aus den beruflichen Arbeitskammern örtliche Ausschüsse gebildet werden können, wo es notwendig ist. Dann hätten wir örtliche Ausschüsse in einem durchlöcherter System, Paktammern aber überall, also umgekehrt wie wenn wir Territorialkammern schäfen und nach Bedürfnis Fachabteilungen einrichteten. Das waren die wesentlichen Gründe, die mich bewegen haben, eine Organisation der Arbeitskammern auf sachlicher Grundlage vorzuschlagen. Ich glaube, wenn eine Verständigung über diesen Punkt erzielt ist, die Verständigung über die weiteren Fragen sehr viel leichter sein wird. Die Kritik hat sich allerdings gerade an diese weiteren Fragen angeklammert, und weil dies oder jenes ihr nicht gefiel, das ganze Projekt verworfen. Der Entwurf schlägt vor, die sachlichen Arbeitskammern im Anschluß an die Berufsgenossenschaften zu errichten. Da habe ich nun gelesen, daß wenn dieser Gedanke durchdränge, man lieber die Finger von den Arbeitskammern lassen solle; denn die Berufsgenossenschaften seien so unpopulär, daß sie dann unter allen Umständen ein lebensunfähiges Kind sein würden. Auch darin geht man meiner Überzeugung nach viel zu weit. Wenn wir eine sachliche Organisation haben wollen, so liegt es doch nahe, die einmal vorhandene Abgrenzung der Gewerbe gegeneinander in den Berufsgenossenschaften zu benutzen. Ich denke mir aber die Anlehnung an die Berufsgenossenschaften durchaus nicht als eine sklavische Nachahmung. Der Entwurf hat weiter vorgeesehen, daß der Bundesrat über die Errichtung der einzelnen Arbeitskammern beschließen soll. Auch das ist demängelt worden. Aber wenn wir eine praktische Einrichtung haben wollen, müssen wir sie doch den vorhandenen tatsächlichen Bedürfnissen anpassen. Das aber kann nur geschehen, wenn den Behörden eine gewisse Freiheit gelassen wird, dem wirklichen Bedürfnis nachzukommen. Für das Handlungsgewerbe würden z. B. nach meiner Auffassung in Deutschland zwei Arbeitskammern genügen, vielleicht in Leipzig und Stuttgart; vielleicht sind es auch drei oder vier, ich bitte, mich nicht darauf festzunageln. Andere Gewerbe müßten die mehr Arbeitskammern haben, sind auch territorial viel verschiedener. Unter Ueberwahrung oder Zuneigung der Grenzen der einzelnen Bundesstaaten gibt es da eine große Zahl praktischer Möglichkeiten, die der Bundesrat nachher festlegen kann. Eine weitere sehr lebhafteste Kritik hat angeklappt an die Vorschriften über das Wahlverfahren. Im Entwurf ist vorgeschlagen, die Hälfte der Mitglieder der Kammer durch die Arbeiterausschüsse, die andere durch die Berufsorganisationsstellen wählen zu lassen. Bei den Arbeiterausschüssen haben wir zunächst daran gedacht, daß sie sich ständig weiter entwickeln, daß sie schon eine Arbeitervertretung darstellen, und daß der Wunsch nach ihrer obligatorischen Einführung weit verbreitet ist. Die Herren vom Zentrum hatten wohl schon in der ersten Lesung einen dementsprechenden Antrag. Die Arbeiterausschüsse müssen sich also in manchen Kreisen der Popularität und des Vertrauens erfreuen, und wenn der Entwurf die Arbeiterausschüsse als Wahlorgane genannt hat, so hat er eben vor allem die weitere Entwicklung dieser Arbeiterausschüsse im Auge gehabt, die allein dadurch eine ganz andere Stellung bekommen werden. Ob die Mitglieder in den Berufsorganisationsstellen die richtigen Wahlmänner sind, darüber läßt sich streiten. Aber die Wahlen sind uns ja nicht Selbstzweck, sondern nur Mittel zu dem Zweck, diejenigen Vertreter zu bekommen, welche von dem Vertrauen ihrer Mandatäre getragen sind, welche diejenige Energie, Intelligenz und Ueberzeugungsbereitschaft hineintragen, um die Geschäfte zu fördern. Man hat mir den Vorwurf gemacht, daß der Gesetzentwurf so konstruiert sei, daß die Arbeitskammern zu allem Ja und Amen sagten. In keiner Weise! Wenn wir solche Arbeitervertreter bekommen, die von vornherein zu allem Ja und Amen sagen, dann taugt die ganze Geschichte nichts. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wir müssen Menschen haben, sowohl Arbeitnehmer wie Unternehmer, die Ueberzeugungsbereitschaft sind, die nicht zu allem Ja sagen, die aber auch nicht in der Absicht hineinkommen, zu allem Nein zu sagen. (Sehr gut! rechts.) Abg. Molkenbaur (Soz.) sagt halblaut zu dem vor ihm stehenden Geh. Rat Dr. Müller: Warum sagt er das eigentlich uns? Ich sage das nicht Ihnen, ich habe mich nur zufällig noch links gekehrt. (Heiterkeit.) Ich sage es aller Welt. Wenn Vorschläge kommen, die nicht davon ausgehen — denn es gibt auch solche Leute — das Wählen zum Selbstzweck zu machen, sondern die lediglich bezwecken, die Wahl guter Vertreter zu sichern, so sind wir bereit, jeden guten Gedanken anzunehmen.

Ein paar Worte noch über die Kostenfrage. Ich gehe zu, daß dies eine heikle Frage ist. Es hat mir selber nicht gepaßt, daß in einer Organisation, in welcher Arbeitgeber und Arbeitnehmer vertreten sind, die Kosten nur von den Arbeitgebern aufgebracht werden. (Sehr richtig! rechts und bei den Nationalliberalen.) Eine andere Regelung der Frage wäre mir durchaus erwünscht. Ich habe deshalb vorgeschlagen in der Meinung, daß es notwendig ist, die Arbeitskammern an die Berufsgenossenschaften anzulehnen, und da ergibt es sich als einfache und gewissermaßen sich von selbst ergebende Lösung, die Kosten auf die Berufsgenossenschaften zu übertragen. Ich bin aber durchaus der Meinung, daß, wenn hier Vorschläge zu einer zweckmäßigeren Lösung gemacht werden, ich dieselben annehme. Einen solchen zweckmäßigen Vorschlag habe ich aber darin nicht finden können, daß man sagte, die Kosten der Arbeitskammern sollen nachher angeschrieben werden. Das gibt viel Schreibereien, Anstellung von neuen Beamten und Gott weiß was. Das ist ein Weg, der mir untauglich scheint.

Worauf ich Wert gelegt habe, war, hier kurz die Erwägungen darzulegen, die mich dazu geführt haben, den Entwurf so zu gestalten, wie ich ihn gestaltet habe. Ich habe mich dabei bemüht, die Vorwürfe abzulehnen, welche die schwarzesten Pläne hinter dieser Organisation erkliden. Ich wünsche eine Organisation zu schaffen, welche lebensfähig ist. Daß der Gesetzgeber der Organisation kein Leben einhauchen kann, ist selbstverständlich. Wir können nur einen anderen Rahmen hinstellen und mit Leben erfüllen muß er werden von den Beteiligten, von den Arbeitgebern und Arbeitern. (Sehr! Just.) Das gebe ich freilich zu, der Rahmen muß auch so sein, daß er tatsächlich benutzt werden kann. Das ist meine Absicht gewesen. Sie

werden ja, sei es jetzt bei der Staatsberatung, sei es später, wenn der Entwurf vorliegt. Ihre Kritik daran über. Aber vielleicht werden Sie mir zugeben, daß die Gedanken, die mich geleitet haben, diejenigen waren, welche mir geeignet erschienen, eine solche Organisation zu schaffen. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Lothringischer Arbeiter-Oberregierungsrat Hahn: Die harten Worte, welche gestern über die Gewerbeinspektion in Elsas-Lothringen gesagt wurden, wären wohl nicht gesprochen worden, wenn die betreffenden beiden Herren die Entwicklung der Gewerbeaufsicht in Elsas-Lothringen in den letzten Jahren verfolgt hätten. Die Regierung ist bemüht, die Gewerbeaufsicht so zu entwickeln, daß sie allen Ansprüchen genügt, die vernünftigerweise an sie zu stellen sind, natürlich auch mit Beobachtung der finanziellen Leistungsfähigkeit des Landes. — Ferner muß ich den Gewerbeinspektor in Metz in Schutz nehmen gegen die Angriffe des Abgeordneten Gieberts, wenn ich auch nicht jedes Wort und jeden Satz dieses Beamten hier vertreten kann. (Große Heiterkeit.)

Abg. Camp (Rp.): Mit dem neuen Staatssekretär wird die Sozialpolitik hoffentlich in die Grenzen eintreten, die wir für angemessen halten. (Bravo! rechts.) Das Automobiltempo der Sozialpolitik, welches die 24 eingebrachten Resolutionen wünschlich machen wir nicht mit. Der Abg. Dr. Stresemann war gegen Herrn Vued sehr ungeredet, die Keuzerung Vueds vom sozialpolitischen Ueberreifer war sehr maßvoll, hier herrscht vielmehr ein sozialpolitisches Wettrennen, bei dem aber nicht die besten Pferde ans Ziel kommen, sondern diejenigen, welche agitatorische Maßnahmen beschließen. Man soll doch nicht vergessen, daß unsere Industrie durch die Sozialpolitik ganz außerordentlich belastet ist gegenüber der Industrie des Auslandes. Die überhöhten sozialpolitischen Maßnahmen müssen unter den Arbeitgebern Unwillen erregen. Graf Polodonsky hatte offenbar in den letzten Jahren die Verbindung mit dem praktischen Leben verloren. (Sehr richtig! rechts.) — Das Zentrum beantragt in einer Resolution ein Komitee aus dem eigentlichen Antikriegsamt. Ich will aber doch darauf aufmerksam machen, daß die Sozialpolitik und die sogenannte Liebesgabe es allein ermöglichen, die kleinen Existenzen zu erhalten. — Herr Kaempf wies auf die Kohlen- und Arbeiterfrage als schwierige Momente für unsere Industrie hin, für wichtiger aber halte ich die Entwicklung des Geldverkehrs. Der Staatssekretär muß der Frage näher treten, wie der hohe Bankdiskont zu ermäßigen ist, unter welchem das Kleinverdienst leidet. Dem Wunsch des Abg. Kaempf, die antiquierte Bestimmung zu beseitigen, daß Krankenhausbekämpfung und Armenunterstützung Wahlrechtentzug im Gefolge haben, schließe ich mich an. — Der Abg. Schmidt verlangte eine Fürsorge für Arbeitslose. Auf dem Lande brauchen wir eine solche Fürsorge nicht, weil wir dort keine Arbeitslosen haben. (Zuruf bei den Sozialdemokraten.) Ich will zu Ihnen nicht sagen: Schicken Sie die Arbeiter aufs Land, denn vor den Arbeitern, die Sie (zu den Sozialdemokraten) schicken würden, habe ich Angst. (Große Heiterkeit) aber die verständigsten Arbeiter sollten aufs Land kommen. Herr Schmidt klagte über die Arbeitgeberorganisationen. Aber diese sind doch erst ins Leben getreten als ein Akt der Notwehr gegen unbeschränkte Streiks. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Wir müssen Kautelen gegen den Terrorismus der Arbeiter gegen Arbeitswillige schaffen. (Zustimmung rechts, Lachen bei den Sozialdemokraten.) Die Abg. Schmidt und Molkenbaur wiesen auf die hohe Unfallziffer bei der Landwirtschaft hin; sie übersehen, daß in der Landwirtschaft die Unfälle nicht so abgegrenzt sind wie in der Industrie. — Der Staatssekretär möchte ich bitten, auf eine Verminderung des Grundvertrags zu nehmen. J. B. haben wir eine Denkschrift über die Nebenausbeutung erhalten, in der jeder einzelne Nebenausbeuter mit großer Liebe behandelt ist. (Heiterkeit.) Es würde den Nebenausbeutern nicht besser bekommen, im Gegenteil, wenn die 50—60 000 Mark für diese Denkschrift auf die Bekämpfung der Nebenausbeute verwendet worden wären. Auch die Statistik müßte vereinfacht werden. — Weiter möchte ich den Staatssekretär bitten, eine Vorlage wegen Umbekämpfung des Krankenversicherungsgesetzes zu machen; die Unternehmer sind gern bereit, die Hälfte der Kosten der Krankenversicherung zu übernehmen. Für die Landwirtschaft die Krankenversicherung obligatorisch einzuführen, ist zwar sehr schwierig, doch halte ich sie für ausführbar. Ferner habe ich den Wunsch, daß den landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften die obligatorische Versicherung gegen Haftpflicht gemacht wird; dabei sollte man eine Maximalgrenze festlegen. Niemand hat einmal gesagt, die Arbeiter würden durch die Sozialpolitik doch nicht zufriedener gestellt. Das rührt daher, daß die Sozialdemokratie die Unzufriedenheit braucht und sie immer wieder erregt. (Sehr richtig! rechts, Lachen bei den Sozialdemokraten.) Der Rückgang der Sozialdemokratie beweist, daß die Arbeiter sich befinden. Sorgen wir dafür, daß dieser Gesundungsprozess sich weiter vollzieht, damit leisten wir dem Vaterlande einen guten Dienst. (Lebhafter Beifall rechts.)

Vizepräsident Paasche: Sie haben zu Beginn Ihrer Rede von den Vorarbeiten des Bundesrates bei Erlaß der Verordnung im Gastwirtsgewerbe gesprochen. Ich rufe Sie für diesen Ausdruck zur Ordnung.

Abg. v. Camp (Rp.): Ich bitte um das Wort zur Geschäftsordnung.

Vizepräsident Paasche: Sie erhalten das Wort zur Geschäftsordnung jetzt nicht, am allerwenigsten im Anschluß an einen Ordnungsruf des Präsidenten. Sie können schriftlich dagegen Protest erheben.

Abg. v. Camp (Rp.): Ich wollte ja nur den Vorwurf zurücknehmen. (Große Heiterkeit.)

Abg. Raab (wirtsch. Vg.) betont, daß die Handwerker am allgemeinen Befähigungsnachweis festhalten; ferner tritt er für stärkere Maßnahmen gegen den unlauteren Wettbewerb und für die Schaffung eines Reichshandwerksamts ein. Weiter verlangt er größere soziale Fürsorge für die Seefahrer und Hafenarbeiter und Sonntagstrafe für Sinnenfischer. Den Kohlenrentnern sollte man bei ihrer schweren Arbeit jede mögliche Erleichterung zuteil werden lassen, insbesondere darum, ob dadurch mehr Kohlen gebraucht werden. Die Löhne auf den deutschen Schiffen sind erheblich niedriger als auf englischen und amerikanischen Schiffen; auf englischen Schiffen beträgt die Feuer 25 Proz. mehr wie bei unseren; ein Vergleich ergab, daß auf einem amerikanischen Dampfer der durchschnittliche Monatslohn 27 Dollars betrug, auf einem englischen 22 Dollars, auf einem deutschen nur 15,4 Dollars. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Auch die Kapitäne sind mit ihrer Stellung wenig zufrieden. Bei einer ganzen Reihe von Schiffen zusammenstoßen ist als Ursache festgestellt, daß bei dichtem Nebel nicht mit verminderter Fahrgeschwindigkeit gefahren sei; dieser Fehler ist übrigens international und sollte daher auch auf internationalem Wege bekämpft werden. Andere Unfälle haben sich ereignet, nicht wegen mangelhafter Führung, wie das Seeamt feststellt, sondern wegen hohen Alters, zu schwerer Ladung, ungenügender Bemannung und Ausrüstung, Seemännlichkeit der Besatzung. Das schnelle Fahren im Nebel ist auf die internationale Konkurrenz zum Teil zurückzuführen. England ist mit der Tiefseefahrt in dankenswerter Weise vorangegangen. Die Kapitäne sollten sich weigern, im dichten Nebel zu fahren, auch wenn ihnen die Entlastung droht. So lange der sinnlose Kampf um das blaue Band auf dem Ozean ausgefochten wird, so lange werden Tausende von Menschenleben und Milliarden von Wätern in Gefahr sein. Herr Vullin freilich soll gesagt haben, in zwanzig Jahren wird man über unsere heutigen Begriffe von Seeschwandigkeit lachen. Wenn man sich so leicht über die Gefahren hinwegsetzt, wird man an eine Besserung dieser Zustände nicht denken können. Dringend zu wünschen wäre es, um diesen Gefahren zu steuern, ein Reichsseefahrtamt zu schaffen. (Bravo! bei der Wirtschaftlichen Vereinigung.)

Abg. Dove (St. Vg.): Der Abg. Kaempf hat mit Recht darauf hingewiesen, daß die Initiative der deutschen Kaufleute durch eine Durkaufstiftung der Ausfuhrerzeugung leiden würde; ich teile

keine Bedenken gegen die geplante Ausfuhrerzeugung durchaus. Auch gegen die angeregte gewerblich-technische Reichsausstellung habe ich Bedenken; die Entwicklung der Technik in allen Ehren, aber wieder die Dampfmaschine, noch die elektrische Telegraphie, noch das Schießpulver ist von Geheimräten erfunden worden. (Heiterkeit.) — Die preussischen Bestimmungen über die Legitimationspapiere ausländischer Arbeiter geben Anlaß zu schweren Bedenken. Die Landarbeiterzentrale ist ein privates Unternehmen, und es ist sehr bedenklich, ihr das Legitimationspapierwesen in die Hand zu geben. Das scheint mir als Eingriff in die Sphäre des Reiches; und zwar ist das Reichsamt des Innern und das auswärtige Amt dabei beteiligt. Wir müssen daher zu einer reichs-gesetzlichen Regelung der Frage kommen. (Bravo! bei den Freisinnigen.)

Die weitere Beratung verlag das Haus.

Eingegangen sind vier Interpellationen über das Schicksal der Beamtenbefolgungsvorlage. Sie sollen an einem der nächsten Tage auf die Tagesordnung gesetzt werden.

Nächste Sitzung: Donnerstag 1 Uhr. Fortsetzung der heutigen Beratung.

Schluß 6 Uhr.

Abgeordnetenhaus.

44. Sitzung vom Mittwoch, den 4. März 1908, vormittags 12 Uhr.

Am Ministerisch: Frhr. v. Rheinbaben, Breitenbach.

Die zweite Staatsberatung wird fortgesetzt beim Etat der Eisenbahnverwaltung. Zu den „Einnahmen“ liegt ein Antrag v. Camp (St.) vor, wonach bei den Wahlen zum preussischen Abgeordnetenhaus den Wahlmännern freie Fahrt nach und von dem Wahlort gewährt und ihnen, wo die regelmäßigen Züge keine angemessene Verbindung bieten, Extrazüge gestellt werden sollen.

Abg. v. Heydebrandt (L.): Ich will vorläufig nur einige allgemeine Gesichtspunkte vorbringen. Das Bild, das der Etat bietet, ist kein erfreuliches; wir sehen vorwiegend großen Ausgaben gegenüber, wozu neue Anleihen nötig sein werden. Dazu kommen die bevorstehenden großen Ausgaben für die Beamtenvorlagen und ebenfalls auch noch für die Bedürfnisse des Reiches. Der Etat selbst bietet nicht die Uebersichtlichkeit, die man von einem tadellosen Etat erwarten kann. (Sehr richtig! rechts.) Dadurch daß das Ordinarium eine Reihe von Jahren nicht auskömmlich dotiert worden ist, ist eine Verschärfung des eigentlichen Status unseres Eisenbahnwesens herbeigeführt. Jetzt, wo wir uns in einer rickläufigen Konjunktur befinden, drängt sich diese Erkenntnis unabweislich auf. Sehr bedauerlich ist, daß der Betriebskoeffizient sich in einer Weise bewegt, wie wir es bisher in Preußen nicht gewohnt waren. Wenn wir auch natürlich der Regierung die Hauptschuld an diesen Verhältnissen zuschieben müssen, so müssen wir doch auch an unsere eigene Brust schlagen. (Sehr richtig!) Wir müssen den Etat sparsamer und besser einrichten. Sparamkeit wird insbesondere zu üben sein auf dem Gebiete der teuren Bauten und der Ausnutzung des Materials in bezug auf die Kohlen und auch den Wagenpark. Doch darf diese Sparamkeit nie so weit gehen, daß es der Verwaltung unmöglich gemacht wird, ihren Betrieb in wirksamer und billigerweise zu führen. Die Mittel sollten aufgebracht werden durch Ausgestaltung des Ordinariums und im übrigen durch Anleihen für die wachsenden Ausgaben. Neue Steuern könnten höchstens für den Mehrbedarf in Betracht kommen, der durch die Erhöhung der Beamtengehälter nötig wird. Die Betriebsmittelgemeinschaft hat gewiß viel für sich, doch müssen die preussischen Interessen bei diesem Austausch der Wagen in gehörigerweise gewahrt werden, damit es keine societas leonina zumunehmen Preußens wird. (Sehr wahr! rechts.) Den Bestrebungen aber, die preussische Eisenbahnverwaltung allmählich zu einer deutschen überzuleiten, stehen wir mit größtem Mißtrauen gegenüber. (Sehr richtig! rechts.) Die Fahrartensteuer ist nicht nur unbeliebt, sondern auch total unpraktisch. Sie schädigt die preussischen Eisenbahneinnahmen auf das erhebliche, ohne dem Reiche den erwarteten Vorteil zu bieten. (Sehr wahr!) Wir würden mit Freuden diese Steuer aufgeben, wenn uns ein Ersatz dafür geboten würde. Die Schwankungen in den Einnahmen des Eisenbahnnetzes bedeuten gewiß eine große Gefahr bei der großen Rolle, die diese Einnahmen in unserem gesamten Finanzwesen spielen. Ich glaube aber nicht, daß meine Freunde dem Gedanken praktische Folge geben werden, eine feste Grenze für diese Schwankungen aufzustellen. Wir müssen unserem Eisenbahnwesen die Ausgestaltung geben, die es seiner Natur nach verlangt, dann werden auch bessere Zeiten für dies Refort kommen. Wir haben das Vertrauen zu dem Herrn Minister, daß er seine Sache vorzüglich versteht; wir erkennen an, daß seine Verwaltung meisterhaft geleitet ist. (Lebhafter Beifall rechts.)

Abg. Wallenborn (Z.) (auf der Tribüne fast unverständlich) begrüßt die geplante Vermehrung der Betriebsmittel und die Verwandlung weiterer eingleisige in doppelgleisige Strecken.

Abg. Dr. Friedberg (natl.): Die Art und Weise, wie der Etat aufgestellt ist, hat dazu geführt, daß wir das Bild eines vollkommen schiffbrüchigen Etats erhalten. Die Staatsaufstellung darf nicht zum Hemmschuh der Entwicklung des Eisenbahnwesens werden. Der Standpunkt des Finanzministers ist derjenige eines Aktionärs, der möglichst viel Dividende haben will. Dieser Standpunkt führt zu einer ungenügenden Ausstattung des Ordinariums und das führt zu Staatsüberschreitungen. Mit diesem unklaren Etat übernimmt der Herr Finanzminister und der Herr Eisenbahnminister eine schwere Verantwortung. Wir lehnen die Verantwortung für diesen Eisenbahnetat ab. (Bravo! bei den Nationalliberalen.)

Finanzminister Frhr. v. Rheinbaben: Ich verstehe nicht, weshalb Herr Friedberg seine Kritik nicht schon im vorigen Jahre geübt hat, denn auch damals waren erhebliche Ueberschreitungen der Ausgaben zu verzeichnen, die allerdings gedeckt wurden durch erhebliche Ueberschreitungen der Einnahmen. Das ist in diesem Jahre allerdings infolge der rückläufigen Konjunktur nicht der Fall. Die volle Schärfe dieser rickläufigen Bewegung trat aber erst nach Fertigstellung des Etats in die Erscheinung. Die Folge sind falsche Schätzungen im einzelnen, wie wir durchaus zugeben, aber von einem falschen System der Staatsaufstellung kann keine Rede sein. Wir nehmen durchaus keinen Aktionärsstandpunkt ein, aber wir müssen daraus leben, daß die Einnahmen der Eisenbahnverwaltung in angemessenem Maße den anderen Verwaltungen zuteil werden, wenn wir nicht zu einer Verdoppelung der Einkommensteuer kommen wollen. Würden wir nicht an dem Prinzip festhalten, daß alle Ausgaben der Eisenbahnen zur Ausgestaltung der bisherigen Anlagen aus ihrem eigenen Einnahmen bestritten werden müssen, sondern zur vermehrten Aufnahme von Anleihen kommen, so wäre es nicht zu vermeiden, daß die anderen Verwaltungen die ganzen Ueberschüsse der Einnahmen für sich in Anspruch nehmen und eine weitere Folge wäre eine außerordentliche Belastung der Eisenbahnverwaltung durch Zins- und Tilgungsraten. Dazu kam, daß der Stand unserer Staatspapiere gerade durch die alljährliche Inanspruchnahme des Marktes mit neuen Anleihen ständig verschlechtert wird. Daher können wir nicht daran denken, nun noch jährlich 200 Millionen für das Extraordinarium auf Anleihe zu nehmen. Wir sollten an den Grundsätzen festhalten, die das Haus 1892 selbst aufgestellt hat und nur in dringenden Fällen davon abweichen. (Beifall.)

Abg. Frhr. v. Jellih (St.): Man hat im vorigen Jahre bei dem Etatansatz für die Einnahmen nicht genügend Rücksicht auf die Ausgaben genommen. Einnahmen und Ausgaben müssen im Etat möglichst den wirklichen Verhältnissen entsprechend zum Ausdruck kommen. Sparamkeit könnte auf manchen Gebieten geübt werden. Die Fahrartensteuer hat unangünstige Ergebnisse gezeigt, wie ich dies schon vor ihrer Einführung als wahrscheinlich betont habe. Ersreulich im Interesse der inländischen Produktion ist die Erklärung des Ministers der öffentlichen Arbeiten in der Kommission, daß er mit der Ermäßigung der Gütertarife weiterhin vorgehen will. Rücksicht nehmen müssen wir darauf, daß bei der Reichsfinanzreform

Preußen erhebliche Opfer wird bringen müssen. Auch in schlechten Jahren muß aber die Eisenbahnverwaltung die erforderlichen Mittel erhalten, damit sie das leisten kann, was sie im volkswirtschaftlichen Interesse und im Interesse der Staatsfinanzen leisten muß. (Weisall.)

Abg. Gysling (fr. Sp.): Zwischen den Parteien untereinander und auch zwischen ihnen und der Regierung besteht Einigkeit darüber, daß der Etat übersichtlicher und einheitlicher gestaltet werden muß. Würden wir hier so verfahren, wie es im Reichstage bei der Etatsberatung geschieht, so würden in der Budgetkommission Abstriche vom Etat erfolgt sein, und wir würden schon in diesem Jahre eine bessere Grundlage für die anderweitige Festsetzung des Etats gewonnen haben. Wenn die Verwaltung mit dem Kohlenindikat dreijährige Verträge abgeschlossen hat, so ist das Bedenken nicht zu unterdrücken, daß sie dadurch in eine zu große Abhängigkeit vom Kohlenindikat kommt. Das Vorhandensein eines Ausgleichsfonds gibt dem Minister nur zu leicht Anlaß, die Einnahmen mäßig zu veranschlagen. Der Finanzminister beruft sich so sehr auf die Resolution von 1892, weil sie in seinem Kram paßt. Herr v. Miquel hat damals gar keinen Wert auf diese Resolution gelegt, damals hatte das Extraordinarium nur einen geringen Umfang. Wenn wir heute dafür eintreten, das Extraordinarium möglichst und jedenfalls in umfangreicherer Weise als bisher durch Anleihen zu decken, so kommt das daher, weil es jetzt einen so großen Umfang angenommen hat. Die Jahresrenten haben wir stets bekämpft, und wir würden für ihre Reform nicht zu haben sein, sondern nur für ihre Beseitigung. Erfreulich ist die Erklärung des Ministers in der Kommission, daß er die Probit für das Gepäd über 200 Kilogramm ernähigen will. Den Inhabern von Monatskarten sollte man die Benutzung aller Jüge gestatten, für die nicht Samedagszuladung erhoben werden. Die weitere Ausdehnung der Betriebsmittelgemeinschaft ist freudig zu begrüßen. Bei der beabsichtigten Elektrifizierung der Berliner Stadtbahn sollte der Preis der Lieferanten nicht zu eng gezogen werden. Sehr bedauerlich ist, daß wir immer noch keine Sicherheit haben, wann die Beamtenbeholdungsvorlage kommen wird. Wenn das Reich auf Preußen keine Rücksicht genommen hat, so braucht Preußen auch keine Rücksicht auf das Reich zu nehmen. Wenn in der Kommission von konservativer Seite angeregt ist, vorübergehend die Einkommensteuer zu erhöhen, so sehen wir darin ein Entgegenkommen gegen unsere Forderung der Quotifizierung der Einkommensteuer. Vor der Erledigung der Reichsfinanzreform könnten wir keine Erhöhung der Einkommensteuer bewilligen. (Weisall links.)

Minister der öffentlichen Arbeiten Breitenbach: Der Finanzminister war mit mir stets darüber einverstanden, daß das, was die Staatsbahnverwaltung im Verkehrsinteresse zu leisten hat, auch im Etat bemittelt werden muß. Wenn von einer Seite angenommen wird, daß wir an der falschen Stelle sparen, so muß ich das bestreiten. In absehbarer Zeit hoffe ich, daß wir weitere Ersparnisse werden eintreten lassen können. Die Deckungsfrage und die Frage der Abgrenzung gegenüber den anderen Ressorts sind reine Finanzfragen, auf die ich nicht weiter eingehen möchte. Die mehrjährigen Verträge mit dem Kohlenindikat haben sich durchaus bewährt. Durch den jetzigen dreijährigen Vertrag haben wir propter 2 1/2 Millionen Mark gespart. Wenn in der Kommission das Bedenken erhoben ist, daß die Abkommen mit anderen Bundesstaaten über die Freizügigkeit der Güterwogen der Zustimmung des Landtages bedürftig, so bemerke ich, daß es sich nur um Verträge zwischen den Verwaltungen, nicht um Staatsverträge handelt. Schließlich möchte ich mitteilen, daß der Gesetzentwurf über die Herstellung der Dampfmaschinenverbindungen zwischen Sahnitz und Treleberg auch vom schwedischen Reichstage angenommen worden ist. (Weisall.)

Abg. Dr. Schmide (fr. Sp.): Wir stehen einem Etat gegenüber, der nicht stimmt. Abg. Dr. Friedberg meinte zwar, daß er die Verantwortung für den Etat ablehne, aber genehmigen wird er ihn doch. Die Mehrheit verzichtet darauf, ihre bessere Einsicht zur Geltung zu bringen, das kann sie aber nicht auf die Dauer tun. Wir wollen der Schwärzmalerei des Finanzministers entgegengetreten, da sich die in den Eisenbahnen investierten Kapitalien mit 6 1/2 Proz. verzinsen. Wenn man die Absicht hat, die Härten der Jahresrenten zu beseitigen, so sollte man sie lieber gleich ganz beseitigen. Samedagszuladung sollte man nur für D-Jüge erheben. Notwendig ist eine Verbilligung der Kohlsstoffe und der Abfertigungsgebühren. Der Abschluß mehrjähriger Verträge mit dem Kohlenindikat kann dieses protzieren, seine Forderungen recht hoch zu spannen. Ich schließe mit dem Wunsch: Mehr Licht für den jetzt schwer durchdringlichen Etat. (Weisall links.)

Hierauf vertagt das Haus die weitere Beratung auf Donnerstag 11 Uhr.
Schluß 4 1/2 Uhr.

Kamerun vor der Budgetkommission.

(Sitzung vom 4. März.)

Die eigenen Einnahmen der Kolonie belaufen sich auf 8 880 000 M., der Reichszuschuß auf 2 780 000 M.; also fast die Hälfte der Unterhaltungskosten der Kolonie fließen aus deutschen Steuergroschen.

Bei den Einnahmen entwickelt sich eine umfangreiche Generaldebatte. Erzberger bringt die Uebergriffe der Händler und die zahlreichen Strafexpeditionen zur Sprache und Dernburg ergreift die Gelegenheit, um umfangreiche programmatische Ausführungen über seine Pläne in bezug auf die zu befolgende Politik in Kamerun zu machen. Der Schlussreklam ist wieder: Eisenbahnen! Er sagte: Es handelt sich bei den Uebergriffen der Händler um alte Mißstände. Ein wahres Gummisieber ist eingetreten, das nicht nur zu Raubbau in der Gummigewinnung, sondern auch zu ungeheurer Bedrückung der Eingeborenen durch die Karawanen der Händler führt. Je mehr der Gummizurückgeht, desto mehr haben sich die Verhältnisse verschärft. Wir haben eine Sondergewerbesteuer eingeführt, es soll auch eine neue Trägerordnung erlassen werden, aber die Sache sei sehr schwierig. Die Karawanen sind nicht selten 600 Mann stark und wenn sie in einen Ort kommen, dann requirieren sie einfach Lebensmittel und Häuten. Wenn sie auch bezahlet, so nicht das den Eingeborenen nichts, denn von Geld können sie nicht leben. Es soll nun die Anordnung getroffen werden, daß Karawanen nur verproviantiert ausgehen dürfen, um Gewalttätigkeiten möglichst zu vermeiden. — Die ganze Entwicklung macht große Sorge, wenn der Handel infolge des Raubbaues erschöpft ist, stehen wir vor dem wirtschaftlichen Zusammenbruch und es entsteht eine unabwehrbare Gefahr; 200 000 und mehr Menschen liegen auf der Straße, die einer geregelten Tätigkeit entbehren sind. Es gelte die Regier der ruhigen landwirtschaftlichen Produktion wieder zuzuführen, ehe es zu spät ist. Wenn der wirtschaftliche Zusammenbruch kommt, endet er in einem Aufstand. Der aus der Not herauswächst. Es müßten wie in Ostafrika Schutzgesetze für die Eingeborenen erlassen werden, welche ein Zusammenarbeiten zwischen Weissen und Eingeborenen ermöglichen. Die Hauptfrage aber sei der Bau von Eisenbahnen, nur so sei eine Kultivierung des Landes in der erwünschten Weise möglich zu machen. — Die Strafexpeditionen liefern sich jetzt auch noch einseitigen, jeder einzelne Uebergriff lasse sich noch bestrafen, erst wenn eine Anzahl Untaten zusammenkommen, werde eine Strafexpedition ausgesandt. Mit der Durchführung des Eingeborenenrechtes und dem Ausbau der Verkehrswege werde das alles besser werden.

Abg. Semler glaubt, daß die Regierung zu rigoros gegen die Karawanen vorgehe. Die Handelsgesellschaften beschwerten sich bitter. Er trägt einen Schutzwort vor, den die Regierung einem Hauptling gegeben habe, sonst dessen er berechtigt ist, die Karawanen mit Gewalt aus seinem Gebiete zu vertreiben. Semler meinte, die Karawanen seien ja auf Requisition angewiesen, eine Mißführung des Probantis sei unmöglich. Man hätte doch keine Veranlassung, die Begleitung der Regier zu weis zu treiben, Kamerun müsse Handelskolonie bleiben. Soll es anders werden, müsse die Verwaltung mehr tun zur Anlehnung

der Regier und es sollte auch mehr Geld für Kulturverbände ausgeben werden. Dann aber müsse die Regierung auch den Arbeitszwang für die Regier einführen. Auf Zwischenrufe, wie das gemacht werden soll, bemerkt Semler, daß tatsächlich noch Sklaverei in Kamerun besteht, obwohl sie gesetzlich verboten sei; die Hauptlinge verflügen unumschränkt über ihre Leute und an denen könnte man die Zuwiderhandlung gegen den Arbeitszwang strafen.

Dernburg verteidigt den Ausweis, den man einem Hauptling zum Schutze gegen Karawanen gegeben habe. Die Regier haben keinen Nutzen von dem Handel, nur den Schaden, und wenn nun die Karawanen kommen und mit Gewalt die Eingeborenen aus ihren Hütten werfen und ihnen die Lebensmittel nehmen, so kann das die Regierung nicht dulden. Er werde gegen die Händler ebenso rücksichtslos vorgehen, wie gegen die Uebergriffe der Händler und wenn die auch so gegen ihn Sturm laufen wie die Händler. Von Arbeitszwang will Dernburg nichts wissen, solche Vorschriften würden die Strafexpeditionen vermehren und die Gefahr der Aufstände erhöhen. Liebert habe den ostafrikanischen Zustand den Raubern zugeföhrt, das ist völlig unrichtig, man hat Eingeborene gezwungen, für einen halben Heller täglich zu arbeiten, und das hat zu dem Zustande geführt.

Kattmann bringt einen englischen Bericht zur Sprache, in dem über den Sklavenhandel von der Kolonie Kamerun aus Klage geführt wird. Es wird in dem Bericht behauptet, daß in Kamerun Sklavenmärkte bestehen, von denen aus viele Kinder ausgeführt werden. Redner spricht sich für Arbeitszwang aus, lobt die Tätigkeit des Arbeitskommissars und fragt nach dem Stand eines Disziplinarverfahrens gegen Hauptmann Dominik.

Dernburg bestreitet den Sklavenhandel im Norden von Kamerun nicht, dort habe die Regierung keine Macht. Es herrsche dort Sultane mit großer Macht und es war vielleicht etwas vorzeitig, die deutsche Herrschaft so weit auszudehnen. Uebrigens sollen sich die Engländer in puncto Sklavenhandel an die eigene Nase fassen.

Quade teilt mit, daß gegen Hauptmann Dominik kein Disziplinarverfahren schwebt, nur die gerichtliche Untersuchung wegen der Verbel im Plenum erhobenen Beschuldigungen schwebt noch; es sei bisher nicht möglich gewesen, den Schreiber des Briefes an Verbel ausfindig zu machen.

v. Richter ist der Meinung, daß sich der Sklavenhandel nicht vermeiden lasse, man würde dann ja neue Strafexpeditionen machen müssen. Im übrigen ist er mit Semler für Arbeitszwang und straffe Justiz, die Eingeborenen müßten die deutsche Herrschaft fühlen.

Erzberger meint, wenn Dernburg wegen seiner Eingeborenenpolitik angegriffen werde, dann könne es nur von der Kolonialen Reichsregierung geschehen, welche in jeder Nummer die Ausrottung der Regier verlange. — Die Händler kommen ihm vor, wie die Nordbrennerbanden des dreijährigen Krieges.

Kraus teilt im allgemeinen Semlers Standpunkt; er glaubt, daß der Bahnbau die Aufstandsgesahr nicht vermindere, eher werde die Gefahr größer. Auch er tadelt, daß die Regierung zu schroff gegen Karawanen vorgehe.

Dernburg versichert, daß die Regierung in dieser Weise habe verfahren müssen, um den Uebergriffen der Händler vorzubeugen. Er trägt dann die neue Trägerverordnung, die erlassen werden soll, vor. In dem von anderer Seite erwähnten Gewerkeführerbot teilt er mit, daß bis zu dem im Jahre 1906 erlassenen Verbot circa 250 000 Gewehre an die Eingeborenen verkauft wurden. — Biemer spricht sich gegen Arbeitszwang aus.

Lebebour wendet sich scharf gegen den von Semler geforderten Arbeitszwang, er hätte nur den Erfolg, daß den Regern die produktive Arbeit verwehrt wird. Auch der Art, wie Semler den Arbeitszwang durchzuführen will, muß man entgegengetreten; wenn zwischen Hauptling und Stammesangehörigen noch das Sklavenverhältnis besteht, so muß die Regierung das im Interesse der Kultur zu lodern suchen, nicht aber ihre Arbeit darauf aufbauen. Daß der Eisenbahnbau die latente Aufstandsgesahr nicht beseitigt, ist auch seine Meinung, hier hilft nur Bänderung des Druckes, und da ist es sehr zu verwundern, wenn angesichts des Raubbaues an Gummis und der Bedrückung der Eingeborenen Semler die milden Maßregeln der Regierung gegen dieses System noch tabelt.

Erzberger wendet sich dem Bahnbau und dessen vermeintlichem Nutzen zu; er glaubt, Dernburg habe die Kommission mit seinen Vorstellungen nur schreden wollen.

Dernburg bestreitet das sehr entschieden. Es handle sich in Kamerun um ein großes Gebiet, das auf eine Produktion gestellt ist, die in wenigen Jahren erschöpft sein wird. Die Katastrophe werde verschärft, wenn sich's, wie bei Gummis, um Produkte handelt, die vom Weltmarkt abhängen; der Gummis hat einen Preissturz von 100 Proz. erfahren; die in die Gummigewinnung gezogene Bevölkerung hat den Feldbau aufgegeben; schwindet seiner Erwerb, dann tritt die wirtschaftliche Krise ein und damit sind dort auch politische Krisen verbunden. Die Regierung wolle da vorbeugen, einmal durch Hebung der Landeskultur, Förderung systematischer Gummianpflanzung und Bahnbau, wodurch zahlreiche Eingeborene von der Karawanenstraße weg und in lohnende, jahrelang währende Bahnbauarbeit gezogen würden. An der Bahn sollen diese sich dann ansiedeln und im Familienverband Waren produzieren, welche, wie die Delprodukte, weniger abhängig vom Weltmarkt sind. Durch diese Maßnahmen hoffe man, der Krise wirksam begegnen zu können.

Es polemisieren noch Semler und Lebebour und Paasche und Dernburg gegeneinander, dann wird nach einem kurzen Streit über die Veröffentlichung von Verträgen aus der Kommission die Weiterberatung bis Donnerstag vertagt.

Parlamentarisches.

Die Kommission zur Vorberatung der Gewerbeordnungs-Novelle und der Heimarbeitsvorlage betreffend die Tabakindustrie hat sich gestern konstituiert. Von der sozialdemokratischen Fraktion gehören der Abgeordneten Kommission Wollenkühn, Schmidt, Berlin und Stadthagen an. Zum Vorsitzenden wurde, da nach dem wechselnden Turnus der Vorsitz der Freisinnigen Partei gebührt, der Abg. Mugdan, zum Stellvertreter Wollenkühn gewählt. Die erste Sitzung soll am 11. März stattfinden.

Die Kommission für den kleinen Befähigungsnachweis hielt am Mittwoch ihre erste Sitzung ab. Obgleich die Mehrheit beschloß, von einer allgemeinen Generaldebatte abzusehen, ist die Beratung noch nicht weit gediehen. Nach der Regierungsvorlage soll der Abschluß von Lehrverträgen zwischen Eltern und Kindern, was von manchen Handwerkskammern heute verlangt wird, nicht erforderlich sein. Von sozialdemokratischer Seite wurde auf den Widerspruch hingewiesen, der darin liegt, daß derjenige Handwerker, der den Meisterstitel nicht erworben hat, sein eigenes Kind nicht in die Lehre nehmen darf; hat er einmal den Titel Meister, dann kann ihn niemand zur Erfüllung seiner Pflichten dem Lehrling gegenüber anhalten. Ein solcher Meister würde, namentlich in Betrieben, die auf der Grenze der Hausindustrie stehen, häufig aus materieller Not mehr Wert auf den Verdienst legen, den er an dem Lehrling hat, als auf seine gute Ausbildung. Von freisinniger Seite wurde hierauf beantragt, daß die von den Handwerkskammern in die Lehrverträge aufzunehmenden Bestimmungen über die Pflichten der Lehrmeister ihren Lehrlingen gegenüber auch für das nicht vertragmäßige Lehrverhältnis gelten sollen. Dieser Antrag wurde gegen die Stimmen der Freisinnigen und Sozialdemokraten abgelehnt und die Regierungsvorlage angenommen. Einen entschiedenen Vorstoß machten die konservativen Kalkewitz und Ping, indem sie beantragten, daß im § 129 anstatt „Handwerksbetriebe“ „Betriebe“ gesetzt werden solle. Mit dieser scheinbar unwesentlichen Änderung würde der kleine Befähigungsnachweis auch auf die

Handwerker ausgedehnt worden sein und wir hätten die mit recht verfahrenen österreichischen Verhältnisse auch bei uns mit einem Schlag eingeführt. Die Regierungsvorlage erklärte denn auch, daß mit der Annahme dieses Antrages das Zustandekommen des Gesetzes gefährdet sei.

Der Antrag wurde gegen sieben Stimmen abgelehnt. Von den Konservativen stimmten die Abgeordneten Pauli und Dr. Dröschler gegen, vom Zentrum Euler, Jrl und Göring dafür. Nächste Sitzung findet Donnerstag, den 12. März, statt. Von Interesse dürfte auch die Zusammenfassung der Kommission den Verufen ihrer Mitglieder nach sein. Sie zählt zu ihren Mitgliedern Handwerksmeister bzw. gelernte Handwerker 12 (davon stellen: Zentrum 5, Sozialdemokratie 3, Konservative 2, Wirtschaftliche Vereinigung 1 und Süddeutsche Volkspartei 1). Außerdem gehören der Kommission noch an 2 Oberlehrer, 2 Guttsbesitzer, 2 Mühlenbesitzer, 1 Rittergutsbesitzer (Wass Eder zu Gutitz), 1 Rittergutsbesitzer und je 1 Bürgermeister, Vabedirektor, Statistiker, Universitätsprofessor, Redakteur, Kaufmann, Rechtsanwalt, — Pfarrer!

Aus Industrie und Handel.

Terrain Spekulation und Gemeindeinteressen.

Die Aktionäre der Berliner Remontbau-Aktiengesellschaft in Liquidation sind der freudigen Hoffnung, daß durch die Stadtverordnungen die Preise in dieser Gemeinde liegenden Grundstücke im Preise steigen werden. In der in diesen Tagen stattgefundenen Generalversammlung der Gesellschaft kam dies Thema zur Sprache und es wurde als ganz selbstverständlich betrachtet, daß die Grundstücke durch die Stadtverordnungen stark reicher geworden sind. In Rigndorf sei auch auf dieselbe Weise eine Mehrung des gezeigten, wohlverordneten Eigentums der Spekulant eingetreten. Interessant ist dann noch, was die „Morgenpost“ über die Auslastungen des Professors Jastrow in dieser Versammlung zu berichten weiß. Das Blatt schreibt:

Der als Aktionär anwesende Professor Jastrow bekannte sich gleichfalls zu dieser Ansicht, indem er noch hinzusetzte, daß nach den bisherigen Erfahrungen unter dem städtischen Wahlrecht etwa ein Drittel der Stadtverordneten aus der Arbeiterklasse hervorgehen würde, was bei der bisherigen Gemeindeverwaltung nicht möglich war. Diese Arbeitervertreter würden aber zweifellos größere Anforderungen an das Gemeinwesen, namentlich bezüglich Schulbauten, Parkanlagen usw. stellen, was wiederum eine größere Nachfrage nach Grundstücken bedinge, so daß hieraus eine Wertsteigerung zu erwarten sei. Um einen zweiten Bahnhofsaustrag nach dem Terrains der Gesellschaft zu erlangen, was für deren Bewertung von höchstem Vorteil ist, schweben zurzeit Verhandlungen mit dem Eisenbahnministerium. Es wurde angeregt, die neugegründete Stadtverordnetenversammlung dahin zu bearbeiten, daß sie sich an der öffentlichen Agitation zugunsten dieses zweiten Ausstrags beteilige. Man könne annehmen, hier um so mehr auf Gegenliebe zu stoßen, als der Lichtenberger Stadtverordnetenvorsteher Hauptinteressent bei den in Betracht kommenden Terrains sei. Hiernach kann also erwartet werden, daß alles erforderliche geschehen wird, um im Interesse des Gemeinwohls die Terrainpreise in der Stadt Lichtenberg zum Steigen zu bringen.

Die Gemütsvoll: Man erwartet, die Sozialdemokraten werden sozialpolitisch arbeiten, damit die Grundstückspekulanten dadurch in ihren Preistreibergelüsten unterstützt werden. Reizend ist auch die Ansicht, der Stadtverordnetenvorsteher werde als Grundstückspekulant dahin wirken, daß die Gemeinde zugunsten der Wertzuwachsänder in den Beutel greift. Die Meinung, höhere Terrainpreise lägen im Interesse des Gemeinwohls, zeugt von so pyramidalen Reizität, daß man diese für echt halten könnte.

Abfall der Reichsbank. Das letzte Geschäftsjahr der Reichsbank schließt ab mit einem Reingewinn von 52 813 652 M. gegen 40 282 908 M. Der Anteil des Reiches am Reingewinn, der im vorigen Jahre 25 472 181 M. betrug, erhöht sich für das letzte Jahr auf 34 510 239 M. Die Aktionäre erhalten 17 811 817 M., gleich 9,80 Proz., im Vorjahre 8,23 Proz.

Konkursstatistik. Nach der vorläufigen Mitteilung des kaiserlichen Statistischen Amtes zur Konkursstatistik gelangten im 4. Vierteljahr 1907 im Deutschen Reich 2535 neue Konkurse zur Prüfung, gegen 2322 im 4. Vierteljahr 1906. Es wurden 463 Anträge auf Konkursveröffnung wegen Mangels eines auch nur die Kosten des Verfahrens bedeckenden Massebetrages abgewiesen und 2073 Konkursverfahren eröffnet; von letzteren hatte in 1243 Fällen ausschließlich der Gemeinsschuldner die Konkursveröffnung beantragt.

Kohlenpreise im Groß- und Kleinhandel.

Aus den Angaben der amtlichen „Nachrichten für Handel und Industrie“ machen wir über die Preise im Groß- und Kleinhandel in verschiedenen Städten folgende Zusammenstellung:

	Großhandelspreise pro Tonne in Markt		Kleinhandelspreise pro HZ. in Markt		Steigerung der Preise im Groß- und Kleinhandel	
	Januar 1907	Januar 1908	Januar 1907	Januar 1908	1907	1908
Berlin						
Rußkohle	23,10 ¹⁾	24,80 ²⁾	1,45	1,56	5,3	7,6
Braunkohle	16,00	17,60	1,80	1,80	10,0	—
Gasfoks	20,20 ³⁾	26,00	1,47 ¹⁾	1,71 ²⁾	27,8	16,4
Salonbriketts	14,00 ³⁾	15,00 ²⁾	1,02 ¹⁾	1,12 ²⁾	7,1	9,8
Danzig						
Schell. Steinkohle	23,00	25,00	1,25	1,45	8,7	16,0
Salonbriketts		25,00	1,00 ²⁾	1,10 ²⁾		10,0
Stettin						
Schell. Steinkohle	20,00	18,00	1,20	1,42	-10,0	18,3
Gasfoks	17,76		1,30	1,46		12,3
Briketts	19,25	20,00	1,05 ²⁾	1,28 ²⁾	3,0	20,0
Posen						
Steinkohlen	19,70	21,80	1,00	1,25	8,1	25,0
Briketts	17,00	20,00	1,15 ²⁾	1,30 ²⁾		17,7
Breslau						
Steinkohlen	17,00	19,00	1,00	1,26	8,0	25,0
Gasfoks	20,00	23,00		1,40	15,0	
Braunkohlenbriketts	11,80	18,50		1,10	60,0	
Steinkohlenbriketts	19,80	21,00		1,20	7,1	
Magdeburg						
Rußsteinkohlen	24,50	27,50	1,50	1,70	12,3	13,4
Koks	23,00	28,50	1,45	1,60	24,0	10,3
Briketts	12,50	15,00	0,85	1,00	20,0	17,8
Altona						
Schell. Rußkohle	17,00	16,00	1,40	1,30	-5,9	-7,1
Elberfeld						
besondere Steinkohle	18,00	14,00	1,15	1,25	7,7	8,7
Hausbrandkohle	14,50	16,00	1,10	1,15	10,4	4,6
Briketts	10,30	11,50	0,85 ²⁾	1,05 ²⁾	9,5	10,5
Dresden						
Steinl.-Brik. Höchstpr.	32,00	34,00	3,40	3,60	6,2	5,9
Braunl.-Brik.	0,90 ²⁾	1,05 ²⁾	0,90 ²⁾	1,20 ²⁾	31,3	33,4

¹⁾ pro Hektoliter.

²⁾ pro 100 Stück.

³⁾ Höchstpreise.

Bei manchen Kohlenorten sind die Steigerungen an einigen Markorten enorm. So sind im Großhandel Braunkohlenbriketts in Breslau 60 Proz., im Preise gestiegen, in Dresden um 31,3 Proz., und in Magdeburg um 20 Proz. Der Gasfoks ist im Großhandel in Berlin gegen das Vorjahr um 27,3 Proz. teurer, in Magdeburg um 24 Proz. Angesichts dieser Preissteigerungen im Großhandel bleibt den Kleinhandlern oft nichts mehr zu tun übrig. Das Verlangen der Konsumenten, die oft lieber frieren und das müssen, weil

Die Irrenhausstragödie eines Berliner Rechtsanwalts.

Ein Opfer der sehr reformbedürftigen Irrengesetzgebung ist der Berliner Rechtsanwalt Dr. E. geworden. Im Dezember 1907 ging durch Berliner Blätter die kurze, inhaltschwere Notiz, daß „der gemeinefährlich geisteskranke Berliner Rechtsanwalt Dr. E. aus der Privatirrenanstalt Lankwitz entflohen sei“.

Die Mädchen, die sich inzwischen an zwei Berliner Rechtsanwälte auf dem nicht mehr ungewöhnlichen Wege verheiratet haben, erhalten Hunderttausende, der Sohn — nichts. Er muß als Millionärsohn sogar darben und Darlehen aufnehmen.

Seinen Gegnern gerade recht kommt ein Rencontre, das E. mit einem Referendar an Gerichtsstelle hatte, und das in Verbindung mit sein faulerlich aufgehobenen, Jorneausstrübe enthaltenden Briefen ES in dem nun folgenden Internierungsantrage seiner Feinde willkommenes Material bot.

In Lankwitz weiß man zwar auch nicht recht, was man mit E. anfangen soll, haben doch hervorragende Juristen sich sehr sympathisch für E. ausgesprochen; wohl halten ihn manche für nervös — und wer ist heute nicht nervös —, aber für verrückt hält ihn keiner, mit Ausnahme seiner Feinde.

E. erträgt die Folterqualen nicht lange; eines Tages nimmt er sich ohne Abmeldung selbst die Freiheit, um nunmehr um so wirksamer gegen die Veranlasser seiner Internierung vorzugehen. Er hat bei der Staatsanwaltschaft gegen den Rechtsanwalt Dr. Pratz und Genossen wegen Freiheitsberaubung, Verleumdung und übler Nachrede Strafantrag gestellt.

Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokalliste. Im 5. Kreis sieht und das Lokal „Restaurant zum Bürgerheim“ nunmehr zu allen Veranstaltungen zu den bekannten Bedingungen zur Verfügung und ist hiermit unsere Sperre notig in Nr. 50 vom 28. Februar cr. betreffend das Vergnügen des Lotterievereins „Pechvogel“ in obigem Lokal aufgehoben.

In Hohen-Neuendorf (R.-B.) steht uns das Lokal des Gastwirts Paul Schmitz zu den bekannten Bedingungen zur Verfügung. Die Lokalkommission.

Charlottenburg. Am heutigen Donnerstag, abends 8 Uhr, findet eine öffentliche Versammlung statt. Tagesordnung: Vortrag des Genossen Paul Göhre: „Der Kampf um die wirtschaftliche Freiheit“. Die Frauen werden besonders hierauf aufmerksam gemacht.

Petershagen bei Friedersdorf. Am heutigen Donnerstag, abends 8 Uhr, findet im Lokal von Otto Wiese eine Besprechung, die Gemeindevorstand betreffend, statt. Zahlreiches Erscheinen ist notwendig.

Alt-Mienick. Am Sonnabend, den 7. März, abends 8 Uhr, findet im Lokal von Joch ein Extrazahlabend statt, auf welchen die Mitglieder ganz besonders hingewiesen werden.

Grünau. Am Freitagabend 7 Uhr findet von der „Grünen Ecke“ aus eine Handzettelverteilung statt. Am recht zahlreiche Beteiligung erwünscht. Das Wahlkomitee.

Reinickendorfer-Wesf. Heute abend findet in Frankes Familienheim eine Volksversammlung statt. Stadtverordneter Genosse Paul Hirsch-Charlottenburg spricht über das Thema: „Die bevorstehenden Gemeindevorstandswahlen“. Wähler, erscheint in Massen!

Berliner Nachrichten.

Mehr Schulärzte für die Gemeindefschulen!

Wäre es nach dem Wunsche der sozialdemokratischen Stadtverordneten gegangen, so hätte die Stadt Berlin jetzt für ihre 287 Gemeindefschulen 144 Schulärzte. Für jeden Arzt nicht mehr als zwei Schulen, das war das Ideal, das von unseren Genossen im Rathause als grundsätzliche Forderung hingestellt wurde.

Es sind jetzt nahezu zehn Jahre her, daß die Schuldeputation — im Oktober 1898 — sich im Prinzip für Anstellung von Schulärzten aussprach. Sie holte hiermit nach, was die Gemeindeverwaltung bis in die zweite Hälfte der neunziger Jahre hinein, ungeachtet aller immer wiederholten Anregungen der sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion, versäumt hatte.

Nun ist es richtig, daß seit 1906 die Zahl der Gemeindefschulkinder nicht mehr sehr erheblich gestiegen ist, und auch für die nächste Zeit ist wohl noch nicht wieder auf sehr großen Zuwachs zu rechnen. Die Zahl stellte sich im Winterhalbjahr 1905/06 auf 225 216 und stieg bis zum laufenden Winterhalbjahr 1907/08 auf 229 488.

Die Forderung, die Schulärzte wieder mal zu vermehren, muß als berechtigt anerkannt werden selbst von dem Standpunkt aus, daß jedem Schularzt die doch wahrlich nicht geringe Zahl von sieben Schulen zugewiesen werden darf. Die Schulärzte müssen vermehrt werden, wenn eine Ueberschreitung dieser Höchstzahl vermieden werden soll.

Berliner Kistverein für Obdachlose. Im Monat Februar nächstigen im Männerzahl 20 179 Personen, wovon 8707 badeten, im Frauenzahl 4203 Personen, wovon 1856 badeten.

Die Krankheiten der schlechten Witterung. Unter den tödlichen Krankheiten herrscht jetzt die der Atmungsorgane fast überall vorwiegend vor. So starben in Berlin in der Woche vom 16. bis 22. Februar insgesamt 639 Personen, darunter allein 127 an den Krankheiten der Atmungsorgane, außerdem noch 97 an Tuberkulose, 9 an Diphtherie und Krupp und 6 an Keuchhusten.

Einem schiffbaren See gleicht gegenwärtig der Spreewald, wo selbst das Wasser zurzeit einen derartigen Hochstand erreicht hat, wie er schon seit Jahren nicht beobachtet worden ist. Das ganze Spreewaldgebiet bildet eine einzige Wasserfläche, aus welcher die Städte und Dörfer inselartig hervorstechen.

waldgebiet bildet eine einzige Wasserfläche, aus welcher die Städte und Dörfer inselartig hervorstechen. Der gesamte Verkehr im Spreewald ist infolge dessen nur noch mittels Rähnen möglich, und die fahrenden Fahrzeuge sind bei ihren Fahrten nicht an die Kanäle gebunden, sondern werden quer über Felder und Wiesen geleitet, auf denen das Wasser bis zu 50 Zentimeter hoch steht.

Intoleranz.

In den „Monatlichen Berichten“ der Jesus-Gemeinde meldet der Pastor Braun über folgenden Vorfall aus dem Februar d. J.: „Frau L. hat viele Jahre lang in Herz und Haus, an Leib und Seele schwere Lasten getragen; sie besaß unsere ganze Teilnahme, und wir ermüdeten nicht, sie materiell und seelsorgerlich, zumal auf ihrem letzten schweren Krankenlager, zu unterstützen.“

Die Form der vorliegenden Mitteilung läßt leider eine Nachprüfung des Falles nicht zu. Vorerst bezweifeln wir, daß die Angabe des angeblich sozialdemokratischen Mannes den Tatsachen entspricht. Soweit Verbände besondere Klassen haben, aus denen aus Anlaß des Ablebens der Frau eines Mitgliedes eine Unterstützung gezahlt wird, so sind das Unterstützungsfälle, auf die sich das Mitglied ein Anrecht erworben hat, und werden bedingungslos gegeben.

Die Intoleranz oder die „terroristische Praxis der Genossen“ existiert nur im Kopfe des Pastors, der da zu meinen scheint, die Arbeiter seien so intolerant wie die Kirche, deren Diener es oft verweigert haben, daß Arbeiter einen toten Kollegen auf dem Friedhofe ein letztes Abschiedslied singen dürften, oder die es als ein Staatsverbrechen ansahen, daß Arbeiter ihrem toten Freunde einen letzten Gruß in die Gruft nachriefen.

Eigene beamtete Tierärzte will das Polizeipräsidium anstellen zur Kontrolle der offenen Fleischverkaufsstellen in Berlin. Zwar wurde schon bisher das von auswärtig eingeführte Fleisch von Kontrolleuren, die die Stadt stellte, in den Markthallen daraufhin geprüft, ob es den Untersuchungsstempel trägt; aber zu einer Bestätigung ungenießbaren Fleisches hatten diese Kontrolleure kein Recht, zu diesem Zweck mußte erst der Schupmann geholt werden.

Durch Einatmen von Gas sind am Dienstag fünf Mädchen erkrankt. In dem Reaktionsraum der Firma F. H. A. Schulze, Fehrbelliner Straße 47/48, erkrankten Dienstag vormittag zwischen 9 und 10 1/2 Uhr nacheinander die dort beschäftigten Arbeiterinnen Gertrud Dittmann, Martha Dilling, Clara Lombotzki, Berta Gennrich und Anna Tauschke unter vergiftungsartigen Erscheinungen. Der von der Firma hinzugezogene Arzt Dr. Lemde stellte Gasvergiftung fest und ließ die beiden ersten Mädchen im Alter von 19 Jahren nach dem Lazarus-Krankenhaus schaffen, während die anderen sich nach Hause begeben konnten.

Almosenempfänger als Steuerzahler. Der jugendliche Arbeiter J. war noch vor zwei Jahren in der Erziehungsanstalt Nichtenberg. Von da kam er nach der Irrenanstalt Herzberge und wurde hier vor Jahresfrist entlassen. Er ist durch einen in der frühesten Kindheit erlittenen Schlaganfall auf der rechten Körperhälfte gelähmt, also nur in geringem Grade arbeitsfähig, und zudem geistig sehr beschränkt. Die Berliner Armenverwaltung hat diese zu mehr als der Hälfte verloren gegangene Arbeitskraft mit der Riesensumme von monatlich 10 M. tagiert und zahlt eine dementsprechende laufende Armenunterstützung. Davon allein kann J. selbstverständlich nicht existieren. Er verdient also noch eine Kleinigkeit hinzu und ist wegen dieser Erwerbsbetätigung jedoch mit einer Steuererschätzung beglückt worden.

Das Passage-Theater, dessen japanischen Gastspiels wir erst kürzlich Erwähnung taten, hat in sein Märzprogramm eine ganze Anzahl zugkräftiger Piecen aufgenommen. Die Gynnasil überwiegt diesmal etwas stark, und die Komik kommt etwas kurz weg. Sie ist aber dafür auch um so vorzüglicher vertreten: Paul Corradini nimmt voll grotesken Humors seine neuesten Schläger. Sie finden immer. Aber der reiche Beifall gilt weniger dem Text der Couplets, als der urkomischen Mimik, mit der sie vorgetragen werden.

Das Passage-Theater, dessen japanischen Gastspiels wir erst kürzlich Erwähnung taten, hat in sein Märzprogramm eine ganze Anzahl zugkräftiger Piecen aufgenommen. Die Gynnasil überwiegt diesmal etwas stark, und die Komik kommt etwas kurz weg. Sie ist aber dafür auch um so vorzüglicher vertreten: Paul Corradini nimmt voll grotesken Humors seine neuesten Schläger. Sie finden immer. Aber der reiche Beifall gilt weniger dem Text der Couplets, als der urkomischen Mimik, mit der sie vorgetragen werden.

Unbekannte männliche Leiche in Pfäferssee. Am 26. Februar cr. ist im Spandauer Schiffsfahrkanal bei der Wäckerlystraße die Leiche eines unbekanntem ca. 50 Jahre alten Mannes, welcher anscheinend eines besseren Standes angehört, aufgefunden und nach Pfäferssee geschafft worden. Der Verstorbene ist 1,80 Meter groß und von kräftiger Statur, hat dunkelblonde Haare, vorn glatte, und einen dünnen blonden Schnurrbart. Bekleidet war er mit einem schwarzen Gehrockanzug, dunklem Ueberzieher, grauen Unterhosen, ebenfalls schwarzen Strümpfen, Gummizugstiefeln, weissem Triloch und weißem Hemd.

weissen Chemisett, Stragen und Schlipf, grünen Manschetten mit roten Streifen. In den Kleidern wurde eine Massenabrechnung des Verbandes der Fabrik-, Land-, Hülsenarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands ohne Namen gefunden. Wer über die Persönlichkeiten des Unbekannten irgendwelche Angaben machen kann, wird gebeten, seine Wahrnehmungen der Kriminalpolizei oder einem Polizeirevier mündlich oder schriftlich zu den Akten 1316 IV 30, 08 mitzuteilen.

Vermisst wird seit dem 1. Februar der 15jährige Richard Kuno, Weidenweg 42 bei den Eltern wohnhaft. Der junge Mensch ging am Sonnabend, den 1. Februar, früh 7 Uhr, aus der elterlichen Wohnung fort, um sich nach seiner Warschauer Straße 43 gelegenen Arbeitsstelle von Kuhner u. Berger zu begeben. Dort ist er aber nicht eingetroffen und ist seit dieser Zeit verschwunden. Er trug eine grau gestreifte Arbeitsjacke, schwarzes Jackett, hellbraune Joppe, blaue Tuchmütze mit blau überzogenem Schirm und Schafstiesel. Das Normalunterzeug war gezeichnet mit C. Personen, die über den Verbleib des jungen Menschen irgendwelche Angaben machen können, werden gebeten, diese an die Eltern, deren Adresse oben angegeben ist, zu richten.

Auf dem Vergnügen des Tischler-Vereins am letzten Sonnabend in den Armhallen sind ein Herrmeisterbier, ein Herrrentut und ein Damenschirm verkauft worden. Der Inhaber der Sachen wird gebeten, dieselben gegen die feinnigen bei Noje, Rainystraße 13, 1 Treppe, einzutauschen.

Feuernachrichten. Gestern früh um 5 Uhr stand schon wieder ein Eckhaus in Flammen. Diesmal in Moabit, Bredowstr. 8, Ecke Wuggenhagensstraße. Als der erste Feuerlärm erscholl, stürzten die Mieter betroffen aus ihren Wohnungen. Die Feuerwehr kam sehr schnell und konnte die Brandstiftung noch feststellen. Es brannte gleichzeitig an mehreren Stellen, an einigen schwellten die Flammen nur. Durch sofortiges kräftiges Wassergeben mit mehreren Schlauchleitungen gelang es, den Brand auf den Dachstuhl zu beschränken. Infolge des Schneefalles und der dadurch eingetretenen Glätte stürzten gestern eine Menge Pferde. In mehreren Fällen mußte die Feuerwehr zum Aufrichten der Tiere gerufen werden. Am Plan-Wer 2a hatte der 11. Zug einen Kellerbrand zu löschen. Spähne und anderes brannten dort. Der Keller mußte zum Teil unter Wasser gesetzt werden. Gleichzeitig brannte in einem Musterlager in der Hauptstraße 12 ein Benzinautomobil. Unter den Linden 38 wurden Säde und anderes nachts um 1 Uhr ein Haus der Flammen. In der Reichsberger Straße 47 kam durch glühendes Müll Feuer aus.

Vorort-Nachrichten.

Zur Gemeindevahlbewegung.

Gemeindevahlen finden heute in folgenden Orten statt: Mariendorf von 12 Uhr mittags bis 7 Uhr abends; Friedrichshagen von 5—8 Uhr nachmittags; Erkner von 2—6 Uhr nachmittags; Reuthen von 4 1/2 bis 6 Uhr nachmittags; Schönwalde (Bezirk Pantow) von 2—4 Uhr nachmittags.

Veräume niemand, sein Wahlrecht auszuüben.

Mariensfelde.

Die Wahlen zur Gemeindevorstellung finden am Montag, den 16. März, im Lokal des Herrn Wang statt. Die dritte Klasse wählt nachmittags von 3—6 Uhr, die zweite Klasse von 6—7 Uhr und die erste Klasse von 7—7 1/2 Uhr. Kandidat der 3. Klasse ist der bisherige Vertreter Maurer J. Greulich.

Friedrichshagen.

Die Gemeindevahl für die dritte Abteilung findet heute, Donnerstag, nachmittags von 5—8 Uhr statt. Pflicht der Genossen ist es, einmütig ihre Stimme abzugeben, damit unsere Kandidaten mit überwältigender Stimmzahl gewählt werden. Der erste Wahlbezirk besteht aus den Straßen: Kohnallee, Köpenicker Straße, Friedrichstraße, Müdenallee, Myliusgarten, Schmalzer Weg, Wilhelmstraße und Westend. Kandidat: Maurer Otto Stephan. Wahllokal: Restaurant Giseler. Der zweite Bezirk setzt sich zusammen aus: Erestpromenade, Veltenerstraße, Kaiserstraße, Roskamenallee, Kirchstraße, Königstraße, Kurze Straße, Neu-Kamerun, Volandstraße, Rahndorfer Straße, Scharnweberstraße, Seestraße, Springweg, Viktoriastraße, Waldowstraße, Wasserwerke und Kolonie Hirschgarten. Kandidat: Schriftfeger Hermann Sonnendurg. Wahllokal: Restaurant Brauereiausschank.

Reuthen.

Heute, Donnerstag, nachmittags von 4 1/2—6 Uhr findet im Restaurant Trill die Gemeindevahl für die dritte Klasse statt. Unser Gegner, der Hausbesitzerverein, der bisher die Agitation in der Dörflichkeit leitete, arbeitet seit einigen Tagen deso eifriger im Geheimen. Ständig sind einige der Herren auf dem Wege zu den Wählern, um sie persönlich zu bearbeiten. Zu dieser geheimen Agitationsweise tritt der demagogische Stimmenfang des bürgerlichen Kandidaten, der sogar verspricht, vor bestimmten Entschlüssen erst mit dem Vorstand des sozialdemokratischen Wahlvereins Rücksprache nehmen zu wollen. Auf alle die Manipulationen hat heute die Arbeiterschaft der dritten Klasse die gebührende Antwort zu erteilen durch Wahl unseres Genossen Feiertag. Mit überwältigender Majorität für unseren Genossen muß die Wahl der Kandidaten abgewiesen werden. Dazu gehört aber in erster Linie, daß unsere Genossen der eifrigsten Tätigkeit unserer Gegner verheißene Energie entgegenstellen. Nicht ein einziger Arbeiter darf heute der Wahl fernbleiben. Es muß so zeitig wie möglich heißen: „Stimm von der Arbeitstätte und an den Wahlort! Eine einzige Stimme nur kann den Ausschlag geben!“

Schöneberg.

Stadtvorordnetenversammlung.

Vor Eintritt in die Tagesordnung richtete der Vorsitzende Begrüßungsworte an den Bürgermeister Blankenstein, der nach dreizehnjähriger Krankheit seine Tätigkeit im städtischen Dienst wieder aufgenommen hat.

Bei der zweiten Beratung des Etats der Volkshausbauanstalt wird von verschiedenen Seiten die mangelhafte Benutzung derselben gerügt. Man forderte die Vertreter der Presse auf, daß sie für regere Inanspruchnahme der Badeanstalt Propaganda machen möge. Der Magistrat wurde ersucht, Plakate über die Benutzung und Lage der Volkshausbauanstalt in Geschäftslökalen und Fabriken aushängen zu lassen. Die Versammlung stimmte dem Etat mit unwesentlichen Änderungen zu. Die Einnahmen betragen 6020 M., die Ausgaben 14908 M.

Es folgt die Beratung des Schuletats. Von der sozialdemokratischen Fraktion wird der im Ausschuss abgeleitete Antrag: „Der Magistrat wird ersucht, eine Vorlage auszuarbeiten zwecks unentgeltlicher Lieferung der Lehr- und Lernmittel“

weiser aufgenommen. Stadts. Koffenbuhr (Sog.) weist in seiner Begründung des Antrages darauf hin, daß durch den heutigen Zustand, nur den Kindern der völlig unbemittelten Eltern die Lernmittel gratis zu geben, schon in der Schule Klagen gegen sie hervorgerufen werden. In dieser Weise werde die Lieferung der Lernmittel vielfach als Armenunterstützung angesehen. Die Lieferung der Lehr- und Lernmittel würde der Stadt ungefähr die Hälfte dessen kosten, was heute von den Eltern bezahlt wird. Der Einwand, daß die Kinder mit den unentgeltlich erhaltenen Büchern nicht vorsichtig genug umgehen, ist hinlänglich, wofür Redner treffende Beispiele lieferte. Durch die Unentgeltlichkeit der Lehr-

und Lernmittel würde der Unterricht gewinnen und die Stadt absolut nichts verlieren.

Stadts. Heyner (Unabh. Vereinig.) wendet sich gegen die Unentgeltlichkeit der Lehr- und Lernmittel. In Berlin und Charlottenburg sind derartige Anträge stets abgelehnt worden. Die Kinder würden auch mit unentgeltlich erhaltenen Büchern unvorsichtiglich umgehen.

Stadts. Rheinbacher (Lib. Frakt.) tritt für den sozialdemokratischen Antrag ein. — Der Antrag wird darauf in namentlicher Abstimmung mit 31 gegen 28 Stimmen abgelehnt. Dagegen wird ein Antrag angenommen, die Summe für Lieferung von Lernmitteln an Unbemittelte von 4000 auf 6000 M. zu erhöhen.

Angenommen werden sodann drei Resolutionen, worin der Magistrat ersucht wird: 1. der Versammlung möglichst bald eine Vorlage wegen Regelung der Pflichtstundenzahl der Lehrer und Lehrerinnen zu unterbreiten; 2. bei Schulneubauten ein besonderes Untersuchungsamt für den Schulrat einzurichten; 3. Auskunft zu geben über den Stand der Spielplatzfrage und Vorlegung eines ärztlichen Gutachtens über die Einrichtung der Schulköche zu Turn- und Spielplätzen. — Die eingelegte Summe für Turn- und Jugendspiele wird von 3200 auf 4000 M. erhöht. — Der Antrag, eine Schulärztin anzustellen, wird dem Ausschuss überwiesen.

Nachdem so das Gemeindefiskalwesen (Einnahmen 26 010 M., Ausgaben 1 345 683 M.) in kurzer Zeit seine Erledigung gefunden hatte, brachte das höhere Schulwesen keine Auseinandersetzungen. Den einzelnen Etats wurde jedoch mit belanglosen Änderungen zugestimmt.

Eine Petition des Männer-Turnvereins um unentgeltliche Ueberlassung der Turnhallen für die Lehrlingsabteilungen wird dem Magistrat zur Berücksichtigung überwiesen.

Die dem Magistrat überwiesene Petition, im Berliner Ortsteil ein zweites Standesamt zu errichten, ist von demselben abgelehnt worden in Anbetracht der erheblichen Kosten und mit Rücksicht darauf, daß jetzt dem Standesamt zwei weitere Räume zur Verfügung gestellt sind. Die Versammlung nimmt hieron Kenntnis.

Dem von der sozialdemokratischen Fraktion vor einiger Zeit gestellten und von der Stadtvorordnetenversammlung angenommenen Antrage, für die städtischen Arbeiter heizbare Unterkunftsstellen zu schaffen, ist der Magistrat bereitgetreten und unterbreitet der Versammlung eine diesbezügliche Vorlage, nach welcher 5 Unterkunftsstellen vorgesehen sind, davon 2 in Schulhäusern, 2 in den Feuerwachen und 1 im neu zu erbauenden Rathaus. Die Versammlung erklärt sich damit einverstanden, nur wird von sozialdemokratischer Seite gewünscht, daß die Angelegenheit etwas beschleunigt wird und späterhin auch noch weitere Unterkunftsstellen geschaffen werden.

Angenommen wird nach kurzer Debatte ein Antrag der liberalen Fraktion, den Magistrat zu ersuchen, von jetzt ab sämtliche neuanzubringenden Straßennennungen- und Nummernhinweisschilder an den Ecksteinen der Straßeneckungen anzubringen und nach und nach auch alle alten Straßenschilder in dieser Weise zu ändern.

Eine große Debatte brachte dann noch der Antrag der „Unabhängigen Vereinigung“: „Die öffentlichen Sitzungen der Stadtvorordnetenversammlung in der Regel um 10 Uhr abends zu schließen und die bis dahin nicht erledigten Punkte zu vertagen“. In der Begründung des Antrages wurde es beklagt, daß sich die Schöneberger Stadtvorordnetenversammlungen, die doch allwöchentlich stattfinden, oftmals bis nach Mitternacht ausdehnen. Was in Berlin, Charlottenburg und Rixdorf möglich sei, müsse auch in Schöneberg durchzuführen sein. Besondere Vorwürfe werden der liberalen Fraktion gemacht, deren Mitglieder die längsten Reden halten. Es wurde nachgewiesen, daß zu einer Angelegenheit in diesem Jahre 25 Redner das Wort ergriffen, von denen 17 der liberalen Fraktion angehörten. — Von der liberalen Fraktion wurde der Antrag besänftigt, weil er einer Beschränkung der Rededauer gleichkomme. Die Abstimmung ergab die Annahme des Antrages, worauf die übrigen Punkte der Tagesordnung verlagert wurden.

In die Schuldeputation wählte die Versammlung 5 Stadtvorordnete, darunter auch unseren Genossen Koffenbuhr.

Die Wahl von drei unbesetzten Stadträten wurde in der Stadtvorordnetenversammlung vorgenommen. Gewählt wurden die Stadtvorordneten Kay (Lib. Frakt.) und Schüler (Unabh. Vereinig.) und der Geh. Regierungsrat Harder mit einer ganz geringen Majorität. Die Kandidaten der beiden rechtsstehenden Fraktionen sind, trotzdem sie über die Mehrheit in der Stadtvorordnetenversammlung verfügen, unterlegen, da einige Mitglieder dieser Fraktionen mit der liberalen Fraktion ein gemeinsames Vorgehen beschlossen hatten. Das Interessanteste dabei ist, daß die Unabhängigen Vereinigung ihrem Mitgliede und Führer, dem Stadtvorordneten Schüler, die Unterstützung versagte. — Der Schöneberger Block in der Stadtvorordnetenversammlung scheint also zu bröckeln.

Eine Kollisionsaktion, die ihrer gar wunderbaren Begleiterscheinungen wegen verdient, bekannt zu werden, richtete sich gegen den am Orte bekannten zweiten Vorsitzenden des Wahlvereins, Genossen Reichfeld. Derselbe wurde am Sonntag, den 16. Februar d. J., als er nachabend und seelenvergnügt in der Hohenfriedbergstraße promenierte, um einen Genossen zu treffen, kurzerhand von einem Hüter des Gesetzes auf die Polizeiwache gebracht. Jetzt hat den Bescheid die gerechte Strafe erteilt — in Gestalt von zwei Strafmandaten in Höhe von je 6 M. Und warum das? Der Polizeileutnant Hellriegel und der Schankwirt Wötner wollen durch ihr Zeugnis beweisen, daß unser Genosse entgegen dem Interesse der öffentlichen Ordnung (1) der an ihn ergangenen Aufforderung, sich nicht weiter vor dem von der sozialdemokratischen Partei dominierten Lokal (2) von Wötner als Beobachtungsposten aufzuhalten, keine Folge geleistet habe.

Der schredlichen Geschichte liegt folgendes zugrunde: Im Lokal des Schankwirts Wötner, welches fast von Soldaten frequentiert wurde, hielt vor einiger Zeit ein Wahlvereinsbezirk seine Jahlabende ab, bis über das Lokal seitens der Militärbehörde, die davon erfuhr, der Militärkonkordat verhängt wurde. Jetzt, da auf ziemlich rücksichtslos Aufforderung des Schankwirts unsere Genossen ihren Jahlabend in ein anderes Lokal verlegt haben, ist dieser Militärkonkordat wieder aufgehoben! — Die polizeiliche Verfügung spricht demgegenüber gelassen von einem von der sozialdemokratischen Partei verhängten Konkordat! Mit größtem Vergnügen sehen wir dem Besende dieser Behauptung entgegen. Gleichfalls ist Genosse Reichfeld neugierig, wie man ihm beweisen will, daß er zur fraglichen Zeit gleichzeitig an zwei Stellen sich aufgehalten hat! — Auf die weitere Entwicklung der Angelegenheit kann man neugierig sein. Vorläufig zeigt die Sistierung unseres Genossen durch den Schankwirt, daß auf Aufforderung des Schankwirts bereitwillig eintritt, daß man nicht immer ungekräft auf der Straße promenierte darf, wenn das Auge eines Schankwirts wacht! — auch nicht in Schöneberg! —

Die Wahlvereinsversammlung ehrte zunächst das Andenken der verstorbenen Mitglieder Gothe und Suhr, ebenso der Genossen Koff und Meiß durch Erheben von den Plätzen. — Alsdann referierte Genosse Parteisekretär Hermann Müller über: „Der Wählerversuch der Sozialpolitik“. In seiner mit reichem Material ausgestatteten Rede legte derselbe dar, wie wenig die Arbeiterklasse sowohl von der Wilhelmsregierung als auch von der Tätigkeit der Wählerversammlungen auf sozialpolitischem Gebiete zu erwarten hat. Nach wie vor sieht der sozialpolitische Kruke unter dem unheilvollen Einfluß der großindustriellen Scharmacher, gegen deren Interessen weder Regierung noch bürgerliche Parteien irgend etwas zu unternehmen wagen. Den weiteren Teil seiner Ausführungen widmete Redner der eingehenden Besprechung der dem Reichstage vorliegenden Vorlagen sowie derjenigen Gesetze auf sozialpolitischem

Gebiete, welche einer schleunigen Verbesserung dringend bedürfen. Der interessante Vortrag wurde beifällig aufgenommen. — In der Diskussion sprach nur Genosse Bernstein, der die Ausführungen des Referenten noch in einigen Punkten wirksam unterlegte. Von der letzten Kreisgeneralversammlung berichtete hierauf Genosse Reichfeld; eine Diskussion über den Bericht fand nicht statt.

In die Schlichtungskommission wählte die Versammlung die Genossen Hermann, Bröder, Gebriel, Engelke, Berlin, O. Reiche, Gloschütz, Dräger, A. Bauer, Alie, Tag. Zur Generalversammlung von Groß-Berlin wurden delegiert die Genossen Kiejan, Damm, Butta, Preuß, Jänide, Herter, Burghardt, Stengel, A. Bauer, Rosenow, Tag. — Es folgten einige geschäftliche Mitteilungen. Der Vorschlag des Vorstandes, von der Veranstaltung eines Pfingstfrühlonzerts Abstand zu nehmen, wurde ohne Widerspruch gutgeheißen. —

Rixdorf.

Ihrer Tochter in den Tod folgte die Lehrerin Frau Mannstein, Bismarckstr. 43 wohnhaft, indem sie sich am Dienstag in der Wohnung einer Hausgenossin mit Leuchtgas vergiftete. Sie war seinerzeit berichtet, verschwand die 13jährige Tochter Friederike des Lehrers Mannstein aus dem Hause ihrer Eltern. Alle Nachforschungen blieben ergebnislos. Vor einigen Tagen wurde nun das Mädchen als Leiche aus dem Urbanhafen gelandet. Ueber die Ursache des Selbstmordes wird berichtet: Die Lehrerin der Friederike Mannstein verließ einige Tage vor dem 9. Januar die Schule, um sich zu verheiraten. Diese Lehrerin habe sich bei ihren Schillerinnen einer großen Verehrung erfreut. Unmittelbar nach dem Verlassen der Schule habe sich das Mädchen aus Gram über das Scheiden ihrer Lehrerin mit Selbstmordgedanken getragen. Diesen Plan hat sie denn auch ausgeführt, indem sie sich ertränkte.

Die Mutter des Mädchens glaubte den Verlust ihrer Tochter nicht ertragen zu können, weshalb sie sich mit Gas vergiftete.

Lichtenberg.

Eine lebhafte Stadtvorordnetenversammlung, die von 5 Uhr bis 10 Uhr dauerte, fand am Dienstag hier statt. Eine Interpellation betreffend Einspruch gegen die Errichtung einer Talgschmelze gab der bürgerlichen Mehrheit willkommenen Gelegenheit zu recht eingehender Debatte. Der Bürgermeister erklärte gegen die Konfessionierung der Talgschmelze Rekurs zu erheben, wodurch ja wohl das befürchtete Sinken der Grundstückspreise verhindert werden soll. Die formale Veränderung der Umsatzsteuerordnung mit der Bestimmung, den bisher an den Kreis Niederbarnim gezahlten Teil der Steuer für die Stadt weiter zu erheben, um einen Ausschlag zu vermeiden, dem unsere Genossen Brühl, Düwelle und Spiekermann angefochten. — Die Erhöhung der Hundesteuer auf 20 M. wurde beschlossen mit der Maßgabe, daß der Haushaltungsvorstand für die Steuern seiner Angehörigen haftet. — Des weiteren wurde dem Antrag betreffs Ausschreibung der Stadt Lichtenberg am 1. April 1908 aus dem Kreise zugestimmt. — Zum Vorsitzenden des Kaufmannsgerichts wurde Bürgermeister Zietzen gewählt. — In den Petitionsausschuss wurden die Genossen Grauer, Seitel, in den Rechnungsausschuss die Genossen Düwelle, Effenstadt und Spiekermann, und in den Ausschuss zur Prüfung der Stadtvorordnetenwahlen die Genossen Seitel und Kerfscher gewählt. — Bei den Wahlen zur Schulkommission wurde gewünscht, mehr Stadtvorordnete und Fachleute als Magistratsmitglieder zu wählen. Es wurde beschlossen, 4 Magistratsmitglieder, 5 Stadtvorordnete, 5 Fachleute, unter denen mindestens 1 Lehrer, 1 Lehrerin und 1 Rektor sein muß, zu wählen. — Die zahlreichen Besucher der Tribüne kamen bei der Verhandlung des Antrages unserer Genossen auf Einführung der Wertzuwachssteuer wie insbesondere bei Behandlung der Anträge betreffs Ausführung von Rotstandsarbeiten auf ihre Kosten. Die neugeborenen Stadtväter haben den „guten Ruf“ der alten Gemeindevorstellung, von sozialem Verständnis recht wenig angegränzt zu sein, gewählt. Genosse Düwelle legte in seiner Begründung zur Einführung der Wertzuwachssteuer dar, daß mehr oder weniger alle Gemeinden mit industrieller Entwicklung unter einer starken Finanznot zu leiden haben. Die notwendigen Bedürfnisse wie Straßenebauten, öffentliche Anlagen, Schulen usw. steigern außerordentlich die Ausgaben. Die Vorteile aber aus all diesen Einrichtungen fließen den Terrainbesitzern in Form der Wertsteigerung der Grundstücke zu. Die entstehenden Kosten lediglich durch hohe Zuschläge zur Einkommensteuer zu decken, geht nicht an. Wie enorm die Wertsteigerungen seien, zeigte Redner an zahlreichen Beispielen. Die Steuer selbst sei absolut keine sozialdemokratische, deshalb sei es auch unnötig, wenn man glaubt, durch Annahme oder Ablehnung die Sozialdemokraten zu treffen. Die Wertzuwachssteuer sei von allen Steuern die gerechteste, denn sie lasse sich nicht so auf die Mieter abwälzen, wie es bei der Grundsteuer der Fall ist. Wollte man nicht die Schuldenwirtschaft in der Gemeinde noch vergrößern, so müsse diese Steuer unbedingt kommen. Die Gemeindegemeinschaft verführe über 887 Hektar unbebaute Grundfläche, 600 Hektar unbebaute Grundstücke, davon 350 Hektar im Besitz von Terrainsgesellschaften, die durch ihre Spekulation den Grund und Boden uns verteuern, damit aber auch die Wohnungen. Schon aus moralischen Gründen müsse die Stadtvorordnetenversammlung diese Steuer beschließen. Seitens des Stadtvorordneten Schachtel, Konditus von Terrainsgesellschaften, wurde ein Antrag auf Uebertragung zur Tagesordnung gestellt, der mit 24 Stimmen abgelehnt wurde. Ein Antrag unseres Genossen Spiekermann, die Interessenten von Spekulationsgeschäften und Besitzer großer Terrains laut § 44 der Städteordnung von den Verhandlungen aus Interessierte auszuschließen, wurde gegen die Stimmen unserer Genossen abgelehnt. Nachdem von den Bürgerlichen noch die Stadtvorordneten Hirsch für unseren Antrag, Kost, Kielblot für Ablehnung gesprochen, wurde in namentlicher Abstimmung mit 23 gegen 22 Stimmen beschlossen, den Magistrat zu ersuchen, eine Vorlage auszuarbeiten. Für den Antrag stimmten außer unseren Genossen folgende Bürgerliche: Dr. Wolfsofer, Bröder, Dornbusch, Franke, Kreusch, Hirsch, Hirtshulz, Demont, Lindner, Präfer.

Die Arbeitslosenfrage gab den bürgerlichen Herren Gelegenheit, sich wieder vereint zusammenzufinden. Die Begründung des Antrages durch Genossen Düwelle, der an der Hand der amtlichen Zahlen des Reichsarbeitsblattes nachwies, daß die Arbeitslosigkeit noch größer geworden ist, indem die Zahl der Krankenversicherungspflichtigen um 7800 gegen den Dezember gefallen sei; außerdem sei auch die Beschäftigung weiblicher Personen zurückgegangen. Das Gerede unserer Gegner, die Arbeitslosigkeit wäre durch Streiks und Arbeitseinstellungen herbeigeführt, einer Meinung, der auch in der Rixdorfer Stadtvorordnetenversammlung durch Aufruf Ausdruck gegeben wurde, führte Redner auf das mangelnde Verständnis für diese Materie zurück. Die Fählung der Lichtenberger Genossen habe 1371 Arbeitslose mit 1389 Kindern, 559 mit beschränkter Arbeitszeit und 658 Kindern ergeben. Unter den gezählten Arbeitslosen sind 600 als Arbeiter bezeichneter, sonst aber alle Berufslose. Auch aus hygienischen Gründen ergebe sich die Notwendigkeit der Ausführung von Rotstandsarbeiten, um die Gemeindegemeinschaften nicht der Armenpflege zur Last fallen zu lassen oder vollständig zu degenerieren. Arbeitslosigkeit sei, wenn der gute Wille zur Schaffung vorhanden, in genügender Weise da. Bürgermeister Zietzen erklärte, es sei nicht möglich, Arbeiten größeren Stils vorzunehmen. Auf den Einwurf, durch Verfürgung der Arbeitszeit der städtischen Arbeiter Arbeitslosigkeit zu schaffen, ging er nicht ein. Die beantragte Aufforderung an die Arbeitslosen, sich auf dem Rathaus zu melden, kam den Herren spanisch vor. Stadtvorordneter Weidner sprach sich platonisch für unseren Antrag aus, während sich der Stadtvorordnete Hirsch gegen denselben wandte und es für vernünftiger hielt, den Antrag zurückzugeben, weil er zwecklos sei. Mit wenigen Ausnahmen stimmten die Bürgerlichen für Uebergang zur Tagesordnung auf Antrag Schachtel, womit unser Antrag abgelehnt war. Die Mehrzahl der barmherzigen Herren hielt es nicht für notwendig, sich wegen solcher Lappalie in geistige Anstrengungen zu stürzen.

Einer Stadtvertretung, die vom Standpunkte der Haus- und Grundbesitzer als ideal bezeichnet werden muß, erfreut sich die jüngste Stadt Preußens. Da es die Städteordnung vorschreibt, muß natürlich auch die Sozialdemokratie Hausbesitzer wählen. Selbstverständlich sind das solche, bei denen das Eigeninteresse hinter das sozialistischen Grundgedanken zurücktritt. Unsere Genossen Hausbesitzer teilen unbedenklich für Forderungen ein, die ihrem persönlichen Interesse widersprechen. Nur das Allgemeininteresse ist bestimmend. Bei den bürgerlichen Vertretern kann man das naturgemäß nicht voraussetzen. Wenn bei ihnen das Haus- und Grundbesitzerinteresse nicht das Bestimmende wäre, würde man auch nicht mit peinlicher Sorgfalt Nichtbesitzer als Kandidaten ausschalten. Von den 33 Vertretern der Bürgerlichen sind sage und schreibe fünf fünf Nichtbesitzer. Und das hiesige Grundbesitzerblatt glaubt, bei Gelegenheit der Stadterordnetenversammlung, diese Tatsache sogar als Beweis dafür anführen zu können, daß das Interesse der Nichtbesitzer und der Allgemeinheit genügend berücksichtigt sei. Rechnet man den 15 Sozialdemokraten die fünf bürgerlichen Nichtbesitzer als Vertreter der Nichtbesitzerinteressen zu, dann bilden diese mit ihren 28 Mandaten immer noch eine sichere Mehrheit. Von den 28 Besitzern hat man nun allerdings acht in der Majorität gewählt; natürlich keinen einzigen Nichtbesitzer. Den Abgang im Stadterordnetenkollegium wird man aber durch „hochwertige Bürger“ ersetzen. Dann haben die Interessenten sowohl im Magistrat als auch im Kollegium eine sichere Mehrheit. Dazu ist einer der Hauptgrundbesitzerpräsidenten — Stadterordnetenvorsitzer, und ein anderer von derselben Junge wird ihn wohl bald ablösen, damit jener seinen Einfluß als Bankdirektor im Kollegium ausüben kann. Für die Existenz dieses Stadtparlamentes sprechen auch noch andere Umstände: Kurz nach der Stadtverordnungsversammlung bemerkte der Führer der Bürgerlichen im vertrauten Kreise: Die Stadtverordnungsversammlung ist für uns von Vorteil. Wir werden es in Zukunft nicht mehr erleben, daß der Gemeindevorstand mit den Sozialdemokraten gegen uns stimmt! (Das ist zum Leidwesen der Herren mehrfach in sozialpolitischen Fragen geschehen.) Und als in der vorletzten Stadterordnetenversammlung die Herren 1. Bürgermeister Jäkel, 2. Bürgermeister Dr. Unger und Baurat Knipping einstimmig für ihre Komitè wiedergewählt worden waren, da hielt der vorerwähnte Herr mit tränenreicher Stimme eine Rede, in der er tiefgefühlte Freude bekundete über das Vertrauensvotum, das den Herren mit der einstimmigen Wahl ausgeteilt worden sei. Zwei anderen Stadtvätern wurde kürzlich im — Grundbesitzerverein der Vorwurf gemacht, sie verteten als Stadterordnete ihre persönlichen Interessen. Die Herren verbünden nämlich den Ausbau einer Straße, indem sie die Lieberlassung der entsprechenden Fläche zu diesem Zwecke verweigern. Dadurch fühlen sich alle Anlieger in ihren Interessen geschädigt. Das erklärt den Protest gegen die Eigenmächtigkeit der Stadtväter, die sie selbst sich aufgebunden haben. Natürlich reden die Herren sehr viel von Gemeindefürsorge. Was sie darunter verstehen, läßt folgende Tatsache erkennen. Die Hauptgruppe wohnt in den Stadtteilen vor der Ringbahn. Und nun sehen die Herren alle Hebel in Bewegung, diesen Teil von Lichtenberg abzutrennen und nach Berlin einzugemeinden. Die Grundstücke der Interessenten würden durch Verwirklichung des Planes im Preise steigen, aber der andere Teil hätte erhöhte Steuern aufzubringen. Bei der demnächst stattfindenden Erwählung wird man wohl nur solche Kandidaten aufstellen, die den Eingemeindungsplänen freundlich gegenübersehen.

Eine Sanitätswache hat nunmehr auch Lichtenberg. Am Montag fand die Inbetriebnahme statt. Bei dem offiziellen Akt wurden alle, die irgendwie für die Einrichtung tätig waren, amtlich belobigt. Schön! Am meisten freut uns aber, daß man vorsorglich vermindert, darauf hinzuweisen, welchen Umständen die Stadt die Einrichtung verdankt und von welcher Seite die Anregung ausgegangen ist. Diese Seite darf man amtlich nicht als Förderer kommunaler und allgemeiner Interessen anerkennen, es ist ja die — Sozialdemokratie.

Weihensee.

Die Gemeindevertretung wählte in ihrer letzten Sitzung zunächst an Stelle des früheren Schulvorstandes die nach dem in Kraft tretenden Schulunterhaltungs-gesetz erforderliche Schuldeputation. Dieselbe besteht aus drei Mitgliedern des Gemeindevorstandes, drei Mitgliedern der Gemeindevertretung, darunter befindet sich auch Genosse **Laubmann**, und drei im Volksschulwesen kundigen Männern. In der Sitzung des Wahlausschusses wollte man anfangs unseren Genossen **Laubmann** nicht aufstellen, da man der Ansicht war, daß derselbe nicht befähigt wird. Nach längerer Aussprache hatte man erkannt, daß ein Vertreter derjenigen Schicht der Bevölkerung, welche die Besucher der Volksschule stellen, in der Schuldeputation Sitz und Stimme haben muß. Dieser Beschluß ist zugleich ein Protest gegen die Regierungskreise, die Sozialdemokraten in leider noch beständigspflichtigen Komitèen nicht dulden wollen. — Es wurde dann ferner beschlossen, ein Säuglingskrankenhaus zu bauen. Hierzu soll der Kreis die Hälfte der Baukosten tragen und für jedes Bett einen Zuschuß von jährlich 200 M. leisten. Das Krankenhaus soll mit 40 Betten und einem Infektionskabinett mit 10 Betten versehen werden. Anschließend hieran soll ein Muster-Ruhstall errichtet werden und die gewonnenen Milch an Dritte abgegeben werden. Das ganze Projekt mit Einrichtung soll 293 000 M. Kosten verursachen und auf Gemeindefeldern erbaut werden. Diese Vorlage fand wunderbare Weise bei allen Herren Anklang bis auf Herrn **Leicher**, der gar nicht begreifen konnte, wie man auf eine Idee komme, die von anderen Gemeinden als Lügze angesehen werde, denn sonst hätten doch andere Gemeinden auch schon Säuglingskrankenhaus. In Afrika und anderen wilden Ländern könne man doch so etwas gar nicht und doch ist dort ein kräftiger Menschenschlag vorhanden. Nach einiger Belehrung blieb er dann mit seiner Meinung allein. — Der Fabrikbesitzer **Ruthenberg** hatte der Gemeinde seinerzeit angeboten, ein Wasserwerk für den Preis von 150 000 M. zu erbauen, wovon er nach einem patentierten Verfahren von ihm ein einwandfreies Wasser für den ganzen Ort liefern. Da der Lieferungsvertrag mit Berlin im Jahre 1923 ablief und der alte Ortsteil kanalisiert und mit Wasser versorgt werden soll, so wurde Herr **Ruthenberg** und noch eine andere Firma beauftragt, ein Projekt einzureichen. — Die Weiterführung des hängenden Glühlichts in der König-Heuflasse bis zur Linden-Allee wurde beschlossen. — Aus Anlaß des allgemeinen Mangels von Lehrerinneneminaren, wurde beschlossen, ein solches Institut vom 1. April 1908 ab zu eröffnen, wenn sich bis dahin zwanzig Schülerinnen melden sollten. Das Schulgeld soll jährlich 120 M. betragen.

Wassermangel herrschte am Dienstag in unserem Orte. In dem hiesigen Ortsblatte wurde durch einen einzigen Hinweis bekanntgegeben, daß wegen einer Reparatur am Hauptrohr in der Nacht vom Montag zum Dienstag, in der Zeit von 10—3 Uhr die Wasserleitung gesperrt sei. Durch irgendwelche Umstände dauerte die Reparatur aber bis gegen Mittag und so kam es, daß der größte Teil der Arbeiterschaft auf den Morgenlaffe sowohl, als auf eine Reinigung verzichten mußte. Solche Unterbrechungen in der Wasserlieferung mühten doch von der Gemeinde frühzeitig bekannt gemacht werden und zwar nicht nur in der „Waldener Zeitung“, die der größte Teil der Einwohnerschaft nicht zu Gesicht bekommt, sondern durch Ankündigung an den Säulen und durch Nachricht an die gelestenen Zettungen. Es sei schon jetzt darauf hingewiesen, daß nach einer Nachricht aus dem Voramt in allerzürstester Zeit jedenfalls die Sperrung des Wassers wiederholt wird. Daher würden unsere Leser gut tun, sich bis auf weiteres mit Wasser zu versehen; dies umso mehr, als nicht zu erwarten ist, daß die Einsicht der Gemeindevorwaltung so weit geht, durch eine Postkarte vielleicht, die Redaktionen der gelestenen Blätter von solchen eintretenden Katastrophen zu benachrichtigen.

Grünau.

Mit der geplanten elektrischen Straßenbahn zwischen Köpenick und Grünau beschäftigte sich eine vom hiesigen Grundbesitzerverein

einberufenen öffentliche Versammlung, zu der auch die umliegenden Orte eingeladen waren. Es schweben zurzeit zwei Projekte: das eine sieht eine Verbindung aller größeren Orte untereinander sowie des Ostens mit dem Westen unseres Kreises vor. Es ist vom früheren Landrat v. Stubenrauch ausgearbeitet und sollte analog des Leitungsplans auf Kosten des Kreises gebaut werden, natürlich unter Hinzuziehung der anliegenden Orte. Das zweite Projekt will eine Verbindung des Bahnhofs Köpenick mit Bahnhöfen Grünau. Stadtrat **Henschel-Köpenick** zeigte in längeren Ausführungen die großen finanziellen Vorteile des zweiten Projektes für Grünau, fernermal den Ausbau der Kreisbahn nach Lage der Dinge vorläufig keine Aussicht auf Verwirklichung habe. Von fast allen Diskussionsrednern wurden auch die Vorteile anerkannt. Von unserer Seite erklärte Genosse **Blumne**, daß die Arbeiterschaft zur Mitarbeit an den kulturellen Aufgaben in unserer Gemeinde, als da sind bessere Verkehrsverbindungen, Anlage von Freibädern usw. stets bereit sein werde. Eine Anfrage des Genossen **Rignier**, ob auch andere örtliche Fragen zur Sprache kommen würden, wurde vom Vorsitzenden verneint, jedoch verprochen, falls von unserer Seite eine entsprechende Versammlung einberufen würde, gerne Rede und Antwort zu stehen. Genosse **Rignier** nahm die Herren sofort beim Wort und wies auf unsere demnächst stattfindende Versammlung hin. Es wurde sodann eine Resolution angenommen, welche sich für den Ausbau der Strecke vom Bahnhof Köpenick nach Bahnhöfen Grünau erklärt und die baldige Genehmigung hierzu fordert.

Alt-Glienide.

Der diesjährige Etat beansprucht gegenüber dem vorjährigen ein Mehr von 82 000 M. Die Gemeindevertretung beschloß, zu der Aufbringung dieser Mittel die Grundsteuer von 2 M. auf 4 M. und zu erhöhen. Der Zuschlag der Gemeindefiskussteuer bleibt unverändert. Bei der Wahl des Steueraussschusses sind unsere Genossen nicht berücksichtigt worden. Diesen Umstand hat die Arbeiterklasse dem Unternehmer **Solter** zu verdanken, der mit allen Mitteln zu verhindern suchte, daß ein Vertreter der Sozialdemokratie in diesen wichtigen Ausschuh hineingelange.

Pankow.

Die Gemeindevertretung beschloß in ihrer letzten Sitzung den Erlaß eines Statuts, betreffend die Verlegung der Bienen und Wägen der Lehrer und Beamten der Realgymnasien und der Oberrealschule nach den festgelegten Sähen. Für die Einführung des unbeschränkten Fernsprechnachdienstes ist die Gemeinde mit der Oberpostdirektion in Verbindung getreten. Letztere verlangte zunächst eine Garantiesumme von 1500 Mark, nachträglich aber erhöhte die Postdirektion die Forderung auf 2500 M. Die Vertretung lehnte die Genehmigung dieser Summe ab. Wir leben im Zeichen des Fortschritts. Dem Projekt der Erbauung von zwei 28klassigen Gemeindefschulen, einer höheren Mädchenschule, einer Doppel-Turnhalle sowie der Erbauung einer Volksbadanstalt im Zusammenhang mit der Gemeindefiskusbibliothek auf dem zu diesem Zwecke bereits angekauften Terrain in der Görtschstraße wurde näher getreten und entfiel eine Beschlusse, an welcher fast die gesamte Gemeindevertretung teilnahm. Die Kosten für das aufgestellte Projekt sollen 1 900 000 M. betragen. Für die Vorarbeiten, die Anfertigung von Plänen, wurden 9000 M. bewilligt. Ein Preisausgeschrieben für obige Projekte zu veranstalten, wurde abgelehnt.

Für die jährliche Pflege der Schulstufen wurden ganze 600 M. in den Etat eingelegt, trotzdem ist zu begründen, daß endlich einmal der Anfang auch auf diesem Gebiete der Gesundheitspflege gemacht worden ist. — Da in der letzten Sitzung die Reufassung von drei Polizeiergeantstellen abgelehnt worden ist, so sollen die Nachwächterstellen um drei vermehrt werden. Die Vertretung erklärte sich für die Aufstellung der Nachwächter. Der Gastwirtverein ersuchte um Aufhebung der Biersteuer, welche der Gemeinde zurzeit 25 000 M. einbringt; die Vertretung lehnte den Antrag gegen die Stimmen unserer Genossen und zweier bürgerlicher Vertreter ab. Dasselbe Schicksal erfuhr ein durch den Vorsitzenden des Gastwirtsverbandes, Gemeindevorteiter **Ringel**, gestellter Antrag auf Aufhebung der Betriebssteuer. — Der Bahnhof der Reinstendort-Liebenwalder Bahn in Niblenbeck soll umgebaut und das dazu gehörige Terrain mit 9000 M. für den Vorzug an die Gesellschaft verkauft werden. — Der Verein **Pankow-Nieder-Schönbaun** ersuchte um Erhöhung der Remuneration für die Armenärzte, welche zurzeit 1500 M. beträgt und die an die Ärzte des Ortes für ihre Konsultation verteilt werden. Nach angestellten Berechnungen erhalten die Ärzte für den sogenannten Monatslohn 1 37 M., wofür sie den „Armen“-Kranken behandeln und auch eventuell bei Entbindungen Hilfe leisten müssen. Die Vertretung erhöhte die Remuneration auf 2000 M., wobei ausgeprochen wurde, daß das Bewußtsein, Nächstenliebe geübt und barmherzig gewesen zu sein, über die Höhe des Honorars hinweg hilft.

Versammlungen.

Der Verband der Maler, Lackierer und Anstreicher hielt am Donnerstag eine Generalversammlung der Filiale Berlin ab. Es lag der Jahresbericht für 1907 vor, dem wir folgendes entnehmen: Eigene Lohnkämpfe hatte die Filiale Berlin nicht durchzuführen, dagegen war sie mit einer Anzahl von Mitgliedern an den Kämpfen anderer Vereine beteiligt. So zog der Kampf in der Holzindustrie die Maler der Kleingewerbebranche in Mitleidenschaft. An der Lohnbewegung der Brauereihandwerker waren ebenfalls eine Anzahl Maler und Anstreicher beteiligt. Ihre Forderungen wurden beim Abschluß des allgemeinen Tarifs der Brauereihandwerker nicht in befriedigender Weise erfüllt und ihre Durchsetzung auf eine spätere Zeit verschoben. — Im Laufe des Jahres fanden zwei Wahlenkontrollen statt, eine im Herbst, die andere im Herbst. In beiden Fällen wurden zahlreiche Verstöße gegen die Bundesratsverordnung über die Verwendung von Bleifarben festgestellt. Die Verordnung lautet: „Allen Arbeitern, die mit Maler-, Anstreicher-, Lacker-, Weichbinder- oder Lackierarbeiten beschäftigt werden, bei denen sie Bleifarben oder deren Gemische verwenden, müssen Waschgeschäfte und Urstellen zum Reinigen der Hände und Füße, Seife und Handtücher zur Verfügung gestellt werden.“ — Viele Arbeitgeber suchen die ihnen durch die Verordnung auferlegte Verpflichtung dadurch zu umgehen, daß sie für die Lieferung eines Handtuches ein Pfand von 1 M. oder 1,50 M. vom Arbeiter verlangen und, wenn das Pfand nicht geleistet wird, sich der Pflicht zur Lieferung von Handtüchern entbinden glauben. So Handtücher geliefert werden, verlangen manche Arbeitgeber die Reinigung derselben vom Arbeiter. Wieder andere Arbeitgeber glauben die Pflicht, Handtücher zu liefern, dadurch abzuweichen, daß sie dem Arbeiter wöchentlich 5, auch 10 Pf. zahlen. — Die Verbandleitung hat sich in dieser Angelegenheit an die Gewerbeinspektion gewandt und daraufhin den Bescheid erhalten, daß die Arbeitgeber in allen angeführten Fällen unredmählich handeln, und daß jedem Arbeiter, auch ohne sein Verlangen und ohne Bedingung ein Handtuch zu liefern ist.

Im Laufe des Jahres wurden abgehalten 14 Versammlungen, 18 Bezirksleiter-, 18 Vorstandssitzungen, 104 Werkstattsitzungen. Durch den Arbeitsnachweis wurden 8001 Stellen besetzt gegen 7408 im Vorjahre. Auf 100 offene Stellen kamen Bewerber:

Monat	1908	1907
Januar	298	497
Februar	158	300
März	57	109
April	77	175
Mai	102	157
Juni	241	178
Juli	129	188
August	107	85
September	49	87
Oktober	123	60
November	308	379
Dezember	218	262

Die Zahl der Mitglieder der Filiale betrug am Anfang des Jahres 7229, am Jahresende 6131. Nach dem Beiträgen berechnet betrug die Mitgliederzahl im 1. Quartal 1908 5992, im 1. Quartal 1907 6323, im 2. Quartal 5764, im 3. Quartal 5896, im 4. Quartal 5043, im Jahresdurchschnitt 5767. — Der Kassenbericht zeigt eine Einnahme von 176 359,88 M., eine Ausgabe von 115 992,07 M., einen Bestand von 60 367,81 M. Unterstützungen wurden gezahlt: für Streiks 11 758 M., an Kranke 12 574 M., an Reisende 306 M., an Gemahregelte 1427 M., Rechtschutz 585 M., Sterbegeld 1525 M.

In der Versammlung gab der Vorsitzende **Nich** Ergänzungen zum Vorstandsbericht. Dann folgte eine Debatte, die sich auf mancherlei Einzelheiten erstreckte, ohne daß wesentliche Einwendungen gegen die Tätigkeit des Vorstandes gemacht wurden.

Die Reumahlen zum Vorstande hatten folgendes Ergebnis: 1. Schriftführer **Hörs**, 2. Schriftführer **Fr. Weise**, Beisitzer: **Klog**, **M. Stein**. Revisoren: **V. Stein**, **Hansen**.

Zentralverband der Handlungsgehülften und Gehilfen Deutschlands, Bezirk **Rixdorf**, heute (Donnerstag) abend 7,10 Uhr in den „Bürgerhäusern“, Bergstr. 147, Bezirksitzung. Vortrag: „Die Kaufmannsgerichtswahlen“.

Verband der Freireisgehülften Deutschlands, (Zweigverein Berlin) heute abend 9,1/2 Uhr, Rosenhallerstr. 11/12: Versammlung mit Vortrag.

Vermischtes.

Von der furchtbaren Lawinentastrophe im Bifenthal, die in Göttingen elf Menschenleben vernichtete und fünfzehn Personen zum Teil schwer verletzete, gibt die Schilderung eines Augenzuges, der nur durch einen Zufall dem Tode entkam, ein erschütterndes Bild: „Im großen Saal des Hotels waren um einen Tisch einige Beamte des Tunnelbaues versammelt, unter ihnen auch ein Arzt des Unternehmens, der Doktor **Vassus Emilio** mit seiner jungen Frau, der Ingenieur **Kerward** und ein junger Amerikaner, der als Vertreter einer Maschinenfabrik wegen der Auffstellung der Bohrmaschinen kurz vorher in Göttingen eingetroffen war. Einige hatten sich erhoben und sich im Nebenzimmer am Kartentisch niedergelassen. Die Mehrzahl aber hatte beschlossen, im Saal zu bleiben. Die Uhr schlug sieben. Wenige Minuten später spürte man, daß das ganze Gebäude in seinen Grundfesten erzitterte. Unwillkürlich sprang alles von den Stühlen. Der Berg an der einen Seite des Hauses schien langsam heranzukommen, wie von einer unsichtbaren Riesenhand geschoben. Dr. **Vassus** schloß seine zitternde Frau in die Arme. Mit erhobenen Armen stürzte der Ingenieur **Kerward** vorwärts, als wollte er der langsam herangeleitenden Wand Halt gebieten. Alle begriffen sofort den Ernst der Lage. Die Hotelangestellten sprangen sofort auf die Erde hinunter; dem danken sie ihre Rettung. Die gewaltige Mauer rückte zentimeterweise vorwärts. Plötzlich stürzte sie vorwärts und besiegelte das Schicksal des Hauses. Mit Wucht brach der Schnee und die Gewalt der Lawine herein. In ihrem Laufe entwidelte sie einen gewaltigen Aufbruch, deren Pressung die Mauern des Hotels eindrückte und zusammenlegte. Dann ging die Lawine über die Trümmer hin. Unter ihnen suchten 38 Menschen mit der Kraft der Verzweiflung herauszukommen, um nicht zu erstickn. Einigen gelang es, sich aus den Schneemassen herauszuarbeiten, die sich von Sekunde zu Sekunde höher aufstürzten. Die anderen fanden im Dunkel ihr Ende.“

Fünf Personen bei einem Eisenbahnzusammenstoß getötet. Aus Warschau wird gemeldet: In Suchodnow an der Weichselbahn stieß ein Personenzug mit einer Lokomotive zusammen. Fünf Personen sind tot und 30 verwundet. Beide Lokomotiven und einige Wagen wurden zertrümmert.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Lindenstraße Nr. 3, Joesen Hof, dritter Eingang, vier Treppen, am 1. Jahrszahl 1908 wochentags abends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr statt. Gedruckt 7 Uhr. Sonnabends beginnt die Sprechstunde um 8 Uhr. Jeder Anfrage ist ein Vorkauf und eine Zahl als Werkzeichen beizufügen. Briefliche Antworten wird nicht erteilt. Eilige Fragen tragen man in der Sprechstunde vor.

N. 100. 1. und 2. Ja. 3. Rein, wenigstens mehr der Umfang des Prozesses. — **Rixdorf** 27. An den Vorstand der Betriebsvereine der Stadt und Ringbahn Kempel. — **T. T. Rein**. — **R. Sa.** 25. Der dritte Osterfeiertag sei auf Dienstag, den 4. April 1908. — **M. W. 42**. Wenden Sie sich an die Betriebsleitung der Berliner Westlichen Straßenbahn, Hollmannstr. 14. — **M. 66**. Rein: Sie müssen bei dem Landgericht, welches Sie geklagt hat, Dispens unter Ueberrückung der Sterbepfunde nachsuchen. — **Dienstmädchen**. Ingesamt sechs Wochen; die drei Wochen im Haushalt rechnen mit. — **S. M. 58**. Die können ohne Anwalt auf Zahlung des Lehrgeldes klagen. Die Klage hätte aber nur dann Aussicht auf Erfolg, wenn Sie die Vereinbarung mit dem Vater getroffen haben. — **R. 602**. 1. Sie sind im Recht. 2. Rein. — **Verwaltungs** 2. 1. Es erfolgt besondere Aufforderung. 2. Ja. 3. Auf besonderen Antrag ist ein weiterer Ausschuh möglich; wahrscheinlich wird aber Erfolg erfolgen. — **M. W. 90**. Ja. — **S. 11**. Rein.

Antlicher Marktbericht der südlichen Markthallen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthallen. Markttag: Fleisch: Zufuhr schwach, Gehalt fast, Preise unbedeutend. Wild: Zufuhr knapp, Gehalt still, Preise gut. Geflügel: Zufuhr genügend, Gehalt etwas reger, Preise normal. Fisch: Zufuhr mäßig, Gehalt ruhig, Preise wenig verändert. Butter und Käse: Gehalt ruhig, Preise unbedeutend. Gemüse, Obst und Säbfrüchte: Zufuhr genügend, Gehalt fast leblos, Blumenschiff fast unverkäuflich, Preise gedrückt.

Witterungsüberblick vom 4. März 1908, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Wolken	Temperatur Grad C	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Wolken	Temperatur Grad C
Swinemünde	761	OND	3 bedekt	2	Naparranda	770	R	2 bedekt	-5
Damburg	761	D	2 Schnee	1	Betersburg	767	OSO	2 bedekt	0
Berlin	761	SW	1 Schnee	1	Stoll	756	SW	4 wolfig	4
Frankfurt a M.	761	S	1 bedekt	-0	Aberdeen	759	OSO	1 Schnee	1
München	764	SO	3 bedekt	-4	Coris	757	SO	3 bedekt	2
Wien	764	SW	1 bedekt	1					

Wetterprognose für Donnerstag, den 5. März 1908. Wolkig heiter, nachts etwas kälter, am Tage ein wenig wärmer, aber noch veränderlich mit geringen Niederschlägen und mäßigen nordöstlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten

Der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 3. 3.	seit am 2. 3.	Wasserstand	am 3. 3.	seit am 2. 3.
Memel, Tilsit	214,9	-0,8	Saale, Groditz	206	-15
Bregel, Ankerburg	237,9	+0,9	Havel, Spandau	156	-1
Wethel, Thorn	272,9	0	Rathenow	169	0
Dber., Krossen	173	-0,9	Spree, Spremberg	126	-4
„ „ „ „ „ „ „ „	257	+0,3	„ „ „ „ „ „ „ „	207	0
„ „ „ „ „ „ „ „	275	-0,7	„ „ „ „ „ „ „ „	98	-37
„ „ „ „ „ „ „ „	300	+0,2	„ „ „ „ „ „ „ „	218	-20
„ „ „ „ „ „ „ „	257	+0,8	„ „ „ „ „ „ „ „	—	—
„ „ „ „ „ „ „ „	133	+1	„ „ „ „ „ „ „ „	338	-15
„ „ „ „ „ „ „ „	72	-6	„ „ „ „ „ „ „ „	467	-5
„ „ „ „ „ „ „ „	-31	-4	„ „ „ „ „ „ „ „	140	-30
„ „ „ „ „ „ „ „	325	-24	„ „ „ „ „ „ „ „	205	-5
„ „ „ „ „ „ „ „	257	-23	„ „ „ „ „ „ „ „	249	-57

+) + bedeutet Hoch, — Fall, — ? Unterpegel. — *) Gehand. *) Gelände.

Legationsrat und Bodenspekulant.

Unter dieser Ueberschrift berichteten wir in der Nr. 42 des „Vorwärts“ über einen Prozeß, der in zehntägiger Verhandlung die Strafkammer in Köln beschäftigte und worin der dortige Architekt Ulmer zu einem halben Jahre Gefängnis und zu 3000 M. Geldstrafe verurteilt wurde, weil er sich zum Nachteil der Erben v. Carstanjen der Untreue schuldig gemacht hatte.

Die Verhandlung gegen den Redakteur nahm eine volle Woche in Anspruch. Die Verteidiger lehnten zunächst den Gerichtshof wegen Befangenheit ab, weil dieser sich schon in dem vorausgegangenen Prozeß gegen Ulmer dahin geäußert hatte, daß v. d. Groeben von den mißbräuchlichen Nachenschaften Ulmers keine Kenntnis gehabt habe; in dem Prozeß solle aber der Angeklagte beweisen, daß dies dennoch der Fall sei.

Dann brachte der Verteidiger Dr. Broil die Entziehung der Anklage zur Sprache. Auf den Strafantrag des Herrn Robert v. Carstanjen habe die Staatsanwaltschaft am 18. April 1907 das Verfahren eingestellt, weil kein öffentliches Interesse vorhanden sei, da der Verfasser nur die private Tätigkeit des Herrn v. d. Groeben einer Kritik unterzogen habe.

Staatsanwaltschaftsrat Dr. Speltz hat erwidert unter anderem, er lehne jede Erklärung darüber ab, daß das zuerst eingestellte Verfahren gegen den Redakteur Reuter später wieder eröffnet worden sei.

Der Angeklagte Reuter erklärte, daß ihn lediglich sachliche Gründe zur Veröffentlichung der Artikel bewogen hätten; er halte Ulmer für den Hauptschuldigen; in dem Artikel sei nicht Herr v. d. Groeben „schönredend“ und gefährlich gewinnfüchtige Baupekulation“ vorgeworfen.

Es sei noch erwähnt, daß vor Beginn der eigentlichen Verhandlung stundenlange Vergleichsverhandlungen stattgefunden, die, wie es heißt, „von dritter Seite“ ausgegangen sind. Die Verleser ergebnislos. Der angeklagte Redakteur erklärt, daß der Vergleichsversuch von seiner Seite nicht ausgegangen sei.

Auf Befragen des Vorsitzenden erklärt v. d. Groeben, daß er Ende 1904 die Vermögensverwaltung der v. Carstanjenschen Erben (Frau v. d. Groeben ist eine Geborene v. Carstanjen) übernommen habe. Das Bureau der Verwaltung sei in seinem Hause gewesen. Er habe zuerst versucht, alle Briefe zu öffnen und zu lesen sowie alles zu untersuchen. Der Bureauchef Heinrich, der 1905 11 000 Mark Gehalt bezog, sei die Seele des Geschäftes gewesen und habe volles Vertrauen genossen.

Zeuge Heinrich, früher Bureauchef bei der v. Carstanjenschen Verwaltung, bekundet, die Verwaltung habe nicht durch Substationen Gewinne erzielen wollen. Es sei nicht zutreffend, wenn Herr v. d. Groeben sage, man habe vor allem Grundstücke verkaufen, erst in zweiter Linie hohe Gewinne erhalten wollen; die Erreichung hoher Gewinne sei im Gegenteil der Hauptzweck gewesen. Der Verwaltung sei über das Vorgehen Ulmers alles bekannt gewesen, nur nicht, daß er sich noch Reserve von den Käufern geben ließ, worin diese sich verpflichteten, durch Ulmers Vermittlung Materialien und dergleichen zu beziehen.

Auf Befragen der Verteidigung bekundet Zeuge Heinrich weiter: Die Verwaltung arbeitete mit Baugeldzuschuß, um einen möglichst hohen Preis zu erzielen; wenn wir zu den in Köln üblichen Bedingungen verkauft hätten, würden wir dreißig Prozent weniger bekommen haben.

Der Angeklagte Reuter erklärte, daß ihn lediglich sachliche Gründe zur Veröffentlichung der Artikel bewogen hätten; er halte Ulmer für den Hauptschuldigen; in dem Artikel sei nicht Herr v. d. Groeben „schönredend“ und gefährlich gewinnfüchtige Baupekulation“ vorgeworfen. Auf die Frage des Vorsitzenden, warum denn in dem Artikel besonders hervorgehoben sei, daß Legationsrat von der Groeben Presbezernent im Reichskolonialamt sei, antwortete der Redakteur, daß er dies getan habe, damit v. d. Groeben nicht mit jemandem gleichen Namens verwechselt werde.

Ueber alles habe er Herrn v. d. Groeben Vortrag gehalten und keinen wichtigen Brief ohne ihn geschrieben.

Bei der Verlesung der Korrespondenz mit dem Kölner Vertreter Ulmer ergibt sich, daß Herr v. d. Groeben wiederholt den Ulmer beauftragt hat, schwer verkäufliche und ungünstig liegende Grundstücke an solche Unternehmer zu verkaufen, die auf Arbeiten an den Bauten rechneten, die die Carstanjensche Verwaltung in eigener Regie ausführte.

„mit der größten Energie (I) darauf zu drücken, (II) daß der Unternehmer der Verputzarbeiten das Hinterland, und der Unternehmer der Maurerarbeiten den Teil in der Melchiorstraße, von welchem Sie in Ihrem Schreiben vom 6. Juni sprechen, kaufen, da sich wohl schwerlich wieder eine so günstige Gelegenheit zum Verkauf dieser Grundstücke finden wird.“

Hochachtungsvoll von Carstanjensche Verwaltung gez. von der Groeben.

Von den vernommenen Sachverständigen äußerte sich nur Baurat Schellen günstig für die Carstanjensche Verwaltung. Er hat den Eindruck gewonnen, daß die Verwaltung und die einzelnen Personen „nicht der geringste Vorwurf“ treffe. Baurat Schellen ist der Verwalter und Verkäufer des großen eisenbahnfiskalischen Baugrundbesitzes im Norden von Köln, und er ist selbst Besitzer großer Grundstücke.

Die übrigen Sachverständigen stehen auf völlig anderem Standpunkt als Schellen: Architekt Schlapper nennt das System der Verwaltung das reine Abschlagsgeschäft, weil dort die schwachen Käufer so stark überfordert worden seien. — Baugewerkmeister Hömann nennt das Baugeldzuschußsystem, wie es die v. Carstanjensche Verwaltung pflegte, ein verderbliches System. Die Uebersforderungen beliefen sich durchschnittlich auf 25, im einzelnen bis zu 73 Proz. des Wertes.

Regierungsbaumeister Krings bezeichnet die Art der v. Carstanjenschen Grundstücksverwaltung als Ausschachtung. Die Frage, ob die Verwaltung eine schände, gefährliche und gewinnfüchtige Baupekulation auf zweifelhafter Grundlage getrieben habe, müsse er unbedingt bejahen.

Stadtbaurat Igl. Regierungsbaumeister a. D. Peiffhoben-Düsseldorf erklärt ebenfalls auf Befragen, daß er in dem Vorgehen der Carstanjenschen Verwaltung eine gefährliche und gewinnfüchtige Baupekulation auf zweifelhafter Grundlage erblicke. Das ganze Gebaren der Verwaltung bezeichnet er gewöhnliche Mann und auch alle technischen Blätter als

Es mache auf Dritte den Eindruck, als ob durch die Substation Profite erzielt werden sollten; aus den Briefen an Ulmer gehe deutlich hervor, daß v. d. Groeben um Ulmers Gebaren gewußt habe.

Nach Schluß der Beweisaufnahme beantragte der Staatsanwalt gegen den Redakteur Reuter zwei Monate Gefängnis. — Die Verteidiger legten dar, daß der Wahrheitsbeweis erbracht sei. Bezüglich der angeblichen Absicht der Substationen sei ausdrücklich nur vom Unschön geredet.

Das Gericht verurteilte Reuter nach kaum dreiviertelstündiger Beratung nachts um 12 1/2 Uhr zu 500 M. Geldstrafe, weil die behaupteten Tatsachen „nicht erweislich wahr“ seien, vielmehr sei „erwiesen“, daß die Schädigungen der Handwerker und Käufer „weder auf absichtlichen noch fahrlässigen Handeln“ der Verwaltung zurückzuführen sei. Reuter habe sich neben den sachlichen von „politischen Beweggründen leiten lassen“. Mit Rücksicht auf die schwere Beleidigung gegen einen hohen Beamten in hervorragender, exponierter Stellung habe auf eine empfindliche Geldstrafe erkannt werden müssen.

Der Angeklagte Reuter erklärte, daß ihn lediglich sachliche Gründe zur Veröffentlichung der Artikel bewogen hätten; er halte Ulmer für den Hauptschuldigen; in dem Artikel sei nicht Herr v. d. Groeben „schönredend“ und gefährlich gewinnfüchtige Baupekulation“ vorgeworfen.

Theater.

Donnerstag, 5. März. Anfang 7 1/2 Uhr. Königl. Opernhaus. Der Evangelist. Neues Königl. Opern. Urtel. Königl. Schauspielhaus. Die Journalisten. Deutsches. Was ihr wollt. Kammerstücke. Operette (Anfang 8 Uhr). Festung. Das Tal des Lebens. Korymb. Die Zauberflöte. Neues Operetten. Der Opernball. Anfang 8 Uhr. Neues Schauspielhaus. Wollenfrager. Berliner. Förster-Christl. Neues. Simson. Lustspielhaus. Panne. Schiller O. (Wagner-Theater.) Der Weg zum Herzen. Schiller Charlottenburg. Kaiser und Galliaer. Theater an der Spree. Ungültig. Komische Oper. Tiefenland. Kleines. 2 x 2 = 5. Friedrich-Wilhelmstädt. Schauspielhaus. Lokomotivführer Claussen. Hebbel. Frau Warrens Gewerbe. Bekken. Ein Walzertraum. Residenz. Bibl. Der seltsame Fall. Zentral. Ein seltsamer Fall. Zulia. Immer oben auf. Trianon. Baron Toto. Bernhard Hofe. Die Heiratssache.

Metrovop. Das muß man sich'n. Noelle. Miltzow der Moderne. Heute Guiltel. Spezialitäten. Gollod Gabrice. Jannesso dorée. Paragraf 343. Mal was andres. Gebr. Herrnsfeld. Papa und Genossen. Solomonißches Urteil. Bärgel. Schauspielhaus. Die Geher-Balla. Kasino. Die Freuden der Hauswirtschaft. Parodie. Lammhäuser. Rachtstahl. Rosenmontag. Wintergarten. Spezialitäten. Ringlamp-Konkurrenz. Vahage. Madame Hamato. Spezialitäten. Reichshallen. Stettiner Sänger. Gustav Behrens. Spezialitäten. Carl Haberland. Spezialitäten. Polles Bergere. Spezialitäten. Valach. Ringlamp-Konkurrenz. Spezialitäten. Urania. Fandenstraße 18/19. Theater 8 Uhr: Kairo und die Pyramiden. Söfcaal 8 Uhr: Prof. Dr. Rathgon: Das Eisen. Sternwarte. Invalidenstr. 57/62.

Neues Theater. Anfang 8 Uhr. Simson. Morgen und folgende Tage: Simson. Kleines Theater. Abends 8 Uhr: 2 mal 2 = 5. Morgen und folgende Tage: 2 mal 2 = 5.

Schiller-Theater. Schiller-Theater O. (Wagner-Theater). Donnerstag, abends 8 Uhr: Der Weg zum Herzen. Lustspiel in 4 Akten v. Adolff Vörroinge. Freitag, abends 8 Uhr: Der rote Leutnant. Sonnabend, abends 8 Uhr: Der Weg zum Herzen. Schiller-saal (Schiller-Theater) Charlottenburg. Freitag 9 Uhr: Vortrag von Dr. Georg Münzer: Peter Tschafkowskii. Berliner Theater. Tägl. 8 Uhr: Gollspiel Hansi Niesl: Die Förster-Christl. Theater des Westens. 8 Uhr: Ein Walzertraum. Sonntag nachm. 3 1/2 Uhr halbe Preise: Die lustige Witwe. Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus. Lokomotivführer Claussen. Anfang 8 Uhr. Freitag 8 1/2 Uhr: Hafemanns Töchter. Gollspiel in 4 Akten v. Adolff Vörroinge. Sonnabend: Lokomotivführer Claussen. Residenz-Theater. — Direktion: Richard Alexander. — 8 Uhr: „Bibl.“ 8 Uhr. Schwan! in 3 Akten von de Gersse und de Marlan. Dreißigst. Richard Alexander. Hierauf: Der seltsame Fall. Sonntag, den 8. März, 3 Uhr: Haben Sie nicht zu verkopen?

Zipkus Schumann. Heute Donnerstag, den 5. März, abends 7 1/2 Uhr: Große außerordentliche Vorstellung. Neu! Sensationell! Loja Trio! Phänom. Drabstheil-Akrobaten, des enormen Erfolges wegen prolongiert. Der tollkühne Amerikaner Resisto das elektrische Rätsel. Ferner: Riesen-Programm, endlich mit der Draht- und Maststättungs-Banlonimine AMERIKA Herrliche Licht- und Wasser-Effekte.

XIII. Saison. Zirkus Busch. Donnerstag abends 7 1/2 Uhr: Gala-Vorstellung. Bisher noch nie gezeigt! Sturz aus der Höhe v. sechs Etagen! (Non Gaddia). Neu! Neu! Neu! Jokada-Truppe! Original-Japaner. 12 Japaner. Herr Kommissionsrat Gustav Stensbock, Direktor des Berliner Latzerhalls, als Gast. Herr Ernst Schumann, Konditor. Um 10 Uhr: Auf der Kallig! Vorher: Gala-Programm. Urania. Wissenschaftliches Theater. Taubenstr. 45/49. Abends 8 Uhr. Kairo und die Pyramiden. Hörsaal 8 Uhr: Prof. Dr. Rathgon: Das Eisen.

Hebbel-Theater, Königsgrüner Str. 57/58. Abends 8 Uhr: Frau Warrens Gewerbe. Drama in vier Akten von B. Cham. Theater an der Spree. Köpenicker Straße 63. Abends 8 Uhr: Gollspiel Dr. Sborowik: Ungültig. (Das Geheimnis einer Ehe.) Täglich 8 Uhr: Ungültig.

Bernhard Rose Theater. St. Franziskanerstr. 132. Premiere. Die Heiratssache. Anfang 8 Uhr. Hochentagspreise. Freitag: Trilby. Trianon-Theater. 8 Uhr. Baron Toto. 8 Uhr. Sonntag nachm. 3 Uhr: Cyrienne.

Freie Volksbühne

Am Freitag dieser Woche

Luisen-Theater
24. (IV.) Abteilung:
Der eingebilddete Kranke.

Lortzing-Theater
22. (II.) Abteilung:
Figaros Hochzeit.

Neue Mitglieder werden in allen Zahlstellen aufgenommen.

Gastkarten a 1 Mark

in allen Zahlstellen und im Theater bei dem Obmann.

Sonntag, den 8. März, nachm. 3 Uhr:

Berliner Theater
5./6. Abteilung:
Das Wunder des heiligen Antonius.
Der Arzt seiner Ehre.

Neues Schauspielhaus
18./19. Abteilung:
Iphigenie auf Tauris.

Sonnabend, 14. März, abends 8 1/2 Uhr,
im großen Saale des Konzert-Etablissements Friedrichshain:

März-Feier

mit darauffolgendem Ball
unter Mitwirkung des Männerchors Kreuzberger Harmonie.
Festmarken a 60 Pf. in allen Zahlstellen zu haben.
240/11 **Der Vorstand.** In Vert.: G. Winkler.

Luisen-Theater.

Neubauerstr. 34.
Besetzung für Herrn Georg Bald:
Fuhrmann Henschel.
Freitag: Der eingebilddete Kranke.
Sonnabend nachm. 4 Uhr: Dämfel und Gretel. Abends: Unter Döllers.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Des Räubers Lebenswege. Abends: Zum erstenmal: Wajnschneider von Berlin.
Montag: Ein verlorener Sohn.

Metropol-Theater

Abends 8 Uhr:
Das muß man seh'n!!
Gr. Revue in 4 Akten (12 Bildern) von J. Freund. Musik von Viktor Holländer. In Szene gesetzt von Direktor Richard Schults.
Bender, Giampietro, Josephi, Thielscher, Darmand, Massary.
— Ranchen überall gestattet. —
Sonntag, 8. März, nachm. 3 Uhr:
Neuestes! Allerneuestes!

Passage-Theater.

Heute 2 Vorstellungen
Nachm. 3-7 Uhr (kleine Preise).
Abends 8-11 Uhr.
Hanako
Japans größte Tragödie mit ihrem Ensemble
und das glänzende
März-Programm.

Rixdorfer Theater

Bürgerstraße, Bergstraße Nr. 147.
Mittwoch, den 4. März: Besetzung für die Herren Grottel und Krüger:
Cornelius Voß.
Aufsp. in 4 Akten v. Franz v. Schönthan.
Anfang 8 Uhr.
Kajino-Theater.
Lottengraben 37. Täglich 8 Uhr:
Das neue glänzende Programm.
Nesemann usw.
Nur noch kurze Zeit!
Die Fremden d. Häuslichkeit.
Sonntag 4 Uhr:
Hanni weint - Hansi lacht

Stadt-Theater Moabit.

Moabit 47-49.
Donnerstag, den 5. März, 1908:
Die zärtlichen Verwandten.
Aufsp. in 3 Aufz. von R. Benedy.
Nach der Vorstellung:
Großer Ball.
Kasseneröffnung 7 Uhr. Anf. 8 Uhr.

Palast-Theater

Burgstr. 21. 36f. Vörf.
Ringkampf-Konkurrenz
Preis von Berlin:
10000 Mark.
Pohl-Ahn II, Deutschland, geg. Kouba, Schömen.
Rödl, Bayern, geg. Paxon, Amerika.
Woldt, Berlin, geg. Schmidt, Leipzig.
Raykowitz, Serbien, geg. Paganini, Italien.
Ali Ogil, Türkei, geg. Kurnatzki, Böhmen.

Deutsche Konzerthallen

An der Spandauer Brücke 3.
Täglich
Deutsch-Amerikanischer
Arbuck - Trubel.

Herren-Stoff-Reste

an Herrenanzügen vorräthig, feinste Fabrikate, Kammergarne, Genöts, neueste Muster von 4 M. an per Meter, reine Wolle. 110/3
Ludwig Engel, Prenzlauer
Straße 23, II. (Alexanderplatz.)
Spezialität: Anzug kompl. nach Maß „Napoleon“ 36,00
Ein Versuch fährt zur dauernden Kundschast!

Neu! Jeunesse dorée.

Paraph 343.
Mal was Anderes
Revue mit Gesang in 3 Akten.
W. Noacks Theater
Direktion: Rob. Dill. Brunnstr. 16.
Das Schloss am Meer.
Schauspiel in 5 Akten v. D. Walfert
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.
Sonnabend: Gr. Extrav. Vorstellung:
Robert der Teufel.
In Vorbereitung: **Verführt u. entehrt.**

Walhalla-Variété-Theater

Weinbergsweg 19/20, Rosenthaler Tor.
Abends 8 Uhr:
Das neue März-Programm.
Die heiligen Chinesen
in ihren geheimnisvollen Sitten und Gebräuchen.
Ein Tag in der Opiumhöhle.
Kofka - der Mann mit dem drehbaren Kopf - und die übrigen internationalen Künstler.
Tummel: Bockbierfest, Reg. Kapelle, Sänger, italienisches Orchester.
Theaterbesucher freier Eintritt.

Gebr. Herrfeld-Theater.

Abendtäglich
der interessante Prozeß
wie er stürmischer nie
belacht wurde:
Salomonisches Urteil.
Ein Nachspiel zu
Papa und Genossen
Beide Stücke mit den Autoren
Anton und Donat Herrfeld in
den Hauptrollen.
Sonntag 3 Uhr: **Endlich allein!**
Der Fall Damentopf.

Referentenführer.

Wir empfehlen folgende
Neuererscheinungen:
Referentenführer.
Eine Anleitung zum Erwerb der für die sozialdemokratische Agitations-
tätigkeit nötigen Wissen und Könnens. Neue Auflage.
Von Eduard David. Preis 1.50 M.

Der Klassenkampf des Proletariats.

Von Parvus.
Heft 1: Der gewerkschaftliche Kampf.
Preis 15 Pf.

Wahlrecht u. Wahlrechtsdemonstrationen

vor dem deutschen Reichstage.
Aus den Verhandlungen des deutschen Reichstags vom 22. Januar etc.
Preis 20 Pf.

Die Klassengegensätze

im Zeitalter der Französischen Revolution.
Von Karl Kautsky.
Preis 75 Pf., geb. 1.- M.

Die Philosophie Spinozas.

Von J. Stern.
Dritte, stark verbesserte Auflage.
Preis brosch. 1.50 M., geb. 2.- M.

Geschichte des Sozialismus

in Frankreich.
Von Paul Louis.
Aus dem Französischen übertragen und mit Anmerkungen versehen
von Hermann Wendel.
Preis brosch. 2.50 M., geb. 3.- M.

Expedition des „Vorwärts“, SW. 68

Studenstraße 69.

WINTERGARTEN

Genaro u. Theol, equilibrist.
Produktion. — **Der Biograph**,
der enge Schuh. — **Die vier**
Bracks, Akrobatin. — **Hania**
de Vert, Sängerin. — **De Dio**,
Phantasietänzerin. — **Truly**
Shattuck, amerikan. Sängerin.
— **Marquis Dassel**, dressierte
Pony. — **Die Tiller Girls**,
engl. Gesangs- u. Tanztruppe. —
Paul Jülich, Humorist.

Gr. Ringkampf-Konkurrenz

um die Sieges-Prämie von
10000 Mark.
Heute ringen:
LaurentleBeucairois
Weltmeister, Frankreich, gegen
Savanné, Rheinland.
Gerigkoff, Polen, gegen
Raoul de Lyon, Frankreich
Lewitt, Berlin, gegen
Bambulla, West-Indien.
Bernard, Belgien, gegen
Osk. Schneider, Sachsen.

Apollo Theater

Gastspiel
Yvette Guilbert
dazu d. Attrakt. **Paul Spadoni**
The 4 Black Diamonds
Die vier Athleten
Roll Rataaly x Hedy Stanway
Hella-Trio. **Mia Werber**.
Mitislaw der Moderne
Opérette von F. Lehár.

Passage-Panoptikum.

Deutschlands
größter
Soldat
Josef Schippers
der lange Kerl.
Kunsttänzer
Kapt. Gröbl m. s. Riesenbass.
Sicilian. Briganten-Kapelle.
Ohne Extra-Entree!
Eintr. 50 Pf. Kind. u. Sold. 25 Pf.

Reichshallen-Theater.

Stettiner Sänger.
Zum Schlag: **Neu:**
Husaren-
Streiche.
Anfang: **8**
Sonnt. 7 1/2.

Sanssouci

Kottbuser
Straße 6.
Direktion: Wilhelm Reimer.
Deute Donnerstag:
Neues **Clitesoirée** Tanz-
Prog. **Clitesoirée** Kränzh.
v. Hoffmanns Nordd. Sänger
Jubelnder Beifall!
Manöverliche. Surleste.
Revue Solree-Programm.
Beg. Sonnt. 5, wochent. 8 1/2.

Buggenhagen

Moritzplatz
im Theatersaal täglich:
Albert Böhme
und das
großartige März-Programm.
Entree 50 Pf. Vorverkauf 40 Pf.
Zum unteren Kongressaal täglich
die **allerersten Militär-**
Kapellen: Sefer, Bergmann,
Görlich, Neumann, Offener,
Vätzig.

Gustav Behrens-Theater.

Berlin W.,
Goltzstr. 9.
Gr. Damen-Ringkampf
Preisgedrönte Ringkämpferinnen.
Neu! Richter als Walgerkönig.
Loffe in 1 Akt.
16 Spezialitäten. Dußes Vitograph.
Anfang 8 Uhr. Sonntags 5 1/2 Uhr.

Happold's

Neuer Konzertsaal.
Jeden Sonntag, Dienstag und
Donnerstag:
Großes Militär-Konzert.

Passage-Panoptikum.

Deutschlands
größter
Soldat
Josef Schippers
der lange Kerl.
Kunsttänzer
Kapt. Gröbl m. s. Riesenbass.
Sicilian. Briganten-Kapelle.
Ohne Extra-Entree!
Eintr. 50 Pf. Kind. u. Sold. 25 Pf.

Reichshallen-Theater.

Stettiner Sänger.
Zum Schlag: **Neu:**
Husaren-
Streiche.
Anfang: **8**
Sonnt. 7 1/2.

Sanssouci

Kottbuser
Straße 6.
Direktion: Wilhelm Reimer.
Deute Donnerstag:
Neues **Clitesoirée** Tanz-
Prog. **Clitesoirée** Kränzh.
v. Hoffmanns Nordd. Sänger
Jubelnder Beifall!
Manöverliche. Surleste.
Revue Solree-Programm.
Beg. Sonnt. 5, wochent. 8 1/2.

Buggenhagen

Moritzplatz
im Theatersaal täglich:
Albert Böhme
und das
großartige März-Programm.
Entree 50 Pf. Vorverkauf 40 Pf.
Zum unteren Kongressaal täglich
die **allerersten Militär-**
Kapellen: Sefer, Bergmann,
Görlich, Neumann, Offener,
Vätzig.

Gustav Behrens-Theater.

Berlin W.,
Goltzstr. 9.
Gr. Damen-Ringkampf
Preisgedrönte Ringkämpferinnen.
Neu! Richter als Walgerkönig.
Loffe in 1 Akt.
16 Spezialitäten. Dußes Vitograph.
Anfang 8 Uhr. Sonntags 5 1/2 Uhr.

Happold's

Neuer Konzertsaal.
Jeden Sonntag, Dienstag und
Donnerstag:
Großes Militär-Konzert.

Passage-Panoptikum.

Deutschlands
größter
Soldat
Josef Schippers
der lange Kerl.
Kunsttänzer
Kapt. Gröbl m. s. Riesenbass.
Sicilian. Briganten-Kapelle.
Ohne Extra-Entree!
Eintr. 50 Pf. Kind. u. Sold. 25 Pf.

Reichshallen-Theater.

Stettiner Sänger.
Zum Schlag: **Neu:**
Husaren-
Streiche.
Anfang: **8**
Sonnt. 7 1/2.

Sanssouci

Kottbuser
Straße 6.
Direktion: Wilhelm Reimer.
Deute Donnerstag:
Neues **Clitesoirée** Tanz-
Prog. **Clitesoirée** Kränzh.
v. Hoffmanns Nordd. Sänger
Jubelnder Beifall!
Manöverliche. Surleste.
Revue Solree-Programm.
Beg. Sonnt. 5, wochent. 8 1/2.

Buggenhagen

Moritzplatz
im Theatersaal täglich:
Albert Böhme
und das
großartige März-Programm.
Entree 50 Pf. Vorverkauf 40 Pf.
Zum unteren Kongressaal täglich
die **allerersten Militär-**
Kapellen: Sefer, Bergmann,
Görlich, Neumann, Offener,
Vätzig.

Gustav Behrens-Theater.

Berlin W.,
Goltzstr. 9.
Gr. Damen-Ringkampf
Preisgedrönte Ringkämpferinnen.
Neu! Richter als Walgerkönig.
Loffe in 1 Akt.
16 Spezialitäten. Dußes Vitograph.
Anfang 8 Uhr. Sonntags 5 1/2 Uhr.

Happold's

Neuer Konzertsaal.
Jeden Sonntag, Dienstag und
Donnerstag:
Großes Militär-Konzert.

Nur einmal jährlich!

Zum **Inventur-**
Räumungspreis!
Eine Partie
imit. Smyrna
Teppiche

ein farbenprächtiges Gewebe

in acht orientalischen Mustern
90x165 cm M. 4,85 (Wert 6,50)
130x195 " " 8,25 " 11,50
160x230 " " 12,75 " 17,50
200x300 " " 15,00 " 24,00
250x350 " " 28,75 " 36,00
300x400 " " 39,00 " 48,00
Pass. Bett- und Pult-Teppiche
Stück 1,75, 2,25 u. 3,00 Mark.
Nach auswärtig per Nachnahme.

Teppich-Spezial-Haus

Emil Lefèvre
Berlin Süd. Seit 1882:
nur Oranienstr. 158.
Habe nirgends Filialen!
Inventur-Extraliste
billiger Sonderangebote
gratis u. franko.

Sozialdemokratischer Wahlverein

für den
6. Berliner Reichstags-Wahlkreis.
Todes-Anzeige.
Am 2. März verstarb unser
Mitglied, der Tischler
Paul Grasnick.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute
Donnerstag, den 6. März, nach-
mittags 2 1/2 Uhr, vom Trauer-
haus, Carmen-Platz-Str. 164,
aus nach dem Gethemane-Kirch-
hofe, Kordensb. Markt.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Deutscher Holzarbeiter-Verband

Zahlstelle Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Kollege, der Bergolber
Emil Kleophas
verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Donnerstag, den 6. März, nach-
mittags 2 1/2 Uhr, auf dem
Bartholomäus-Kirchhof II in
Weißensee, Falkenberg-Str. 164,
statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Die Ortsverwaltung.

Verband d. baugewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands.

Zweigverein Berlin u. Umgegend.
Bezirk Rixdorf.
Todes-Anzeige.
Am Montag, den 2. März, ver-
starb der Bauarbeiter
Adolf Kerger
im Alter von 35 Jahren an der
Gruftkrankheit.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Donnerstag, den 6. März, nach-
mittags 3 Uhr, von der Leichen-
halle des Reuen Rixdorfer Ge-
meinde-Friedhofs, Mariendorfer
Bog. aus statt.
Der Zweigvereinsvorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein

für den
6. Berliner Reichstags-Wahlkreis.
Todes-Anzeige.
Am Sonntag, den 1. März,
verstarb im Roabiter Kranken-
haus nach kurzem, schwerem Lei-
den unser Genosse, der Drucker
Ferdinand Jarnott.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Freitag, den 6. März, nach-
mittags 5 1/2 Uhr, von der Halle
des Friedenauer Gemeinde-Fried-
hofes aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein

für den
6. Berliner Reichstags-Wahlkreis.
Todes-Anzeige.
Am Sonntag, den 1. März,
verstarb im Roabiter Kranken-
haus nach kurzem, schwerem Lei-
den unser Genosse, der Drucker
Ferdinand Jarnott.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Freitag, den 6. März, nach-
mittags 5 1/2 Uhr, von der Halle
des Friedenauer Gemeinde-Fried-
hofes aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein

für den
6. Berliner Reichstags-Wahlkreis.
Todes-Anzeige.
Am Sonntag, den 1. März,
verstarb im Roabiter Kranken-
haus nach kurzem, schwerem Lei-
den unser Genosse, der Drucker
Ferdinand Jarnott.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Freitag, den 6. März, nach-
mittags 5 1/2 Uhr, von der Halle
des Friedenauer Gemeinde-Fried-
hofes aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein

für den
6. Berliner Reichstags-Wahlkreis.
Todes-Anzeige.
Am Sonntag, den 1. März,
verstarb im Roabiter Kranken-
haus nach kurzem, schwerem Lei-
den unser Genosse, der Drucker
Ferdinand Jarnott.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Freitag, den 6. März, nach-
mittags 5 1/2 Uhr, von der Halle
des Friedenauer Gemeinde-Fried-
hofes aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein

für den
6. Berliner Reichstags-Wahlkreis.
Todes-Anzeige.
Am Sonntag, den 1. März,
verstarb im Roabiter Kranken-
haus nach kurzem, schwerem Lei-
den unser Genosse, der Drucker
Ferdinand Jarnott.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Freitag, den 6. März, nach-
mittags 5 1/2 Uhr, von der Halle
des Friedenauer Gemeinde-Fried-
hofes aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein

für den
6. Berliner Reichstags-Wahlkreis.
Todes-Anzeige.
Am Sonntag, den 1. März,
verstarb im Roabiter Kranken-
haus nach kurzem, schwerem Lei-
den unser Genosse, der Drucker
Ferdinand Jarnott.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Freitag, den 6. März, nach-
mittags 5 1/2 Uhr, von der Halle
des Friedenauer Gemeinde-Fried-
hofes aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein

für den
6. Berliner Reichstags-Wahlkreis.
Todes-Anzeige.
Am Sonntag, den 1. März,
verstarb im Roabiter Kranken-
haus nach kurzem, schwerem Lei-
den unser Genosse, der Drucker
Ferdinand Jarnott.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Freitag, den 6. März, nach-
mittags 5 1/2 Uhr, von der Halle
des Friedenauer Gemeinde-Fried-
hofes aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein

für den
6. Berliner Reichstags-Wahlkreis.
Todes-Anzeige.
Am Sonntag, den 1. März,
verstarb im Roabiter Kranken-
haus nach kurzem, schwerem Lei-
den unser Genosse, der Drucker
Ferdinand Jarnott.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Freitag, den 6. März, nach-
mittags 5 1/2 Uhr, von der Halle
des Friedenauer Gemeinde-Fried-
hofes aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein

für den
6. Berliner Reichstags-Wahlkreis.
Todes-Anzeige.
Am Sonntag, den 1. März,
verstarb im Roabiter Kranken-
haus nach kurzem, schwerem Lei-
den unser Genosse, der Drucker
Ferdinand Jarnott.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Freitag, den 6. März, nach-
mittags 5 1/2 Uhr, von der Halle
des Friedenauer Gemeinde-Fried-
hofes aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein

für den
6. Berliner Reichstags-Wahlkreis.
Todes-Anzeige.
Am Sonntag, den 1. März,
verstarb im Roabiter Kranken-
haus nach kurzem, schwerem Lei-
den unser Genosse, der Drucker
Ferdinand Jarnott.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Freitag, den 6. März, nach-
mittags 5 1/2 Uhr, von der Halle
des Friedenauer Gemeinde-Fried-
hofes aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein

für den
6. Berliner Reichstags-Wahlkreis.
Todes-Anzeige.
Am Sonntag, den 1. März,
verstarb im Roabiter Kranken-
haus nach kurzem, schwerem Lei-
den unser Genosse, der Drucker
Ferdinand Jarnott.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Freitag, den 6. März, nach-
mittags 5 1/2 Uhr, von der Halle
des Friedenauer Gemeinde-Fried-
hofes aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Kein Reiben Keine Arbeit

Das
WASHENE
selbsttätige Waschmittel
Jede Wäsche in 10-15 Minuten erledigt
Garantiert unschädlich.
Preis **45** Pf.
Blondend weisse Wäsche.
Wilhelm Schüler & Co., Berlin W. 8, Charlottenstr. 56

Kein Reiben Keine Arbeit

Das
WASHENE
selbsttätige Waschmittel
Jede Wäsche in 10-15 Minuten erledigt
Garantiert unschädlich.
Preis **45** Pf.
Blondend weisse Wäsche.
Wilhelm Schüler & Co., Berlin W. 8, Charlottenstr. 56

Kein Reiben Keine Arbeit

Das
WASHENE
selbsttätige Waschmittel
Jede Wäsche in 10-15 Minuten erledigt
Garantiert unschädlich.
Preis **45** Pf.
Blondend weisse Wäsche.
Wilhelm Schüler & Co., Berlin W. 8, Charlottenstr. 56

Kein Reiben Keine Arbeit

Das
WASHENE
selbsttätige Waschmittel
Jede Wäsche in 10-15 Minuten erledigt
Garantiert unschädlich.
Preis **45** Pf.
Blondend weisse Wäsche.
Wilhelm Schüler & Co., Berlin W. 8, Charlottenstr. 56

Kein Reiben Keine Arbeit

Das
WASHENE
selbsttätige Waschmittel
Jede Wäsche in 10-15 Minuten erledigt
Garantiert unschädlich.
Preis **45** Pf.
Blondend weisse Wäsche.
Wilhelm Schüler & Co., Berlin W. 8, Charlottenstr. 56

Kein Reiben Keine Arbeit